

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit Multipliziert Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereine und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 14. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Reichsfinanzen.

Mit einer Bescheidenheit, die sonst nicht zu ihren rühmstwertigen Eigenschaften gehört, hat die konservative und national-liberale Presse den jüngst vom „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Endabschluss der Reichshauptkasse für das Etatsjahr 1906 als „recht befriedigend“ und „günstig“ bezeichnet, obgleich die ungedeckten Matrilinearbeiträge, die in der Höhe von fast 82 Millionen Mark in das beendete Rechnungsjahr hineingebracht werden mussten, nur zum kleineren Teil gedeckt worden sind, und die Gesamtlage, die den Einzelstaaten aus dem Etatsjahr 1906 verbleibt, sich immerhin noch auf die recht ansehnliche Summe von zirka 53 Millionen Mark stellt.

Diese mehr oder minder ausgesprochene Befriedigung hinderte allerdings dieselben Blätter nicht, als Tags darauf die „Berl. Polit. Nachr.“ eine offiziöse Uebersicht über die Entwicklung der Matrilinearbeiträge brachten und daraus die Folgerung zogen, daß die Reichsfinanzen „nicht in Ordnung“ seien, sich dieser Meinung anzuschließen und die Forderung einer „Vorfelbständerung“ des Reiches durch Vermehrung seiner eigenen Steuereinnahmen zu stellen. Und tatsächlich sieht die Reichsfinanzlage höchst traurig aus. Will die Reichskasse auch nur einigermaßen den Ansprüchen genügen, die die herrschenden Klassen an sie zur Durchführung ihrer Interessenwirtschaft stellen, dann muß sie alljährlich in stärkerem Maße aufgefüttert, d. h. ihr müssen neue bedeutende Steuerquellen erschlossen werden. Zwar ließe sich auch dadurch das Gleichgewicht herstellen, daß die enorm gestiegenen Ausgaben für das Heer, die Flotte und die Kolonien eingeschränkt würden. Davon wollen aber die Blockparteien und das Zentrum nichts wissen. Sie haben vielmehr ihre Bereitschaft erklärt, neue größere Mittel für den Ausbau der Flotte und für die wirtschaftliche Erschließung der Kolonien zu bewilligen.

Gegenüber diesen rasch steigenden Anforderungen erweist sich die sogenannte Reichsfinanzreform, mit der im vorigen Jahre die Nationalliberalen und Konservativen unter Aufsicht des damals noch als „vaterländisch“ und „staatsbehaltend“ geltenden Zentrums das deutsche Volk beglückt haben, schon heute als völlig unzulänglich, obgleich durch sie die jährliche Reichseinnahme um zirka 180 Millionen Mark vermehrt worden ist, und zu diesem Mehrertrag sich infolge des Inkrafttretens des neuen Zolltarifs am 1. März 1906 eine Steigerung der Zolleinnahmen gesellt, die im Durchschnitt der nächsten Jahre auf mindestens 60—70 Millionen Mark veranschlagt werden kann.

Vergleicht man die Zolleinnahmen von 1904 mit 1906, dann ergibt sich beispielsweise eine Steigerung von rund 67 Millionen Mark; und doch zeigt in Anbetracht der starken Voreinsparung vor dem Inkrafttreten des neuen Tarifes das Etatsjahr 1906 noch nicht die volle Wirkung der Zollerhöhungen auf die Reichskasse. Allerdings stellte sich bereits im Etatsjahr 1905 die Zolleinnahme noch um 59 Millionen Mark höher als im Jahre 1906, nämlich auf 625,8 Millionen Mark, doch sind in diesem Betrag ungefähr 90 Millionen Mark außerordentliche Einnahmen durch Einziehung der ausstehenden Zollkredite und durch den vor dem 1. März 1906 stattgefundenen verstärkten Import zollpflichtiger Waren, besonders Getreide, mit enthalten, so daß die Zolleinnahmen des Etatsjahres 1906 nicht als normal gelten können.

Selbst nach mäßiger Veranschlagung haben demnach die letzte Reichsfinanzreform und der neue Zolltarif die jährlichen Reichseinnahmen um ungefähr 240 bis 250 Millionen Mark vermehrt. Was nützt aber diese sicherlich recht ansehnliche Steigerung, wenn die Reichsausgaben in einem noch weit schnelleren Tempo steigen! Und da dies der Fall ist, so sieht sich die Reichskasse gezwungen, nicht nur in nächster Zeit eine neue Reichsanleihe von einigen hundert Millionen Mark zu fordern, sondern auch zugleich auf neue Steuereinnahmen zu fassen, die die Reichseinnahmen um weitere 200 Millionen Mark steigern. Nach offiziellen Mitteilungen wird dem auch im Reichsschatzamt schon fleißig an allerlei Steuerprojekten gearbeitet, damit diese, wenn nicht schon im Laufe des nächsten Winters, so doch in der nächstfolgenden Session dem Reichstage vorgelegt werden können.

Betrachtet man die Entwicklung der Reichsfinanzen seit der Gründung des neuen Deutschen Reiches im Jahre 1871, so ergibt sich als Fazit eine schwere Anlage gegen die Finanzwirtschaft der sogenannten staatsbehaltenden Parteien in Deutschland, speziell gegen die Konservativen, Nationalliberalen und — das Zentrum. Im Jahre 1873 stellten sich die Gesamteinnahmen des Reiches nur auf 347 Millionen Mark, zu denen damals die Zölle, Acker- und Tabaksteuer 127 Millionen Mark lieferten. Auch in den nächsten Jahren kam das Reich mit gleichen Summen aus. Im Jahre 1874 beliefen sich z. B. mit Einschluß der Matrilinearbeiträge die Einnahmen auf nur 332, 1875 auf 344 Millionen Mark. Erst durch den neuen Bismarckschen Zolltarif des Jahres 1879 wurden diese Einnahmen wesentlich gesteigert. Bereits im Jahre 1881 erhöhte sich die Zolleinnahme auf 187 Millionen Mark und die Gesamteinnahme auf 446 Millionen Mark.

Die Zollerhöhungen in den Jahren 1883, 1885 und 1887 brachten weitere Steigerungen, so daß 1891 die Zolleinnahmen auf 378 Millionen Mark und die gesamten Einnahmen nach Abzug der Nettoüberweisungen an die Bundesstaaten auf 676 Millionen Mark stiegen. Die Caprivischen Handelsverträge brachten dann in den Jahren 1892/94 vorübergehend eine geringe Abnahme der Zolleinnahmen. Seitdem aber sind, teils infolge der Zunahme der Zolleinkünfte, teils infolge der Erschließung neuer Steuerquellen, die Reichseinnahmen dermaßen gestiegen, daß sich nach den Vorschlägen die Einnahmen für 1907 auf mehr als 1400 Millionen Mark belaufen. Seit 1873 haben demnach die Reichseinnahmen um mehr als das Vierfache zugenommen, und selbst wenn man die Zunahme der Bevölkerungsziffer in Betracht zieht und die Einnahme pro Kopf der Bevölkerung berechnet, ergibt sich noch immer eine Steigerung um fast das Dreifache, denn es kamen auf den einzelnen:

	1873	1906
An Zöllen u. Steuern inkl. Ausgleichsbeiträge	6,78 M.	17,92 M.
sonstigen Einnahmen und Ueberschüssen	0,24	2,78
ungedeckten Matrilinearbeiträgen	1,44	0,97
	8,46 M.	21,67 M.

Ungeachtet dieser enormen Vermehrung der Reichseinnahmen sind die Reichsschulden infolge der starken Heeres- und Flottenrüstungen sowie der hohen Ausgaben für die Kolonien ständig gewachsen. Im Jahre 1875 hatte das Reich erst 120 Millionen Mark Schulden, 1885 waren es schon 551 Millionen Mark, 1895 bereits 2204 Millionen Mark; und jetzt beläuft sich die Reichsschuld auf nahezu vier Milliarden.

Trotzdem ergibt sich, wenn zwischen den Reichseinnahmen und -Ausgaben das Gleichgewicht hergestellt werden soll, erneut die Notwendigkeit einer Vermehrung der Steuereinnahmen, und zwar wieder um ungefähr 200 Millionen Mark. Wie soll dieser Betrag beschafft werden? Ziemlich leicht ließ er sich durch die Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer, die erst bei 6000 Mark zu beginnen brauchte, einer Reichs-Vermögenssteuer, einer Erweiterung der Reichs-Erbchaftsteuer und durch eine Reform der Branntweinsteuer gewinnen, welche die Steuerbegünstigung, die sogenannte „Branntwein-Liebesgabe“ für das den Brennerien als „Contingent“ zugestandene Quantum Trint-Branntwein aufhebt, wodurch dem Reich eine jährliche Mehreinnahme an Branntweinsteuer im Betrage von 40 bis 45 Millionen Mark zufließen würde. Für eine Reichseinkommen-, eine Reichsvermögens- und Reichserbchaftsteuer sind aber weder die Konservativen, noch die Nationalliberalen, noch das Zentrum zu haben, denn diese Steuern belasten speziell die Reichen, und so sehr man in diesen Kreisen bereit ist, der Regierung die Mittel für ihre Welt- und Kolonialpolitik zur Verfügung zu stellen, so wenig ist man geneigt, die Kosten denen aufzuladen, die von dieser Politik den Vorteil haben. Auch für eine Abschaffung der Branntwein-Liebesgabe wären die konservativen und die Zentrumsparteien nicht zu haben. In einer jüngst erschienenen Schrift über die „Einnahmequellen des Deutschen Reiches“ tritt zwar die Finanzautorität des Zentrums, der Reichstagsabgeordnete Müller (Zulda) für die Aufhebung der Liebesgabe ein, indem er meint: „Eine gründliche Reform der Branntweinsteuer wäre deshalb gerade bei der jetzigen Finanznot des Reiches eine dankbare Aufgabe für das Reichsschatzamt.“ Doch ist höchst zweifelhaft, ob dann, wenn die Regierung an eine solche Reform heranträte, das Zentrum in seiner Mehrheit dafür zu haben wäre. Als im Jahre 1887 die Branntweinverbrauchsabgabe mit der agrarischen Steuerbegünstigung von 20 M. pro Hektoliter eingeführt wurde, stimmte die Zentrumsgruppe in ihrer großen Mehrheit für das Gesetz, und ebenso für die Branntweinsteuernovelle von 1895, durch die die Brennsteuer eingeführt wurde — und seitdem hat sich an der Stellungnahme des Zentrums zu diesen Steuerfragen, soweit sich aus seiner Presse ersuchen läßt, nichts geändert.

So wird denn höchst wahrscheinlich die Regierung wieder die Wehrsteuer, die Quittungstempelabgabe und die Erhöhung der Verbrauchssteuern, das heißt die stärkere Belastung des Lebensunterhalts der großen Masse, in Vorschlag bringen, und die Reichstagsmehrheit wird voraussichtlich nach allerlei schönen Reden über die Notwendigkeit neuer Opfer für Deutschlands Größe und nach einigen nebensächlichen Abstrichen den größten Teil dieser Forderungen bewilligen. Die herrschenden Klassen verlangen, daß das Reich in weit stärkerem Maße als bisher Englands Spuren folgt und eine sogenannte großzügige Weltpolitik treibt, doch so weit reicht ihre vielgerühmte Vaterlandsliebe nicht, daß sie selbst die Kosten dieser Politik übernehmen. Die Aufbringung der Mittel für die von ihnen verlangte Heeres- und Flottenvermehrung sowie für die Aufzucht der Kolonien überlassen sie, großmütig wie sie sind, der so oft von ihnen als unverschämte und begehrtlich verhöhnte Masse.

## Der geköderte Freisinn.

Was bis jetzt über die Verhandlungen des unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagenden Parteitag der Freisinnigen Volkspartei bekannt geworden ist, ist belanglos. Nur soviel zeigt sich aus den Verhandlungen, daß der Freisinn in Norderny auf den Köder Bälows fest angebissen hat und hilflos an der Blodangel zappelt.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt über den „Norderner Fischzug“:

„Der Kanzler rief, und alle, alle kamen. Von den Konservativen Herr Camp, als Vertreter der Antisemiten Herr Liebermann v. Sonnenberg, der Führer der Nationalliberalen Herrmann, als Vertreter der Freisinnigen Volkspartei die Herren Schmidt, Elberfeld und Kaempf, für die Süddeutsche Volkspartei Herr v. Payer. Jetzt erfahren wir auch, daß sich heute der Abgeordnete Schrader, der Vorsitzende des Wahlvereins der Liberalen“, auf eine Einladung des Reichskanzlers zum Zweck politischer Besprechungen nach Norderny begeben hat. Auch die Freisinnige Vereinigung, die bei den übrigen Blockparteien im Verdacht einer besonders hartnäckigen Resistenz stand, soll von den Konferenzen auf Norderny nicht ausgeschlossen werden. Dabei zweifeln wir keinen Augenblick, daß unsere Liste nicht vollständig ist. Vor allem dürfte das Kontingent konservativer Parlamentarier sehr viel stärker gewesen sein, als es nach dieser Aufstellung scheiner könnte, auch wenn man berücksichtigt, daß Herr Bälows sich ohne Schwierigkeit in die Seele konservativ-agrarischer Politiker hineinzuversetzen vermag.“

Welch wunderbare Paarung wird da herauskommen! Herr Camp paart sich mit Herrn Schrader, Herr Liebermann von Sonnenberg mit Herrn Kaempf. Der Schuzhölner mit dem Freihändler, die antisemitische Mittelstandspolitik mit der Börse! Aber warum auch nicht! Haben doch alle einen gemeinsamen Feind: die nichtbesitzende Klasse, die 90 Prozent des Volkes mit weniger als 1000 M. Einkommen, die bei der preussischen Wahlreform über's Ohr gehauen werden sollen! Da findet sich der bürgerliche „Demokrat“ einmütig mit dem agrarischen Junker, der mittelständlerische Judenfreier mit dem Vertreter der Bankokratie schließlich zusammen! Die „eine reaktionäre Kasse“ wird zur realsten Wirklichkeit: der alteutsche Klassenantisemitismus vertritt sich mit dem beschnittenen Börsenkapital, wenn es nur die Rechte des Volkes, der neun Zehntel der Nation, zu verhöhlen gilt. Und auch das Zentrum wird seinen Segen dazu sprechen!

Kein Wunder, daß auch das „Messe-Blatt“, das in Berlin W für gesellschaftliches und literarisches High-Life „maßgebend“ ist, schließlich mit der Liebermann v. Sonnenberg-Kaempf-Paarung seinen Frieden schließen will. Schreibt es doch:

„Sollen die liberalen Parteien auf den Köder des Fürsten Bälows anbeißen? Von der Beantwortung dieser Frage hängt vielleicht das Schicksal des Liberalismus für absehbare Zeit ab. In jedem Falle kann es sich dabei nicht um persönliche Rücksichten und Erwägungen handeln. Nur sachliche Momente dürfen in Frage kommen. Gibt es eine Möglichkeit, mit dem Block liberaler Politik zu machen, so wäre es leichtfertig, sie von der Hand zu weisen.“

Es wäre auch sonderbar, wenn es anders gekommen wäre. Wo es ein politisches Geschäft zu „machen“ gibt, wird doch wohl der Freisinn nicht zurückbleiben!

Und die Kleinhandwerker und Arbeiter des Freisinnes?!

## Videant consules!

Genosse Jaurès warnte unlängst die französische Regierung, durch ein frivoles Drausgängertum in Marokko allzu sehr die Eifersucht der übrigen Mächte, namentlich Deutschlands, zu provozieren. Es sei die Pflicht der Regierung, sich mit den anderen Mächten über ein gemeinsames Vorgehen gegen Marokko zu einigen.

Wir erklärten dies Vorgehen für eine „verschleihte Aktion“. Es sei das gute Recht Jaurès, die französische Regierung vor Herausforderung internationaler Konflikte zu warnen; aber der Vorschlag einer gemeinsamen Aktion der Mächte müsse von den Sozialisten dieser anderen Länder entschieden abgelehnt werden. Für die deutsche Sozialdemokratie gebe es nur die eine Lösung: Die Hände weg von Marokko!

Diese Ansicht vertrat auch das „Dochumer Volksblatt“, das entschieden gegen den Versuch der „N. h. Westf. Ztg.“ protestierte, die Ausführungen von Jaurès für deutsche Interventionen gelüfte zu fruchtifizieren. Wenn die deutschen Prozentpatrioten, schrieb das Dochumer Volksblatt, das deutsche Volk gleichfalls in den Marokkostreit zu stürzen versuchten, so sei der Standpunkt zu vertreten: „Das deutsche Volk hat daran kein Interesse, wir haben im Gegenteil alles Interesse, die Finger davon zu lassen.“

Das Solinger Parteiblatt dagegen glaubte den Vorschlag von Jaurès nicht ohne weiteres ablehnen zu dürfen. Es schrieb in seiner Nummer vom 7. September:

„Wie stellt sich die deutsche Sozialdemokratie zu diesem Vorschlag des Genossen Jaurès? Sie zu unterstützen, hieße den deutschen Reichskanzler auffordern, für ein solches gemeinsames Vorgehen der

Mächte eingutreten, siehe weiter, ihm für die Teilnahme an einer solchen Aktion auch die entsprechenden Mittel bewilligen.

In der Tat, der Genosse Jaurès setzt uns durch seinen Vorschlag in Verlegenheit!

Indessen, die französischen Genossen wollen nicht, daß ihr Vaterland sich in Marokko festsetzt und dadurch die Gefahr eines neuen Konfliktes mit Deutschland heraufbeschwört. Wir deutschen Sozialisten können nicht wünschen, daß Frankreich Marokko verschluckt und dadurch die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko schädigt. Wir müssen vielmehr wünschen, daß Marokko ein selbständiges Staatswesen bleibt. Seine Selbständigkeit kann aber nur dann erhalten bleiben, wenn alle Mächte für diese Selbständigkeit eintreten und bereit sind, sie zu schützen. Wie die Dinge nun einmal liegen, geht das nicht ohne gemeinsames Eingreifen in den augenblicklichen marokkanischen Wirrwarr.

Es ist ein außerordentlich schwieriges Problem, vor das uns da der Genosse Jaurès stellt. Fast könnte man es ein Rätsel nennen. Was ist da zu tun? Wir sehen nur einen Weg: Die deutsche Sozialdemokratie muß sich mit der französischen Sozialdemokratie und mit den Bruderparteien der übrigen beteiligten Länder in Verbindung setzen, um über die Verhandlung dieser internationalen Frage eine Verständigung herbeizuführen. Hier gilt es, eine gemeinsame Aktion des internationalen Sozialismus in einer Frage der praktischen Politik in die Wege zu leiten!

Da haben wir also den bei aller Verblümmtheit doch ganz unverkennbaren Vorschlag, „praktische Kolonialpolitik“ in der Weise zu treiben, daß der internationale Sozialismus dafür in Bewegung gesetzt wird, eine internationale Lösung der Marokkofrage zwischen den kapitalistischen Kolonialstaaten herbeizuführen! Die Sozialdemokratie, die nicht wünschen kann, daß Frankreich Marokko verschluckt, soll schließlich den ehrlichen Waller zwischen den kapitalistischen Räubern der verschiedenen Staaten spielen. Eine ebenso eigenartige wie dankbare Aufgabe! Aber selbst wenn ihr die Quadratur des Kreises gelänge? Dann müßten denn deutschen Reichskanzler zur Teilnahme an der Marokkoaffäre von der deutschen Sozialdemokratie auch die entsprechenden Mittel gewährt werden!

Wir hielten diese wie so manche andere Auslassung des Solinger Blattes für einen Rückfall seines politischen Redakteurs in nationalsozialistische Reminiszenzen.

Aber die Idee der „praktischen Kolonialpolitik“ wird auch in einem anderen Parteiblatt ernsthaft propagiert. Heißt es doch am Schlusse des Leitartikels der „Frankfurter Volksstimme“:

„In letzter Stunde verbreitet sich das Gerücht, daß man eine solche Wolade wirklich — und für sofort — plant. 50 000 Mann sollen von Frankreich und Spanien auf die sieben Häfen verteilt werden. Dagegen ist im Grunde nichts einzuwenden, als daß es viel kostet, und daß Frankreich besser täte, auch England, Deutschland usw. an der Operation teilnehmen zu lassen — wenn sie dazu Lust haben. Man könnte ja jeder Macht einen Hafen überlassen. Das würde die Kosten verteilen und wäre der Anfang zu einer Einteilung des Landes in Einflusssphären — die beste Lösung der beständig drohenden Rivalitätenfrage.“

Ein Nationalsozialer, ein Freisinniger, ja ein Nationalliberaler könnte auch nichts anderes schreiben!

Da wäre ja glücklich die Sozialdemokratie bei der imperialistischen Weltpolitik gelandet, wie sie anders im Grunde ja auch von einem Dilow niemals formuliert worden ist!

Was wollte man denn in Asien durch Befehung Kiautschous anderes, als sich auch einen „Platz an der Sonne“ erobern, sich auch in China einen Hafen und eine Einflusssphäre sichern! Dabei war China — vor dem russisch-japanischen Kriege — für die kapitalistische Weltpolitik denn doch ein ganz anderer Bissen als Marokko!

Damals gab es für die deutsche Sozialdemokratie nur eine Lösung: den schärfsten prinzipiellen Protest gegen die weltpolitische Abenteuerpolitik!

Und heute? Die Auslassungen zweier Parteiblätter beweisen, wie herrlich weit es bereits einzelne Sozialdemokraten in der „praktischen Kolonialpolitik“ gebracht haben! Und das trotz der Dresdener Resolution, trotz des Beschlusses von Stuttgart!

Soll diese Auflösung aller prinzipiellen Begriffe, dies katastrophenartige „Sinecismachen“ in die imperialistische Gegenwarts politik noch länger gebuddelt werden?!

Wahrhaftig, es ist höchste Zeit, der Partei das „Videant consules“, „Habt Acht, Ihr Konsul!“ energisch zuzurufen!

## Die bayerische gegen die badische Regierung.

Aus Baden wird uns geschrieben:

Der am Dienstag gefasste Beschluß des bayerischen Ministerrates, dem im Juli d. J. zum sozialdemokratischen Abgeordneten gewählten Münchener Eisenbahn-Zentralwerkstättenarbeiter Rothhaupter auf die Dauer der Landtagsession die Weiterzahlung des Lohnes zu gewähren, bedeutet eine schallende Ohrfeige für die Regierung des badischen „Musterlandes“, die vor kurzem bekanntlich vor eine ähnliche Entscheidung gestellt war, die Probe aufs liberale Exempel aber geradezu miserabel bestanden hat. Es handelte sich dabei, wie noch erinnernlich sein dürfte, um den Fall Schäufele. Ein Eisenbahnwerkstättenarbeiter dieses Namens war von der sozialdemokratischen Partei der Residenz Karlsruhe zum Vertreter der Niederbayerischen in den Württembergischen gewählt worden. Kurz nach der Wahl erhielt er eine Ladung vor die vorgesezte Eisenbahnbehörde, die ihm eröffnete, daß er entweder seine Entlassung aus der staatlichen Werkstätte zu gewärtigen oder aber den Austritt aus der sozialdemokratischen Partei unterschreiben zu erklären habe. Schäufele, der schon viele Jahre bei der Eisenbahn in Arbeit steht, bereits im vorgerückten Lebensalter ist und anderwärts nur schwer wieder Brot für seine zahlreiche Familie gefunden hätte, ließ sich zur Unterschrift unter der zweiten Bedingung bestimmen und wurde darauf von der sozialdemokratischen Parteileitung zur Niederlegung seines Stadtverordnetenmandates veranlaßt.

Das brutale Vorgehen der Regierung, das der staatsbürgerlichen Entrechtung aller staatlichen Arbeiter gleichkommt, erregte in den weitesten Kreisen Entrüstung; selbst nationalliberale Blätter verurteilten es in schärfster Weise; nur die Presse des Zentrums stimmte der

Regierung zu, weil sie in dem Vorgehen der Regierung die Absicht eines Vorstoßes gegen den liberal-sozialistischen Stichwahlblock wittern zu dürfen glaubte, der es vor zwei Jahren um die Majorität in der Zweiten Kammer und damit um die Feindschaft jahrzehntelanger Arbeit gebracht hatte. Die Regierung ihrerseits suchte den Angriffen der liberalen und demokratischen Presse damit zu begegnen, daß sie in ihrem amtlichen Moniteur, der „Karlsruh. Ztg.“, erklärte: Schäufele sei als Vertreter der Partei des „Umsturzes der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ gewählt worden, in deren Reihen, wie die Ausführungen Legiens auf dem Mannheimer Parteitag gezeigt hätten, der allgemeine Ausstand „gerade auf den Eisenbahnen als eines der wesentlichsten Mittel zur Durchführung der politischen und wirtschaftlichen Parteipläne betrachtet“ werde; die Staatsverwaltung könne selbstverständlich Arbeiter, die öffentlich für eine solche Partei tätig seien, in ihrem Dienst nicht dulden; der Arbeiter Schäufele habe deshalb vor die Wahl gestellt werden müssen, entweder den Austritt aus der sozialdemokratischen Partei zu erklären, oder aber seine Entlassung aus der Staatswerkstätte zu gewärtigen.

Nun hat die bayerische Regierung durch ihre Entscheidung im Falle Rothhaupter belundet, daß sie die ihr zweifellos wohl bekannte Stellungnahme des badischen Ministeriums nicht nur nicht für „selbstverständlich“, sondern für einen reaktionären Mißgriff hält, den nachzumachen auch die bekannnten staatsräsonablen Rücksichten auf die freundschaftlichen Beziehungen der beiden bundesstaatlichen Gouvernements sie nicht bestimmen können. Dabei liegt der bayerische Fall doch sicherlich noch um ein gut Teil schwieriger als der Karlsruher. In letzterem handelte es sich für den sozialdemokratischen Staatsarbeiter lediglich um die Tätigkeit auf dem politisch und sozial höchst beschränkten Gebiete einer mittelgroßen Kommunalverwaltung, die die Propagierung der spezifisch sozialistischen Programmforderungen naturgemäß fast gänzlich ausschließt, und um eine höchst beschränkte Anzahl von Sitzungen, deren durchschnittlich vielleicht ein halbes Duzend im Jahre stattfinden, die dann jeweils an einem Nachmittage erledigt sind. Und Schäufele hatte gar nicht einmal auf eine Beziehung dieser Arbeitsverhältnisse gerechnet, sondern lediglich als selbstverständlich vorausgesetzt, daß ihm die Generaldirektion der Staatseisenbahnen bei der Ausübung seines Mandats keine Schwierigkeiten bereiten werde. Und doch der hüterrussische Entscheid der Behörde, dem, wie die Regierung ausdrücklich zu erklären für gut fand, eine Entscheidung des Gesamtministeriums zugrunde lag. Die Bayern aber gewähren einem Staatsarbeiter, der von der sozialdemokratischen Partei als Kandidat aufgestellt war, nicht nur Urlaub zu seiner „unsterblichen“ Tätigkeit, sondern zahlen dem Manne sogar noch seinen Lohn fort, behandeln ihn also, kurz gesagt, wie einen Beamten, der als Volksvertreter bekanntlich ebenfalls unter Fortzahlung seines Gehaltes zur Parlaments-tätigkeit beurlaubt wird. Und dies, obwohl Rothhaupter vielleicht dreiviertel der nächsten Jahresfrist seiner Werkstättenarbeit entzogen sein wird, während es sich bei Schäufele, wie gesagt, nur um ein paar Stunden alle paar Wochen hätte handeln können.

Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß wohl selten einmal eine bundesstaatliche Regierung von einer anderen eine dermaßen schallende moralische Ohrfeige erhalten hat wie die Karlsruher Regierung des „Falles Schäufele“ von ihren Ministerkollegen in München. Die Entscheidung des bayerischen Ministerrates im Fall Rothhaupter wird der Abrechnung, die unsere badische Landtagsfraktion im kommenden Winter mit dem Ministerium v. Dusch zu halten hat, einen äußerst wirksamen Rückhalt verleihen und sie ohne Zweifel für jeden halbwegs liberal Denkenden zu einer geradezu vernichtenden gestalten.

## Klassenjustiz.

Zu den von uns am 10. d. Mts. gebrachten Darlegungen über Klassenjustiz schreibt uns ein bayerischer Richter:

„Was in dem Artikel „Klassenjustiz“ im Hauptblatt der Nr. 211 vom 10. I. M. über die mangelhafte politische Schulung der badischen Richter gesagt ist, trifft auch auf das gesamte bayerische Beamtenum in der Justiz ebenso wie in den Verwaltungsparten vollinhaltlich zu. Die Rolle, welche die „badische Presse“ in der badischen, spielt in der bayerischen Beamenschaft die „Augsburger Abendzeitung“, deren einseitige Stellungnahme für die Unternehmung gegen die Arbeiter in allen sozialen Fragen ihre Bezeichnung als Scharfmörderblatt vollauf redyfertig. Sie ist das eigentliche Beamtenblatt in Bayern und bildet wohl für die allermeisten Beamten die einzige politische Lektüre. Kennt man noch die weit weniger gelesten Blätter: die „Münchener Allgemeine Zeitung“, dann die hurrapatriotischen „Münchener Neuesten Nachrichten“ sowie ebenfalls noch die sensationlüsternen „Zukunft“ von Gorden, also lauter Blätter, die einseitig kapitalisteninteressen vertreten, dann hat man so ziemlich die sämtlichen Quellen für die politischen Kenntnisse aller jener Beamten, welche nicht etwa als strenge Ultramontane ausschließlich katholische Blätter lesen (was übrigens selten der Fall ist).“

Wenn man nun diese Tatsache kennt und ferner bedenkt, daß wir bayerische Beamten ebenso wie die im übrigen Deutschland von Jugend auf in der Volksschule, am Gymnasium und auf der Universität fortgesetzt und systematisch in ausschließlich antisozialistischem Sinne beeinflusst worden sind, so versteht man leicht, daß nur in verschwindenden Ausnahmefällen einmal ein bayerischer Richter dazu kommt, die sozialdemokratische Weltanschauung genügend kennen zu lernen, um sie unbefangenen Würdigen zu können; und diese genauere Kenntnis wäre doch die unerunungungsmäßige Voraussetzung zur gerechten Beurteilung von Fällen, wo die Interessen von Arbeitern mit denen der Unternehmer zusammenstoßen; ein tieferes Verständnis für die hier in Betracht kommenden Fragen läßt sich wohl nur erst dann gewinnen, wenn man die wirtschaftliche Lage des Proletariats längere Zeit vom sozialistischen Standpunkt aus zu betrachten sich nicht verdrücken läßt. Der Grundsatz: „audiatur et altera pars“ („eines Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beide“) kann also in den gedachten Fällen eigentlich niemals zur Anwendung kommen; denn was der Proletarier zur Begründung seines Standpunktes vorbringt, dafür fehlt dem Richter infolge seiner einseitig kapitalistischen Erziehung und Gewöhnung fast jedes richtige Verständnis; er spricht in einer dem Richter unverständlichen Sprache. Diese Befangenheit im einseitig kapitalistischen Interessentum ist so vollständig, daß sie kaum jemals einem zum Bewußtsein kommt; daher dann die eifrige Verwahrung gegen den Vorwurf der Klassenjustiz.

Dazu kommt nun noch ein weiterer, und zwar sehr wichtiger Punkt: daß unsere gesamte heutige Gesetzgebung von antisozialem Geist erfüllt ist und vorerst nur geringe Ansätze zur Besserung in sozialem Sinne zeigt. Diese Tatsache läßt sich nicht bestreiten; sie findet ihre Begründung in der völlig unzureichenden Vertretung des Proletariats in den gesetzgebenden Körperschaften infolge der bekannten Wahlrechts- und Wahlkreisenteilungspraktiken. Nun hat der Richter nicht etwa die Aufgabe, „Recht“ schlechthin zu sprechen, d. h. so zu urteilen, wie er es für gerecht hielt, sondern er hat das bestehende Gesetz dem Buchstaben und dem Geiste nach anzuwenden, auch wenn er es im gegebenen Fall als ungerecht betrachtet muß. Unter den heute obwaltenden „Rechts“zuständen

könnte also auch ein sozialistisch empfindender Richter in den meisten Fällen nicht anders, als Klassenjustiz zu üben.

Soll die Klassenjustiz verschwinden, dann müssen nicht nur unsere Richter zu sozialem Verständnis erzogen, sondern vor allem auch muß unsere Gesetzgebung mit sozialem Geist erfüllt werden, damit der Richter ein gerechtes, d. h. auch die Interessen des Proletariats berücksichtigendes Recht anzuwenden hat. So lange das nicht geschehen ist, wollen wir uns weniger über den Vorwurf der Klassenjustiz wundern, als vielmehr darüber, daß man das Vorhandensein der Klassenjustiz zu leugnen die Kraft über auch die Unwissenheit besitzt.“

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. September 1907.

Herr v. Liebert.

Bisher galt das große geistige Talglicht des Reichs-Verleumdungsverbandes, der Generalleutnant v. Liebert, zwar als groß und reichlich naiv, aber daß der gute Mann auch Wig besitzt, ist, soweit wir wissen, bislang noch nicht behauptet worden. Durch eine Notiz in der Kronenbühnen „Post“ liefert er jedoch den Beweis, daß er auch gewisse Anlagen zum Humoristen hat — allerdings zum unfreiwilligen. In dem genannten Blatt sucht er nämlich allen Ernstes seinen Anspruch, daß in der Politik Recht vor Recht geht, zu rechtfertigen — und zwar dadurch, daß er sich für die Richtigkeit seines Anspruchs auf zwei Berliner Professoren der Jurisprudenz beruft, die er früher mal über diesen Punkt konsultiert hat. Sie haben ihn, wie er erklärt, geschrieben:

1. Recht geht nicht vor Recht, sondern das höhere materielle Recht der Nation geht vor dem formalen, in Buchstaben verfaßten Recht.

2. Der nationale Rechtsgedanke kann und muß teilweise das Recht umbilden.

Schon an sich ist es hochkomisch, daß der Herr Generalleutnant, der allem Anschein nach noch gar nicht gemerkt hat, daß es sich für seine konservativen Freunde überhaupt nicht um die Richtigkeit, sondern vielmehr um die Opportunität, um die Angebrachtheit seines Anspruchs handelt, einen Beweis für seine Redensart antritt und diesen Beweis in der Aeußerung zweier anonym Professorinnen findet; noch viel kühner aber wird die Sache dadurch, daß klar ersichtlich der Herr Generalleutnant trotz seiner unzweifelhaft großen Geistesgaben den Sinn der Antwort seiner beiden Professoren gar nicht erfasst hat; denn die beiden vorhin zitierten Sätze besagen etwas ganz anderes als sein Ausdruck. Der erste drückt lediglich die Auffassung aus, daß das Recht der Nation auf ihre Existenz dem formalen Recht vorgeht, und der zweite, daß nationale Rechtsgedanken umbildend auf das vorhandene Recht einzuwirken vermögen. Dem Leiter des Reichs-Verleumdungsverbandes aber erscheint das alles als dasselbe — oder wollte vielleicht gar Herr v. Liebert der Welt zeigen, mit welcher geringem Maß geistiger Begabung man heute in Deutschland Generalleutnant und Leiter des Reichsverbandes zu sein vermag?

Ergänzt wird diese indirekte Selbstcharakteristik des Herrn v. Liebert durch eine Zuschrift des früheren Gouverneurs v. Bennigsen an die „Köln. Ztg.“, in der es heißt:

„Es ist mir mitgeteilt worden, daß Herr v. Liebert gelegentlich der Tagung der Aldeutschen ausgesprochen hat: „Herr v. Bennigsen, der mit im Vorstand der Kolonialgesellschaft ist, hat durch seine Behauptung, daß der Petersöfische Brief doch existiert, wenn er auch nicht an Luder gerichtet war, die übrigen Vorstandsmitglieder beleidigt. Für uns vier ist daher im Vorstand der Kolonialgesellschaft nicht Raum. Wir drei (soll wohl heißen Peters, Arendt, Liebert) auf der einen, v. Bennigsen auf der anderen Seite ist nicht möglich.“ Hierzu stelle ich fest, daß ich in dem fraglichen Artikel der „Köln. Ztg.“ folgendes gesagt habe: „Für die größere oder geringere Belastung Peters' ist dieser Brief (der Luderbrief) ganz ohne Belang und er hat in dieser Hinsicht auch bei der ganzen Untersuchung keine Rolle gespielt, da seine Echtheit halb angezweifelt wurde. Von größerer Wichtigkeit für den Fall Peters ist, daß ein Brief in dem Aktenmaterial vorhanden ist, den Peters an den englischen Bischof Woodwood von Manila gerichtet hat und der mit dem Inhalt des Luderschen Briefes große Ähnlichkeit hat.“ Mitglied des Vorstandes der Deutschen Kolonialgesellschaft bin ich überhaupt nicht, sondern nur Mitglied des Aufsichtsrates. Aber soweit ich die Vorstandsmitglieder kenne, glaube ich nicht, daß sie sich von Herrn v. Liebert vorzeichnen lassen, wenn sie sich beleidigt zu fühlen haben. Der Ton der Liebertschen Ausführung läßt darauf schließen, daß er und die Freunde des Herrn Peters versuchen wollen, gegen meine Stellung innerhalb der Deutschen Kolonialgesellschaft vorzugehen. Diesem Vorgehen sehe ich ruhig entgegen. Keinerlei Rücksichten auf meine Stellung in der Deutschen Kolonialgesellschaft werden mich davon abhalten, in der Affäre Peters für Wahrheit, Recht und Menschlichkeit einzutreten. Aber ich glaube mit voller Bestimmtheit annehmen zu können, daß die Mehrheit der Mitglieder der Kolonialgesellschaft keineswegs der Ansicht ist, daß das Auftreten und die Ziele der Petersfreunde unserer Kolonialpolitik und unserer Kolonien zum Nutzen gereichen.“

Ein eigenartiger Uebermensch dieser Petersfreund und Generalleutnant! —

## Die vorderrussische Zensur.

Die braven Liberalen fallen aus allen Wolken. Eben reden sie sich noch gewaltig ein, daß in Preußen-Deutschland so etwas Schreckliches wie eine „liberale Ära“ angebrochen sei, daß die Volkspolitik doch schließlich zu so einem Bishgen von einer liberalen Ergrungenschaft führen müsse. Tatsen in dieser Richtung haben sie freilich noch nicht gesehen. Nun sehen sie dafür eine Tat aus einer ganz anderen Richtung, aus der unreaktionären, feudal-absolutistischen Richtung, nach der der neueste selbstverständlich richtige Kurs hierzulande noch immer steuert.

Der „Vorwärts“ erwähnte im feuilletonistischen Teile seiner letzten Nummer in Kürze, daß die Aufführung von John Lehmanns Satire: „Das Ungeheuer“ von der Zensur verboten worden sei. Man konnte nicht gleich ahnen, was in dem „Ungeheuer“ Ungeheuerliches enthalten sei. Am nächsten Tag der Gedanke, daß in dem Stück irgend etwas vorlomme, was nach offizieller Anschauung gegen Gottesfurcht und fromme Sitte verstöße. Und daß in solchem Fall in diesem Lande der polizeilichen Bevormundung die Zensur „einschreitet“, na, das sind wir arme „Untertanen“, die es zwar laut Verfassung nicht mehr gibt, von denen aber trotzdem immer wieder die Rede ist, schon so sehr gewöhnt, daß wir detartiges bloß registrieren, ohne uns deshalb weiter zu erheben.

Diesmal aber handelt es sich um eine Haupt- und Staatsaktion, die auf unsere politischen Zustände ein blendendes Licht wirft. Das Verbot des Lehmannschen Stückes ist nämlich aus politischen Gründen erfolgt, aus außerpolitischen, gehört in das endlose Kapitel der reaktionären Liebesdienste gegen Rußland. Dr. Lehmann hat das unverzeihliche Verbrechen begangen, russische Zustände zu schildern. Sein Drama spielt zur Zeit des seligen Herrn Grokhvaters des heutigen Herrschers aller Reußen, des karen Alexander II. Es ist so eine Art Diebstahlskomödie;

es wird nämlich das Spitzbüßensystem der russischen Zählwörter, des russischen Beamtentums geschildert, wie es war und — ist. Herr Lehmann aber beschäftigt sich nicht mit dem, was ist, dem russischen Reichsverband, seiner von den Staatsrettern gestohlenen Klasse usw., sondern mit der Gaunerei, wie sie zur Zeit Alexanders II. (gest. 1880!) von den untersten bis zu den obersten Beamten notorisch betrieben wurde; es ist ein bekanntes Wort Alexanders II., daß außer ihm selber alles fehle. So basiert denn Lehmann auf den Memoiren Lafonts, die ein Mitglied der englischen Gesandtschaft in St. Petersburg 1878 veröffentlicht hat, sein Stütz auf das Faktum, daß ein russischer Ministerpräsident an einer großen Untersuchungskommission aktiv beteiligt war. Ein Großstück spielt auch nicht die schönste Rolle. Der Zar selber aber wird — wie denn Herr Lehmann ein ganz wohlgefügter Mann sein soll — im besten Licht gezeigt, — nicht als die despotische Natur, die er tatsächlich war, sondern als eine Seele von einem Menschen, die bloß von der Umgebung systematisch irreführend wurde.

Solch' ein historisches Schauspiel kann nun auf preussischen Bühnen durchaus nicht gestattet werden, und so erging mit Rücksicht auf die bekannten freundschaftlichen Beziehungen das polizeiliche Verbot. Ueber die Gründe der Durchstreichung ließ sich die Direktion des Neuen Theaters, wo das Stück aufgeführt werden sollte, alsbald wie folgt vernehmen:

„Eine schriftliche Benachrichtigung ist uns seitens des Polizeipräsidenten noch nicht zugegangen. Da wir aber, um endlich unsere Vorbereitungen danach einrichten zu können, die vorgelegte Behörde um einen beschleunigten Bescheid bitten, wurde uns das Faktum des Verbots gestern vom Regierungsrat Poffart mündlich mitgeteilt. Man bestreitet wohl auf dem Polizeipräsidenten, die russische Votschaft könne nach einer eventuellen Premiere des Stückes ihr Veto einlegen, da das höchste Beamtentum und die Mitglieder des kaiserlichen Hofes selbst als korrupt gekennzeichnet sind und nur der Zar selbst der einzige Rechtshafte ist. Man will sich also durch das Verbot rüdenfrei halten. Dennoch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Verfasser und sein Verlag beim Oberverwaltungsgericht einen vollen Sieg erringen werden. Der einzige in Betracht kommende juristische Grund wäre in diesem Falle Staatsgefährlichkeit des Stückes, und als staatsgefährlich ist das Stück denn doch keinesfalls anzusprechen.“

Daß die bekannte Rücksichtnahme auf den russischen Absolutismus, das Moskowiter Ränberregiment für die Zensur maßgebend gewesen sein solle, will die liberale Presse aller Schattierungen zunächst gar nicht glauben. Selbst die „Berliner Volkszeitung“ will das durchaus nicht zugeben. Sie meint, es handelt sich bloß um eine Vermutung der Direktion des Neuen Theaters, daß man aus Furcht vor dem Einspruch des russischen Votschafters das Stück verboten habe und sagt weiter:

„In Wahrheit wäre, wenn die Furcht vor dem „Veto“ des russischen Votschafters wirklich die Ursache des Verbotes wäre, dies eine Blamage Preußens und Deutschlands vor dem Auslande, wie sie beschämender und empörender nicht gedacht werden könnte.“

Die „Volkszeitung“ verweist dann auf die Möglichkeit, daß in dem Stück etwas für Preußen, für Deutschland „Staatsgefährliches“ enthalten sein könne, vermag aber selbst nicht daran zu glauben. Kein, damit ist es nichts: mit Deutschland hat das staatsgefährliche „Ungeheuer“ nicht das mindeste zu schaffen, es dreht sich bloß um Schtruffisches!

Es handelt sich einfach, wie auch der stellvertretende Zensor Herr Dr. Poffart bereits einem Interviewer gegenüber konstatiert hat, um einen verhängnisvollen Liebesdienst Vorderasiens gegen Vorderasien! —

### Dernburg branten durch!

Eine zuweilen halbhofige Korrespondenz schreibt: „Wie aus einem und zur Verfügung gestellten Briefe aus Dar es Salam hervorgeht, ist die Stimmung in den Ansiedlerkreisen für den Staatssekretär sehr schlecht. Man macht ihm den Vorwurf, auf Vorschläge bewährter Ansiedler nicht eingegangen zu sein und Ratschläge sehr drastisch sich verbieten zu haben. Man schüttelt den Kopf über die Reise des deutschen Staatssekretärs, der von der englischen Kolonialmission mehr wie von der deutschen gesehen wird. Was er schließlich von Deutsch-Ostafrika gesehen hat, ist wirtschaftlich ein unfruchtbares Land, während die hoffnungsvollen Kaffee-, Kautschuk- und Baumwollgebiete bisher genügend worden sind. Den Marsch von Ruansa nach Tabora nennt man offen in Ostafrika einen Konfens, da er neben Anstrengungen und Durst dem Staatssekretär kaum etwas geboten hat. Bei gutem Willen hätte der Staatssekretär in der ihm gegebenen Zeit die hauptsächlichsten Punkte der Kolonie, so namentlich die Küstenstriche, besuchen können, also Usambara, das Morogorogebiet bis Tabora und einen Teil des Südens. Man ist der Meinung, daß die Expedition nach Ruansa vollständig überflüssig war. Die Schuld an dem unglücklichen Arrangement gibt man dem Gouverneur Rechenberg. Es scheint, daß Dernburg in Ostafrika sich die Sympathie auch durch sein äußeres etwas schroffes Auftreten verschafft hat. Die Nichterlaubnis deutscher Kaufleute zu den Besitzlichkeiten hat außerordentlich peinlich berührt.“

### Vorfengesetzreform.

Der Freisinn erhält eine vorläufige Abschlagszahlung für seine Modtreue. Wie bestimmt verlautet, wird die neue Vorfengesetznovelle dem Reichstage alsbald nach seiner Eröffnung zugehen. Retreffs der Fondsbörse trägt die Regierungsvorlage, nach Mitteilungen der „Freis. Ztg.“, den Anforderungen Rechnung, welche die Börse seit längerer Zeit als „unumgängliche Voraussetzung“ für den rechtlichen Schutz des Effektengeschäfts betrachtet. Die Gesetzesvorlage wird auch den bisher verbotenen Terminhandel in Bergwerks- und Industriepapieren wieder als statthaft erklären und ferner die Aufhebung des Vorfenterminregisters beantragen. Dagegen ist, wie die „Deutscher Zeitung“ aus Berlin erfährt, wenig Aussicht vorhanden, daß das Vorfengesetz auch den Ansprüchen der Produzentenbörsen entgegenkommt. Die Regierung verschließt sich zwar nicht der Einsicht, daß die gegenwärtigen Zustände einer ausgiebigen Remedur bedürfen, in dessen herrscht in agrarischen Kreisen eine derartige Abneigung gegen die Wiedererrichtung des Zeitgeschäftes in Getreide, daß ein Antrag der Regierung keine Aussicht auf Erfolg bei den konservativen Parteien im Reichstage haben würde.

### Die Wahlen zum Vierklassenparlament in Südafrika

die im November dieses Jahres wieder vorzunehmen sind, fangen bereits an, ihre Schatten vorauszuwerfen. Während man früher, als die „sozialdemokratische Gefahr“ noch nicht vorhanden war, die „Vollvertreter“ aus der Mitte eines Vereins, der als der Vaterländische bezeichnet ward, bestimmte, ist es jetzt anders geworden. Man hat vor zwei Jahren ein Wahlrecht geschaffen, das vier Klassen von Wählern vorsieht. Die erste Klasse umfaßt alle Bürger, die mehr als 200 R. Einkommen drei Jahre hindurch versteuert haben; in der zweiten Klasse wählen diejenigen südafrikanischen Bürger, die mindestens fünf Jahre lang alljährlich überhaupt Einkommensteuer gezahlt hatten; die dritte Klasse umfaßt alle ländlichen Bürger mit mehr als drei Hektar Grundbesitz, und die vierte alle übrigen ländlichen Bürger. Wer nun glaubte, daß wenigstens jede der vier Klassen die gleiche Anzahl von Vertretern zu wählen hätte, der würde sich gewaltig irren. In diesem Jahre wählt

beispielsweise die erste Klasse, die aus einer betragsmäßig kleinen Anzahl reicher Leute besteht, 31 Abgeordnete, hingegen die große Klasse der Bürger zweiter Klasse nur 4 Vertreter. Die wenigen größeren Grundbesitzer stellen 5 Bürgerchaftsmitglieder, während man die ländlichen Arbeiter und kleinen Besitzer einen einzigen Abgeordneten wählen läßt.

Jetzt ist im Bürgertum, natürlich im „erstklassigen“, ein Streit um die Befugung der Kandidatenliste ausgebrochen. Man betrachtet nämlich die Bürgerchaft als eine Körperschaft, in der jeder möglichst viel für sich und seine politischen oder wirtschaftlichen Freunde herauszubolen versucht. Die Beamten suchen die Kaufleute zu verdrängen, um möglichst eine Gehaltssteigerung für sich zu erreichen; die Gewerbetreibenden wollen bei der Vergabe staatlicher Arbeiten nicht zu kurz kommen usw. Alle diese kleinen und kleinsten Beweggründe spielen im Wahlkampf, so weit er vom Bürgertum geführt wird, gegenwärtig eine Hauptrolle.

Auch die Sozialdemokratie, die allerdings nur begründete Aussicht hat, in der zweiten und vierten Klasse den Sieg zu holen, ist bereits auf den Plan getreten. Am Montag wurde im sozialdemokratischen Verein das Wahlprogramm beschlossen. Auch wurden die Kandidaten aufgestellt. Von der Aufstellung von Kandidaten in der dritten Klasse ist bisher noch Abstand genommen worden.

Da es gewissermaßen durch die Festlegung der Grenzen zwischen den einzelnen Klassen schon festgelegt ist, daß die zweite und vierte Klasse der Sozialdemokratie zuzufallen müssen, was auch zweifellos geschehen wird, so dürfte es zu einem interessanten Wahlkampf nicht kommen, zumal das Bürgertum selbst nicht darauf rechnet, in der zweiten Klasse Erfolge zu erzielen. In der ersten Klasse wiederum hat die Sozialdemokratie keine Aussicht auf den Sieg; trotzdem wird sie mit Eifer auch hier tätig sein.

### Die deutschen Pfarrer gegen den § 166!

Der von uns bereits erwähnte „Deutsche Pfarrertag“ beschäftigte sich an seinem letzten Verhandlungstage mit der sogenannten Gotteslästerung. Der erste Referent hierzu war Pfarrer Schlegel aus Wendisch-Buchholz. Er hält eine Abänderung des Reherparagrafen für ratsam, dahingehend:

- a) daß nur die öffentliche Beschimpfung unter Strafe gestellt wird;
- b) daß die strafbaren Handlungen genau nach ihrem Gegenstand bezeichnet werden;
- c) daß von verhänglichen Modalitätsbestimmungen abgesehen wird;
- d) daß das öffentliche Interesse (?) allein und deutlich zur Geltung kommt;
- e) daß die Strafe im allgemeinen und namentlich für die nicht aus gemeiner (?) Absicht erfolgten Handlungen gemildert wird;
- f) daß die Möglichkeit einer mehrheitigen und wiederholten Prüfung der Tatfrage geschaffen wird.

Pfarrer Schlegel will das Höchstmaß des § 166 von drei Jahren auf ein Jahr Gefängnis herabgesetzt und für die „nicht aus gemeiner (?) Absicht erfolgten Beschimpfungen“ auch auf Geldstrafe erkannt wissen.

Radikaler war der zweite Referent, Pastor Pfannkuche aus Dnabrück, der „um des Wesens und des Ansehens der Religion und Kirche willen wie auch im Interesse des kirchlichen Friedens“ die völlige Aufhebung des § 166, Absatz 1 und 2, fordert und auf jeden besonderen Religionschutz durch das Strafgesetz verzichtet.

Pfarrer Pfannkuche führte zum Beweise für die Unhaltbarkeit des § 166 u. a. die Erfahrungen des Gotteslästerungsprozesses gegen unseren Genossen Bestmeyer vom hannoverschen „Volkswille“ an, in dem sich ein stundenlanger Disput zwischen Staatsanwalt und Verteidiger entspann darüber, ob Christus als Gott im Sinne des Strafgesetzbuches (!) anzusehen sei. Pastor Dörries aus Hannover erinnerte daran, daß in demselben Prozeß der Staatsanwalt erklären konnte, es komme gar nicht darauf an, ob Bestmeyer Gott lästern wollte, sondern ob jemand es, wenn auch noch so mißverständlich (!), so verstanden habe!... Tatsächlich ist die Verurteilung des „Lästerers“ auch mit Hilfe des dolus eventualis erfolgt! Pfarrer Dörries wies auch darauf hin, daß dem § 166 das Odium der Klassenjustiz anhafte: Bestraft werde nur der arme Schuler, ein Hoedel werde mit Orden und Ehren überhäuft. — Es fehlte freilich auf dem Pfarrertag auch nicht an Scharfmachern, die den § 166 gegen die „sozialdemokratische Agitation“ weiter anzuwenden wollen, jedoch waren solche Stimmen in der Minderheit. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

### Zur Landtagswahl in Leipzig.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Heute am Donnerstag gingen die Wähler „zweiter Klasse“ an die Wahlurne. Da diese Klasse ihrer sozialen sich in Leipzig aus dem Mittelstand, den Handwerksmeistern und Krämer, den Beamten, Lehrern usw. zusammensetzt und die Arbeiter nur einen ganz verschwindenden Prozentsatz ausmachen, brachte das Wahlergebnis keine Ueberraschung. In beiden Kreisen sind die Wahlmänner der „nationalen Parteien“ gewählt worden. Im II. Kreise erhielten die Sozialdemokraten 185, die Nationalliberalen 1004 Stimmen, im IV. Kreise die Sozialdemokraten 301, die Nationalliberalen 1500 Stimmen.

Leipzig, 13. September. (Privatdepesche.) In der I. Wählerklasse beider Landtagswahlkreise wurden nur Wahlmänner der Ordnungsparteien gewählt.

Ein „Bierkrieg“ bereitet sich in Bayern vor, der sich anscheinend über das ganze Land erstrecken wird. Die Brauindustrie, die immer mehr vom Großkapital beherrscht wird, strebt eine Erhöhung des Bierpreises an, obwohl hierzu, wie die Dividendenverteilungen der Brauereikonglomerate beweisen, nicht der geringste Anlaß vorliegt. Um den Plan durchzuführen zu können, ist es notwendig, zuvor die ganze Industrie unter einen Hut zu bringen. Die tonangebenden Brauereibaronen sind deshalb an der Arbeit, um einen Zusammenschluß herbeizuführen und ein ganz Bayern umfassendes Kartell zu gründen. Um die Wirte der Schädigung des Publikums geneigt zu machen, will man ihnen die Hälfte der Preiserhöhung zugestehen. Die Wirte wären damit wohl auch einverstanden, wenn die Verstrickung der Brauindustrie nicht auch sie mit schweren Gefahren bedrohen würde. Ist einmal der Ring geschlossen, so sind sie dem Brauereikapital willenlos ausgeliefert und müssen sich von ihm alle Bedingungen diktieren lassen. Dies hat im Bezirk Nürnberg-Gürtel-Schwabach, wo die Brauereien bis auf einige kleine Betriebe bereits zu einem Ringe vereinigt sind, dazu geführt, daß die Wirte zur Selbsthilfe gezwungen und beschlossen haben, eine Genossenschaftsbrauerei zu gründen, für die schon jetzt über eine halbe Million Mark gezeichnet ist und Verpfändungen auf Bierabnahme in der Höhe von mehr als 30.000 Hektoliter jährlich vorliegen. Dieses Defizit hat den Ring betrogen einzulösen und an den Führer der Wirtebewegung die Mitteilung zu richten, daß man bereit sei, über die seit vielen Monaten unbeantwortet gelassenen Forderungen der Wirte zu unterhandeln. Die Wirte erblickten in dieser plötzlichen Weisheit jedoch nur eine Finte, die den Zweck haben soll, die

Sache so lange hinauszuzögern, bis der Zusammenschluß der Brauer vollendet ist. Die Errichtung der Genossenschaftsbrauerei wird daher weiter betrieben.

Militär und guter Ton sind zwei Begriffe, die sich heute so gut wie ausschließen. Oben wie unten wird mit Vorliebe ein robusteres Wort, ein gewagter Witz riskiert, nicht zu reden von den Späßen in den Mannschafstreffen und den Mißhandlungen Untergebener durch Vorgesetzte. Aber einen Unterschied giebt es doch. Während eine Verbeugung gegen den guten Ton bei den „Gemeinen“ mit größter Schärfe geahndet wird, können sich die Stellvertreter Gottes schon eher mal das Vergnügen erlauben, den guten Ton zu vergessen. Das beweisen einige Verhandlungen vor dem Kriegsgericht der 30. Division in Straßburg i. E. Beim Schießen nach der Scheibe hatte ein Unteroffizier bewiesen, daß er kein Kunstschütze ist. Sein Schuß ging völlig fehl. Ein Witzbold von einem Soldaten meinte darauf: „Der kann sich auch fotografieren lassen und in den Schrank hängen.“ Nach seiner Aussage meinte der Soldat damit den Schuß. Das Kriegsgericht aber nahm an, er habe damit den Unteroffizier treffen wollen und verurteilte den Witzreißer dafür zu 16 Tagen strengen Arrest.

Zwei andere Soldaten des Infanterie-Regiments Nr. 97, die einem Sergeanten zugerufen hatten: „Komme her, Du Kohlschieber, Spinner, du hast kein Schmalz auf dem Brot zu fr...“ ich bin auch Soldat gewesen, da geben sie und lapitulieren zwölf Jahre, damit sie etwas zu fr... haben, wenn Du nach Hause fährst, werden wir Dich aufauern und todschlagen.“ erhielten dafür je zwei Monate Gefängnis und drei Wochen strengen Arrest.

Und nun die Fälle, in denen Unteroffiziere gegen den „guten Ton“ vertriehen. Der Sanitätssergeant Thiele vom Infanterie-Regiment Nr. 138 gab dem Sanitätssergeanten Schönberg Chreigen und fuhr ihm mit den Händen so heftig ins Gesicht, daß die Nase blutete. Urteil: 10 Tage gelinden Arrest. Ein Witzfeldwebel des Infanterie-Regiments Nr. 99 in Zabern schlug einen Kasernenvorwärter, der die Frau des Feldwebels beschimpft hatte, mit dem blanken Säbel so, daß der Kasernenvorwärter mehrere Hautabschürfungen davon trug. Urteil: 20 R. Geldstrafe oder 4 Tage Gefängnis.

Auch für die Militärjustiz gilt demnach die Schönheitspflege Preußens.

### Kasernenschneffelei.

Der Karlsruher „Volkstfreund“ meldet: Als am Donnerstag, den 29. August, die Reservisten des Regiments Nr. 170 in Offenburg von einer Übung heimkehrten, wurde im Kasernenhof Halt gemacht, die Gewehre zusammengesetzt und das Gepäck abgehängt. Dann wurde in allen Stuben Nachforschung nach sozialistischen Schriften gehalten. „Alle Mann an die Schränke!“ Alles wurde durchsucht, sogar die Ehnäpfe. Schade, daß noch keine Königschen Durchstrahlungsapparate in den Kasernen sind. Unter den etwa 1700 Mann war ein einziger, bei dem man etwas sehr „Verdächtiges“ entdeckte. Ein Paket Wäsche war in einen alten, taub mehr leserlichen „Volkstfreund“ eingewickelt. Der betreffende Mann hat seine Wäsche bei einer Arbeiterfamilie waschen lassen, die offenbar kein anderes Papier zum Einpacken der Wäsche zur Verfügung hatte. Der Soldat mußte dieses Verbrechen mit drei Tagen Arrest und sofortiger Verhaftung büßen.

Wird der Mann später neugierig darauf sein, welche verbrecherische, staatsgefährliche Dinge in der sozialdemokratischen Presse zu finden sind!

### Schweiz.

#### Die Unterneuererzesse „bestraft“ werden.

Bärlach, 10. September. (Fig. Ver.) Wir berichteten im Monat Mai, daß in dem Städtchen Bärlach in einem Saale verammelten circa 60 streitenden Bauarbeiter von Baumeistern, anderen Handwerksmeistern, Bauern sowie von dem Ortspolizisten überfallen, ausgefordert wurden, sofort die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, und als sie dies ablehnten, mit Säcken, Gummischläuchen usw. schwer mißhandelt wurden. Zum blutigen Hohn auf Recht und Gerechtigkeit verhaftete der Polizist dann noch mehrere der Mißhandelten, von denen einige nach ärztlichem Zeugnisse arbeitsunfähig waren. Die bürgerlichen Exzedenten wurden wegen Körperverletzung, Nötigung und Hausfriedensbruchs angeklagt, die Beschädigten forderten überdies Entschädigung.

Und das Urteil? Drei Angeklagte erhielten vom Völkcher Bezirksgericht wegen „Teilnahme an Hausfriedens-“ und Hausfriedensstörung je 30 Frank „Buße“, drei weitere wegen Hausfriedensbruchs je 20 Frank und die übrigen fünf ebenfalls wegen Hausfriedensbruchs je 10 Frank! Außerdem haben alle zusammen 100 Frank Staatsgebühr und 100 Frank Kosten zu bezahlen. — Gätte der Fall um gelehrt gelegen, die elf Arbeiter würden zusammen sicherlich mehrere Jahre Gefängnis erhalten haben. Das ist nackte Klassenjustiz!

#### Die Abstuhinitiative im Kanton St. Gallen.

St. Gallen, 10. September. Der Regierungsrat erteilte auf die vom Bundesrat den Kantonsregierungen unterbreitete Anfrage, betreffend deren Stellungnahme zur Abstuhinitiative, die Antwort, daß er mit der Bekämpfung des Alkoholidismus grundsätzlich einverstanden, der Konsum von Abstuh aber im Kanton St. Gallen von zu untergeordneter Bedeutung sei, als daß vom Standpunkt der hiesigen Interessen die Einführung des angebotenen Verbotes als Bedürfnis erklärt werden könnte. —

## Die russische Revolution.

### Die Breßkhanen.

Petersburg, 13. September. (B. Z. B.) Das Moskauer Zensurkomitee erhob Anklage wegen Majestätsbeleidigung und wegen Verstoßes, die bestehende Staatsordnung umzuführen, gegen den Herausgeber des „Moskowski Eshenjedjelnik“, Fürsten Trobekof. Fürst Trobekof ist der Führer der auf dem Boden des Oktobermanifestes stehenden Partei der friedlichen Erneuerung und ein außerordentlich gemäßigter Politiker. Der Artikel, auf Grund dessen die Anklage erhoben ist, führt die Ueberschrift: „Aus der jüngsten Vergangenheit.“

In Wilna sind fast sämtliche jüdischen Zeitungen sistiert worden, darunter „Das Wort“, Organ der „zionistisch-sozialistischen Arbeiterpartei“, deren Zulassung zum Internationalen Kongress vom Internationalen Bureau in Stuttgart auf van Nold Antrag mit 9 Stimmen gegen 7 Stimmen beschlossen wurde.

Anstatt des sistierten Wortes „Das Wort“ ist ein neues Organ: „Unser Weg“ gegründet worden.

## Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage.)

#### Von der Norddeutschen Holz-Verufsgenossenschaft.

Der Bericht bemerkt einleitend: „Aus dem bedeutenden Zuwachs an Versicherungen und Löhnen in den Berichtsjahren 1903—1905 war bereits auf einen erheblichen Aufschwung der Holzindustrie zu schließen; die Ergebnisse des Berichtsjahres 1906 bestätigen die anhaltend gute Geschäftslage.“

Verfügt waren im Jahre 1906: 10.509 Fabrikbetriebe, die 224.115 Personen beschäftigten, und 21.514 Bauwerkstätten (Handbetriebe) mit 35.203 Personen!

Der Zuwachs gegen das Jahr 1905 beträgt 1750 Betriebe und 18 391 versicherte Personen!

Gemeldet wurden im Berichtsjahre 14 924 Unfälle, so daß auf 1000 Versicherte 57,55 Unfälle durchschnittlich entfielen. Entschädigt wurden dagegen nur 3388 Unfälle.

Die fünf Aufsichtsbereiche der Berufsgenossenschaft haben in den Sektionen III, VI, VII und IX der Berufsgenossenschaft 2919 Betriebe mit 20 149 beschäftigten Arbeitern revidiert. Außerdem wurden in Berlin 603 Betriebe mit 11 181 Arbeitern revidiert.

In Ordnung befunden wurden von diesen Betrieben 1533 und von den Berliner Betrieben 385.

Schulborrichtungen wurden insgesamt 5334 angeordnet, davon allein 1179 an den Kreislagern! 20 Proz. der Unfälle passierten an den Kreislagern! Interessant ist auch der Bericht über die Verhältnisse der Berufsgenossenschaft in den verschiedenen Ländern. Die Verhältnisse der Berufsgenossenschaft in den verschiedenen Ländern sind im Bericht abgedruckt. Die Verhältnisse der Berufsgenossenschaft in den verschiedenen Ländern sind im Bericht abgedruckt. Die Verhältnisse der Berufsgenossenschaft in den verschiedenen Ländern sind im Bericht abgedruckt.

In der „Heilanstalt“ der Berufsgenossenschaft zu Wilhelmshagen (Marh) wurden im Berichtsjahre 916 Verletzte „geheilt“. Pflegedauer pro Fall 55 Tage. Die verbrauchten Nahrungsmittel werden ganz genau angeführt und erfahren wir, daß die Verletzten z. B. 5760 Salzheringe und 680 saure Gurken verzehrt haben.

## Gewerkchaftliches.

### Selbsthilfe.

Wie der „Vorwärts“ dieser Tage mitteilt, hat der Arbeiterverband des Baugewerbes in Aachen seine Mitglieder aufgefordert, keine Bauarbeiter aus Krefeld einzustellen, weil dieselben ausständig sind. In dem vertraulichen Rundschreiben war ferner mitgeteilt, daß die Quittungsmarken auf den Invalidentarten der Krefelder Bauarbeiter die Nr. 41 als Entwertungszahlen tragen. Es ist für die Unternehmer nun sehr bequem, wenn dieses Kampfmittel allgemein wird, an der Hand der so bezeichneten Invalidentarten eine für die Arbeiter gefährliche Kontrolle auszuüben. Und daß die Unternehmer auf die Dauer die Invalidentarten als Urabschreiben benutzen werden, glauben wir bestimmt, von der Staatsanwaltschaft wird ihnen keine Schwierigkeit gemacht.

Den Arbeitern ist aber ein Mittel gegeben, sich der Kontrolle der Unternehmer durch die Invalidentarten zu entziehen und zwar durch den § 102 Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes. Derselbe lautet:

Der Versicherte ist berechtigt, auf seine Kosten zu jeder Zeit die Ausstellung einer neuen Quittungsmarkte gegen Rückgabe der älteren zu beantragen.

Die Worte „zu jeder Zeit“ besagen, daß ein Versicherter sich seine Karte auch dann umtauschen lassen kann, wenn dieselbe z. B. auch nur eine Marke enthält.

Nach § 88 der Preussischen Anweisung vom 17. November 1899 sind für eine derartig beantragte Ausstellung einer neuen Quittungsmarkte, sofern die Gültigkeitsdauer der alten Karte noch nicht abgelaufen ist, 5 Pf. dann zu zahlen, wenn in der Karte für weniger als 30 Wochen Beitragsmarken verwendet sind; in allen anderen Fällen erfolgt die Ausstellung kostenfrei und gebührenfrei.

Streikenden Arbeitern, welche abreisen wollen, ist nun zu empfehlen, ihre Quittungsmarkte auf dem Bürgermeisteramt einer Nachbargemeinde umzutauschen. Weiter wäre es praktisch, wenn die Arbeiter eine oder mehrere Marken selbst einlegen und entwerten würden. Die Unternehmer würden dann an den Quittungsmarkten nicht mehr erkennen, wo die Arbeiter zuletzt gearbeitet. Die Führer von Streiks oder Aussperrungen sollten diese Vorschläge in Erwägung ziehen.

### Berlin und Umgegend.

Achtung, Kräftefahrer! Die Differenzen bei der Firma Hildebrandt sind noch nicht beigelegt. Herr Hildebrandt gibt sich die erdenklichste Mühe, durch Zeitungsinserte Ersatz für seine streikenden Kräfte zu bekommen, und zwar sucht er jetzt Kräfte für 18 bis 22 M. Für diesen Lohn wollte sich aber noch niemand hergeben, als Streikbrecher zu fungieren. Herr Hildebrandt sagt sich nun notgedrungen: Einen großen Geist darf nichts genieren! Und so markiert er selbst nebst seinem Sohn den Arbeitswilligen. Jeder fährt ein Gespann. Bei der Kundenschaft sind beide Herren von den dort arbeitenden Holzarbeitern zu ihrem neuen Beruf als Kräfte „recht herzlich begrüßt“ worden. — Wir bitten, daß die Kräfte Berlins nach wie vor den Jüngern fernhalten und erwarten auch fernherhin die tatkräftige Unterstützung der Tischler und Maschinenarbeiter.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Verwaltung II.

Achtung! Freizeugehelfen! Wegen Tarifbruch für unsere Mitglieder gesperrt: Kottbagerl, Tischlerstr. 61; Glah, Kleinstraße 10. Die Kontrollkarten müssen bis zur dritten Woche dieses Monats gestempelt sein.

Verband der Freizeugehelfen. Zweigverein Berlin. J. A.: Paul Liere, Rosenthalerstr. 57.

### Deutsches Reich.

Herr Bergwerksdirektor Schulz von der Grube „Elisabethglück“ sendet uns abermals eine Zuschrift. Sie lautet: Mit Interesse habe ich Ihre Ausführungen zu der von mir gegebenen Verdrängung in Nr. 214 gelesen.

Meine Unvorsichtigkeit dürfte Ihnen doch nicht so auffällig erscheinen, wenn Sie gewußt hätten:

1. Daß ich bezw. meine Firma noch meine Werkverwaltungen die von Ihnen angezogene Zeitung „Kaufmännische Zeitung“ weder gelesen haben noch darauf abonniert sind.

2. Daß meine Firma nicht dem Arbeitgeberverbande angehört.

3. Daß die 38 Arbeiter, welche am 2. d. M. auf Verbandsbeschluss hin gekündigt haben, dem Werksinspektor auf seine Frage, warum sie kündigten, ob sie mit ihrem Lohn nicht zufrieden wären, antworteten: „Sie wären mit allem zufrieden, wünschten möchten Sie nur eine achtlagige Kündigung.“

Als ihnen diese in Aussicht gestellt wurde, meinten sie, Kündigen müßten sie aber doch, es wäre Verbandsbeschluss.“

4. Sie können mir aber auch unmöglich zunutzen, daß ich Forderungen, die meine Arbeiter etwa an mich haben, aus Zeitungen herauszufinden soll; weder ich noch meine Verwaltungen haben eine schriftliche oder mündliche Forderung entgegengenommen, wie ja auch, soviel mir bekannt geworden, verschiedene Werke das Gleiche feststellten und bei den großen und bedeutenderen Werken gar keine Kündigungen vorgenommen sind. Es kann also wohl kaum von einer Bergarbeiterbewegung größeren Stils, noch von einem Riesenstreik in der Lausitz die Rede sein.

Im übrigen danke ich Ihnen für die Verdrängung und zeichne hochachtungsvoll

E. Schulz.

Herr Direktor Schulz hat sich in dieser zweiten Zuschrift eines Stills bedient, der recht vorteilhaft von dem seines ersten Schreibens abtritt. Inzwischen haben wir bei unserem Korrespondenten Er-

kundigungen eingeholt, deren Ergebnis war — weil kein privater Informationsdurchfluß — nicht ganz wörtlich wiedergeben können, die aber das Interesse des Herrn Direktors Schulz in noch höherem Maße als unsere eigenen Bemerkungen nachrufen werden. Unser Korrespondent bestätigt unsere Vermutungen, daß der Herr Direktor über die Verhältnisse auf seinen Gruben gar nicht unterrichtet ist und erklärt das.

Sachlich schreibt er:

Es waren in jener Konferenz „Agitatoren“ nur die Bezirksleiter Weikard-Sensienberg, Gärtner-Gannover, Langhork-Stahfurt und Max Hirsch zugegen. Der Vorsitzende beschränkte sich lediglich auf die Leitung der Beschlüsse und ließ im übrigen die Werksdelegierten und Vertrauensleute — alles aktive Bergleute — reden. Die „Agitatoren“ haben sich mit keinem Worte an der Debatte beteiligt. Die marantesten Ausprüche der Delegierten habe ich möglichst wortgetreu wiedergegeben: Besonders der Arbeiter von „Elisabethglück“ sprach ruhig und nicht mit jener ungeschlachten inneren Erregung wie die übrigen Bergleute. (Deshalb war es auch möglich, viel von dem wiederzugeben, was er vorbrachte.)

Nun zu dem, was der Herr bestreitet. Er sagt, daß die Mietsentschädigung gezahlt worden sei. Nun. Am 1. September war die Konferenz. Am 5. September ist die Lohnzahlung nebst Mietsentschädigung erst erfolgt. Die Leute hatten also wohl ein Recht, von Nachzahlung zu sprechen — nicht unähnlich, wie sie nun einmal sind. Dann soll unklar sein, daß ein Arbeiter befristet worden ist und daß man durch Umgehen von Marken Arbeiter um den Lohn hat pressen wollen. Die Leute behaupten das Gegenteil! Nicht einmal, öfters ist wegen der Bagen gestrast worden. Kurz alles, was der Herr Direktor als „grobe Unwahrheit“ bezeichnet, wird in allen Stücken aufrecht erhalten.

Werkwürdig ist es auch, daß die Verwaltung und er keine Forderungen erhalten haben wollen. Allerdings hat die Leitung — dumme Weise — die Forderungen den Adressaten als Drucksache zugestellt. Im Vorwort zu (sparen!) Na, ich enthalte mich darüber eines Urteils — weil es aber so ist, wollen wir ihm auch das noch glauben. Damit ist es aber genug.

Die von dem Direktor verwalteten Gruben werden als „nicht die besten“ geschilbert, Lohn, Behandlung usw. sind um keinen Deut besser als anderswo.

Und nun lassen wir aus dem Brief unseres Berichterstatters einen Passus folgen, der nicht nur Herrn Direktor Schulz, sondern alle Leiter kapitalistischer Unternehmungen interessieren und sie die ihnen „unberechtigt“ scheinenden Forderungen der Arbeiter in anderem Lichte erscheinen lassen dürfte. Unser Korrespondent schreibt:

„Persönlich möchte ich aus meiner Praxis (als Bergmann und früherer Bergmann und Beamtenamtstuer) bemerken, daß ich die Entrichtung und starke Sprache des Direktors begreiflich finde. Er wird — wie alle höheren Beamten — in der raffiniertesten Weise hinter Licht geführt! Praktisch ist er auf seine Betriebsführer angewiesen, diese sind die Macher und herrschen auf den Gruben, der Direktor — der König absolut usw.“ Ganz natürlich beim Bergbau, weil die Befahrung der Grube gewisse Vorbereitungen (alte Lumpen anziehen usw.) erfordert und weil auch die Beamten — je höher hinauf um so mehr — einen natürlichen menschlichen Widerwillen gegen die Befahrung des Schachtes haben. Sie können nach allen Regeln der Kunst geleimt werden — sie merken nichts; hinterher werden sie oft noch ausgelacht!

Und Herr Direktor Schulz ist offenbar in Praxis ein Durchschnittsdirektor wie alle anderen. Hat er aber den guten Willen, Kenntnisse zu sammeln, zu bessern und die Verhältnisse kennen zu lernen, so mag er sich ein halbes Jahr vielleicht Tag für Tag in seinen Gruben aufhalten und er wird uns Recht geben müssen!“

Soweit unser Korrespondent. — In seiner heutigen Zuschrift tröstet sich Herr Direktor Schulz noch damit, daß sich auf seiner Grube nur 38 Mann im Streik befinden. Er mag auch in dieser Beziehung nicht seinen Beamten trauen! Nicht, daß wir die Ziffer anzweifeln; aber wenn es sich dabei, wie uns berichtet, um wirkliche Bergleute, um 38 Mann aus dem Schachte handelt, dann muß er praktisch deren Zahl um mehrere vervielfachen. Dann fehlt der Grube eben für die Fortarbeit das Wichtigste — die Kohle!

### Ausland.

#### Der Kampf der Doker.

Antwerpen, 12. September. (Fig. Ber.)

Die Situation ist unverändert — auch darin, daß auch der neue Vermittlungsversuch in der Tiefe verschwunden ist, in der schon so viele begraben sind. Die Arbeiter der „Nations“, die seit langem streikten, haben zum großen Teil die Arbeit wieder aufgenommen — andererseits wurde wieder ein neuer Streik der im Zollamt beschäftigten Jüderarbeiter gemeldet. — Neue Streikbrecher kommen, alte gehen — die Zahl der Jüder 3000 für die Unternehmung vereinigung arbeitenden Streikbrecher erleidet keine merkliche Verschiebung. Die Hauptsache aber: die Masse der Streikenden rührt sich nicht und harret aus.

Wenn man den verschiedenen Interviews mit den Unternehmern Glauben schenken darf, denkt man dort noch immer — trotz der förmlichen Revolte der Geschäftsleute und der Wäre — nicht an die Beilegung des Streiks. Charakteristischerweise ist in diesen Interviews nie mit einem Wort von dem Schaden, den der Stillstand des Hafenbetriebs aller Welt macht, die Rede. Die Herren, allen voran Steinmann, der führende böse Geist der Unternehmer, prohen mit der Million, die sie sich bewilligten, und Steinmann meinte einem Interviewer gegenüber: wenn die eine Million kaputt ist, haben wir neue Millionen. So sieht die national-ökonomische Erfassung der Sachlage bei den Hafenherren aus. „Wir haben's, wir können warten“... So kann es nicht wundernehmen, daß in Handelskreisen, die immer mehr, je länger der Streik dauert, einer Krise zugetrieben werden, große Erbitterung gegen die Regierung herrscht, die nach einem lahmten Versuch durch den Arbeitsminister die Dinge gemächlich ihren Lauf gehen läßt, weil sie angeblich die Sache nichts angeht.

Die Zeitungen veröffentlichen nun schon jeden Tag neue Vermittlungsvorschläge — aber das geschieht schon mehr zu ihrem Wasser — ein anderer Ausweg will sich vor der Hand nicht zeigen. Genosse Chapelie, der energische und umsichtige Streikführer meint, daß die belgischen Reeder die Situation einzulösen beginnen und nicht mehr lange mit den ausländischen gemeinsame Sache machen würden, wodurch der Sieg der Arbeiter umso gewisser würde.

Der Generalkongress der sozialdemokratischen Partei hat sich neuerdings mit dem Antwerpener Kampf beschäftigt und Maßnahmen für die Organisation der Unterstützung getroffen.

Die Unternehmer kehren wieder zum „englischen System“ zurück, das heißt, sie lassen nur mehr englische Streikbrecher antworten, nachdem die deutschen entweder überhaupt nach der Auffklärung durch die Streikenden die Arbeit verweigerten, oder weil ihnen die Arbeit nicht paßte, zurückkehrten. Die Engländer freilich spielen den Unternehmern schlimme Streiche, hören nach einer Stunde mit der Arbeit auf, um sich „auszurufen“, und niemand kann sie zur Arbeit bewegen. Die hochhaften hiesigen Ar-

beiter nennen dieses System „English Ethic“ und gedenken es nach zuahmen. Was dem Streikbrecher recht ist, muß dem regulären Arbeiter billig sein...

Antwerpen, 13. September. Das Zentralkomitee der Antwerpener Handelskammer hielt gestern eine Versammlung ab und beschloß nach längerer Beratung einen Aufruf an die Arbeiter zu erlassen, worin diese ersucht werden, ohne ihre Forderungen aufzugeben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Diese Haltung würde ihnen den Dank der öffentlichen Meinung sichern.

Antwerpen, 13. September. Die „Federation maritime“ hat den Vergleichsvorschlag abgelehnt.

### Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Warschau.

Der „Gewerkschafts-Anzeiger“ veröffentlicht in seiner letzten Nummer höchst interessante Materialien der Zentralkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften Polens und Litauens. Wir entnehmen ihnen nachfolgende Angaben über die Lage der sozialdemokratischen Gewerkschaften in Warschau zum 1. Juli d. J.

Genane Daten über ihre Tätigkeit haben zwölf Verbände geliefert (der Textilarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter, Lederarbeiter, Bäcker und Mühlenarbeiter, Transportarbeiter, Buchbinder, Ladrer, Kleider- und Röcke, Pharmazeuten, Eisenbahner), während von drei Verbänden (der Handlungsgeschäften, Buchdrucker und Holzarbeiter) Angaben nicht eingelaufen sind.

Von den ersteren existieren zwei Verbände 19 Monate, vier 18 Monate, einer 15 Monate, zwei 14 Monate, einer 12 Monate, einer 7 Monate, einer 6 Monate.

Parallel mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften existieren in Warschau folgende: vier neutrale (von der P. P. S. begründete) — der Metallarbeiter, Lederarbeiter, Textilarbeiter und Ladrer; zwei bündistische (vom jüdischen Arbeiterbunde begründete) — der Lederarbeiter und Metallarbeiter; vier nationaldemokratische — der Lederarbeiter, Bäcker, Metallarbeiter und Ladrer; fünf christlich-demokratische — der Eisenbahner, Ladrer, Metall-, Leder- und Textilarbeiter; eine sozialistisch-zionistische — der Lederarbeiter und eine gelbe — der Lederarbeiter.

Es existieren also in der Lederbranche sieben Gewerkschaften, in der Metallbranche fünf, bei den Ladrern vier, in der Textilbranche drei, bei den Bäckern und Eisenbahnern je zwei. Die Zahl aller parallelen Gewerkschaften ist im ersten Halbjahr 1907 von 22 auf 27 gestiegen.

Der Massenbestand der 12 sozialdemokratischen Gewerkschaften betrug zum 1. Januar 1907 15 540 Rubel, zum 1. Juli 16 450 Rubel. Eine unbedeutende Zunahme weisen die Massenbestände in 8 Verbänden auf, eine Abnahme in vier Verbänden. Der Grund hiervon liegt in den stattgefundenen bedeutenden Unterzahlungs- und Zahlungen bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der zahlenden Mitglieder (infolge der Krise). Bei den Bäckern hat die noch immer nicht aufgehobene Aussperrung den ganzen Fonds aufgezehrt.

Die Zahl der Mitglieder, die den Eintrittsbeitrag geleistet haben, ist in den 12 Gewerkschaften vom 1. Januar bis 1. Juli von 9277 auf 9876, d. h. mit 17 Proz. gestiegen. Die Zahl der regelmäßig zahlenden Mitglieder beträgt jedoch nur 8453, oder 85,1 Proz.

Stark gesunken ist die Zahl der Mitglieder im Verband der Lohnkutscher, bei den Eisenbahnern (infolge der Repressalien) und im Bäckergewerbe (infolge der Krise).

Bedeutend gestiegen ist die Mitgliederzahl im Verband der Kleider- und Röcke und im Schneiderverband. In den übrigen Verbänden ist entweder eine geringe oder gar keine Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Unterschlagung von Kirchengeldern.

Aln, 13. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der Kasse der Pfarrei Groß-Martin wurde ein Fehlbetrag in Höhe von etwa 24 000 M. festgestellt. Der Kirchenassistententant Bill soll diesen Betrag innerhalb sechs Jahren veruntreut haben. Von einer Verhaftung des Beschuldigten wurde abgesehen, da kein Fluchtverdacht vorliegt.

### Unwetter.

Freiburg, 13. September. (W. Z. B.) Im ganzen Dreisgau gingen gestern schwere Gewitter nieder. In Geisenheim wurde der Landwirt Theodor Henninger samt dem Pferd vom Blitz getötet.

### Die Blattern in Wien.

Wien, 13. September. (W. Z. B.) Heute kamen abermals drei Fälle von Blatternkrankungen zur Anzeige.

### Der Wahlrechtsstreik in Ungarn.

Budapest, 13. September. (W. Z. B.) Bisher haben bereits die Arbeiterorganisationen aller großen Städte dem Beschluß der Landesorganisation, am 10. Oktober in den allgemeinen Streik einzutreten, ihre Zustimmung erteilt.

### Bergarbeiterstreik.

Budapest, 13. September. (W. Z. B.) Im Koblenbergwerk Wrennberg bei Ledenszug streikten 1000 Arbeiter, die als Minimallohn 4 Kronen fordern. Da Unruhen befürchtet werden, wurde Militär an den Ort des Streiks entsendet.

### Verunglückter Militärzug.

Löwen, 13. September. (W. Z. B.) Ein Eisenbahnzug, welches leicht größeren Umfang annehmen konnte, ereignete sich heute in der Nähe des Bahnhofes Kessel-Loo. Ein Militärzug nach Neudeln wurde von einem rangierenden Güterzug in der Planke angeernt, wobei die fünf ersten Wagen des Militärzuges zertrümmert wurden. Glücklicherweise befanden sich in diesem überwiegend Pferde, von denen eine große Anzahl getötet oder verwundet wurden. Sieben Soldaten erlitten Verletzungen. Der angegriffene Materialschaden ist beträchtlich.

### Die Lage in Marokko.

Tanger, 13. September. (W. Z. B.) Der Raib Si Kissa von Abda ist in Marakesch angekommen, um mit 3000 Reitern zum Sultan Mulah Hafid zu stoßen.

London, 13. September. (W. Z. B.) Wie das Reutersche Bureau von gestern aus Casablanca meldet, haben Radzuger, die sich den Franzosen ergeben hatten, erklärt, die Verluste der Araber hätten sich gestern auf 300 Tote und viele Verwundete belaufen; doch ist dies wahrscheinlich übertrieben. Weiter wird berichtet, daß noch zwei Araberlager sich in der Nähe von Casablanca befinden, gegen die sich wahrscheinlich die nächste Unternehmung richten wird.

### Bestfälle in San Francisco.

San Francisco, 13. September. (W. Z. B.) Ein angesehener Chinese und ein griechischer Arbeiter sind an der Pest gestorben. Die Gesamtzahl der seit dem 27. Mai aufgetretenen Pest-erkrankungen beträgt 24, davon 13 mit tödlichem Ausgang.

### Das Nachrichtenbureau.

Unser Resümee kann kurz ausfallen, da ja, wie unsere Presstimmen bewiesen, abgesehen von der „Leipz. Volksztg.“, zur Sache selbst so gut wie nichts gesagt worden ist. Das verblüffend magere Ergebnis der Preszdebatte mag daran liegen, daß man wohl den auf sich begründeten Wunsch zur Besserung unserer Presseverhältnisse hegt, vorhandenen Mängeln durch Schaffung eines Nachrichtenbureaus abhelfen zu können glaubt, sich aber über Charakter und Aufgaben des Bureaus noch völlig im Unklaren ist. Denn die Wünsche und Ansichten fanden sich ja vielfach diametral gegenüber. Während der eine auf Uebermittlung der bürgerlichen Zeitungstimmen ein besonderes Gewicht legte, wollte der andere, obwohl sonst Befürworter des Nachrichtenbureaus, gern auf diesen Zweig des Nachrichtenendienstes verzichten; während der eine nur knappes Tatsachenmaterial, aber keinerlei bearbeitete Notizen und Artikel wünschte, neigte ein anderer der Auffassung zu, daß sogar die Unterströmungspolitik gepflegt werden möchte. So viel Stimmen, so viel verschiedene Meinungen!

Auffallen mußte es freilich auch, daß gerade von den kleineren Parteiblättern nur sehr wenige in die Diskussion eingriffen. Sie, für die doch in erster Linie der Nachrichtenendienst bestimmt sein soll, verhielten sich zum größten Teil völlig neutral und abwartend. Wohingegen ja gerade der Entwurf der fünf Redakteure von Redaktionen größerer Parteiblätter ausgearbeitet worden war. Auch verdient vermerkt zu werden, daß sich mehrere Parteiblätter, wie die „Bremser Bürger-Zeitung“, das „Zwickauer Volksblatt“ und die „Düsseldorfer Volkszeitung“, völlig mit dem vom „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ vertretenen Standpunkt einverstanden erklärt haben. Auch die „Erfurter Tribune“ bringt in ihrer gestrigen Nummer einen Artikel, dessen Ausführungen sich im wesentlichen mit dem vom „Vorwärts“ und der „Leipz. Volksztg.“ Gesagten decken. Die Ansicht, die Schaffung eines Nachrichtenbureaus entspreche dem allgemeinen Wunsche der Provinzredaktionen, erscheint also im Lichte der Tatsachen durchaus nicht richtig!

Statt, wie es im Interesse der Klärung der Frage geboten gewesen wäre, auf die Einzelörterungen des „Vorwärts“ einzugehen, zu untersuchen, welche Zweige des öffentlichen und Parteilebens in den Nachrichtenendienst überhaupt einbezogen werden könnten, erhob man mit mehr sitlichem Pathos als sachlicher Verachtung gegen „Vorwärts“ und „L. V.“ den Vorwurf, sie hätten an Gespensterfleherei und Übertriebene die Gefahren einer Uniformierung und Beeinflussung der Parteipresse. Wie stellen demgegenüber einfach fest, daß diejenigen, die den Vorwurf der Gespensterfleherei erhoben, auch nicht den leisesten Versuch gemacht haben, unsere im einzelnen angetretene Beweisführung auch nur zu berücksichtigen, geschweige denn zu widerlegen. Durch bloßes Ignorieren schafft man aber Tatsachen nicht aus der Welt.

Es ist auch der nicht gerade sehr freundliche Verdacht geäußert worden, der „Vorwärts“ und die „Leipz. Volksztg.“ „mihgönnten“ der kleinen Parteipresse einen Nachrichtenendienst, der für sie in anderer Form ja längst existiere. Wir betrachten die Parteiblätter als das wertvollste Agitationsmittel der Partei und „gönnen“ ihr nicht nur, sondern wünschen ihr sogar aufs innigste eine gute, schlagkräftige Presse. Sofern ein neuzuschaffendes Parteimittel die Qualitäten und die agitatorische Kraft der Parteipresse zu heben geeignet ist, sind wir seine lebhaftesten Befürworter. Nur leider vermochten wir das von dem Nachrichtenbureau nicht anzunehmen. Namentlich nicht von einem Nachrichtenendienst, wie es der Entwurf der fünf Redakteure vorschlug. Denn er hätte — ob es zehnmal nicht beabsichtigt gewesen wäre — zu einer großen Meinungsfabrik geführt. Die Dinge haben eben ihre eigene Logik. Wenn — nach dem Entwurf der fünf Redakteure — Gewerkschaftliches, Parteinachrichten, politische Neuigkeiten aller Art aus Berlin, dem Reich und dem Ausland, Frauennachrichten usw. usw. der Parteipresse „gefärbt“ und „literarisch dargestellt“ zuzugingen — wo um alles in der Welt wäre denn da für die individuelle Arbeit der Redaktionen noch ein Betätigungsfeld geblieben?!

Der Parteivorstand will keine solche Meinungsfabrik, er glaubt auch durch seinen Entwurf alle Beeinflussungsmöglichkeiten ausgeschloffen zu haben. Auch soll ja die durch den Parteivorstand und den Presse-Vorrat ausgeübte Kontrolle ein hinlängliches Schutzmittel gegen Beeinflussungen bieten. Gegen illoyale Beeinflussungen würde sich dieser Schutz auch zweifellos bewähren. Aber solch illoyale Beeinflussung hat auch von vornherein kein Mensch beabsichtigt! Es handelt sich lediglich um jene Unklarheit, Stuppierung und Färbung von Tatsachen, die einfach unvermeidlich ist, sieht doch jeder Mensch die Dinge durch die Brille nicht nur seines Temperamentes, sondern auch seiner ganzen Auffassung. Und es gibt doch nun einmal — nur wer gestirnt die Augen schließt, oder wer ebenso genial wie einfach alle Differenzen auf den verschiedenen Grad der „Fähigkeit“ zurückführt, kann das leugnen! — innerhalb der Partei verschiedene Auffassungen.

Deshalb ist es eine schwierige Frage, welche Zweige des Nachrichtenendienstes für das Nachrichtenbureau überhaupt in Frage kommen können. Und da diese Kernfrage des Problems in der bisherigen Diskussion viel zu wenig berücksichtigt worden ist, halten wir es in der Tat für besser, die Schaffung des Nachrichtenbureaus lieber noch einmal zu vertagen, um auch wirklich etwas Brauchbares und für die Presse wie die Partei förderliches zustande zu bringen. Im übrigen hat jetzt der Parteitag das Wort. Wie auch sein Entscheid ausfallen mag: hoffen wir, daß er der Partei zum Heile gereichen möge!

### Verammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege.

Auf der Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, die am 11. und 12. d. M. in Bremen abgehalten wurde, referierte am 12. d. M. der Reichstagsabgeordnete Mugdan über:

#### Die Mitwirkung der Krankenversicherung auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege.

Gerade jetzt, führte der Vortragende aus, ist eine Rückschau auf die hygienischen Wirkungen der Krankenversicherung angebracht, weil eine Reform der Krankenversicherungsgesetze bevorsteht. Die Seele der modernen Gesundheitspflege besteht darin, daß die Krankheitsfälle möglichst früh in geeignete Behandlung kommen. Am besten wäre es daher, dahin zu gelangen, daß jeder Arbeiter sich ein- bis zweimal im Jahre ärztlich untersuchen lasse.

Der Segen der gegenwärtigen Krankenversicherung für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit ist ein erheblicher:

Die Gewährung freier ärztlicher Behandlung, freier Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnlicher Heilmittel für den Versicherten vom ersten Tage der Erkrankung ab, verhindert, daß die hier in Betracht kommenden unbedeutenden oder wenig bemittelten Personen infolge ihrer Mittellosigkeit oder Unvermögens ihrer Umgebung ärztliche Hilfe und Heilmittel zu spät oder nur im Falle äußerster Not erhalten.

Die auf Kosten der Krankenversicherungsträger stattfindende Unterbringung eines erkrankten Versicherten, dessen Krankheit eine ansteckende ist oder besondere Anforderungen an die Behandlung oder Verpflegung stellt, in einem Krankenhause, verhindert die Ansteckung der Umgebung des Erkrankten, sichert dem letzteren fortgesetzte Beobachtung, Wache und Pflege, stellt ihm alle in dem modernen Krankenhause befindlichen Hülfsmittel der Wissenschaft und Technik zur Verfügung und beschleunigt dadurch den Heilungsprozess. Die Unterbringung in einem Genesungsheime oder in einer Erholungsstätte hat ausgezeichnete Erfolge bei Nervenleiden, Herzkrankheiten, Weichsüchtigen und Tuberkulösen leichterer Art gezeigt.

Das, im Falle einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit, vom dritten Tage der Erkrankung ab dem Versicherten zu gewährenden Krankengeld gleicht einigermassen dem, für den Kranken und seine Familie, aus dem Verlust seiner Arbeitsfähigkeit sich ergebenden wirtschaftlichen Nachteil aus und sichert selbst dem Aermsten während der Krankheit die Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse, ohne die seine, durch die Krankheit beeinträchtigten Körperkräfte noch mehr dahinschwänden.

Die an die Angehörigen des in einem Krankenhause untergebrachten erkrankten Versicherten während der Zeit seines Verweilens im Krankenhause zu zahlende Angehörigenunterstützung hält die äußerste Not und Entbehrung, die so häufig eine Krankheit verursacht, von der Familie ab und erleichtert es dem Kranken, bis zu seiner vollständigen Wiederherstellung im Krankenhause zu bleiben.

Die den versicherten Wöchnerinnen für die Dauer von sechs Wochen zu zahlende Wöchnerinnenunterstützung erlaubt der jungen Mutter die notwendige Erholung ihres durch die Geburt geschwächten Körpers und die Erfüllung ihrer mütterlichen Pflichten gegen das neugeborene Kind. Die Krankenkassen können außerdem dadurch, daß sie statutarisch eine Schwangerenunterstützung, die freie Gewährung der erforderlichen Hebammendienste und die freie Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden beschließen, die Grundlage eines ausgebreiteten Mutterschutzes bilden.

Die statutarisch mögliche Gewährung freier ärztlicher Behandlung, freier Arznei und sonstiger Heilmittel für nichtversicherungspflichtige Familienangehörige der Versicherten ist geeignet, die hohe Kindersterblichkeit zu vermindern und Verschleppung der Heilung einer Krankheit der für den Arbeiterhaushalt unentbehrlichen Hausfrau zu verhindern.

Bei der Reform der Versicherungsgesetzgebung muß aber der Kreis der Versicherten beträchtlich erweitert werden. Die Krankenversicherung ist auszudehnen auf alle, die der Invalidenversicherungspflicht unterliegen, vor allem auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gefolge, ebenso sind die Arbeiter der Industrie und des Bergbaus, die deshalb nicht unter das Gesetz fallen, weil ihr Arbeitsvertrag bei demselben Arbeitgeber meist nicht die Zeit von einer Woche erreicht.

Ferner ist anstatt der statutarisch möglichen die obligatorische Gewährung freier ärztlicher Behandlung nebst aller vorher erwähnten Leistungen auch auf die Familienangehörigen der Versicherten zu fordern.

Die weitestgehende Karenzzeit für den Anspruch auf Krankengeld ist vom hygienischen Standpunkt entschieden zu verwerfen; schon von dem gesunden Arbeiter ist ein dreitägiger Wegfall des Arbeitsverdienstes sehr schwer zu tragen, vielmehr noch von einem Kranken, der durch seine Krankheit oft für seine Person größere Ausgaben zu machen hat.

Die Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes, daß Familienmitglieder, welche doppelt versichert sind, das Krankengeld soweit gekürzt werden kann, als dasselbe zusammen mit dem aus anderweiter Versicherung bezogenen Krankengelde den vollen Betrag ihres durchschnittlichen Tageslohnes übersteigen würde, ist zu verwerfen, denn der Kranke hat mehr Bedürfnisse, als der Gesunde; Simulation ist gerade von Arbeitern, die durch mehrfache Versicherungen in gesunden Tagen Opfer bringen, am wenigsten zu fürchten.

Sehr wichtig ist eine gesetzliche Regelung des Verhältnisses der Ärzte zu den Krankenkassen.

Es ist wünschenswert, daß es nicht, wie jetzt, allein in das Belieben des Kasienvorstandes gestellt ist, zu entscheiden, ob Kur und Verpflegung in einem Krankenhause gewährt werden soll. Der § 7 des Krankenversicherungsgesetzes sollte etwa in der Weise geändert werden, daß Kur und Verpflegung im Krankenhause auf Antrag des Arztes gewährt werden muß, wenn die Krankheit des Versicherten seiner Umgebung Gefahr bringt.

Zur Verabfolgung der Verwaltungsausgaben, und um das Krankengeld allgemein erhöhen zu können, was höchst wünschenswert ist, ist die Zusammenlegung aller in einem Stadtkreise oder Landkreise befindlichen Versicherungsträger zu einer einzigen Krankenkasse zu fordern.

Die in den letzten Jahren zwischen Kasienärzten und Krankenkassen an vielen Orten entstandenen Streitigkeiten sind vom hygienischen Standpunkte aus aufs tiefste zu beklagen, da hier der Sieg der Ärzte oder der Krankenkassen nur davon abhängt, wie lange die hilflosbedürftigen Kranken eine geordnete ärztliche Behandlung entbehren können. Es ist deshalb Aufgabe der Gesetzgebung, die Wiederholung solcher Vorkommnisse unmöglich zu machen; dies kann „nur“ durch eine gesetzliche Ordnung der Kasienärztlichen Verhältnisse im Sinne der freien Arztwahl geschehen.

Für einen Erfolg in der Gewerbehygiene ist ein geregelter Zusammenwirken der Kasienärzte wie der besonderen Fabrikärzte mit den Fabrikleitungen einerseits und den Krankenkassen andererseits erste Voraussetzung; die Ärzte, und besonders die, nach Vorgabe der Bestimmungen des Bundesrats, von den Fabrikleitern für eine Reihe von Betrieben vorgegebenen Fabrikärzte müssen von der Kasienverwaltung und der Fabrikleitung völlig unabhängig sein und jederzeit das Recht haben, die in gesundheitsgefährlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen und die von ihnen festgestellten Gewerbekrankheiten oder als solche verdächtige Erkrankungen zur Kenntnis des Gewerbeaufsichts- und Medizinalbeamten zu bringen.

Wünschenswert ist die Erlangung einer zuverlässigen Krankheitsstatistik über die bei Kasienmitgliedern vorgekommenen Erkrankungen. Zu diesem Zwecke ist die Einführung einer ärztlichen Meldefarte zu fordern, auf der von dem Kasienarzte wöchentlich die Diagnose der von ihm behandelten Krankheitsfälle sowie ihre Dauer und ihr Ausgang zu vermerken sind, nachdem von der Kasienverwaltung Namen, Beruf (auch früherer Beruf) und Alter sowie die Nummer des Krankenscheines vorgetragen ist, und die, um den Arzt durch Rücksichtnahme auf den Patienten in der genauen Eintragung der Diagnose nicht zu behindern, an das nächste statistische Bureau gesandt wird. Bis jetzt haben wir nur eine sehr unzuverlässige Krankheitsstatistik. An der Hand einer zuverlässigen Statistik werden unsere Ansichten über viele Gewerbekrankheiten erst eine sichere Grundlage erhalten. (Lebh. Beifall.)

In der Diskussion betont Regierungsrat Dr. Dittmann-Oldenburger die große Bedeutung der hygienischen Aufklärung. Leider halten sich viele Ärzte hierbei zurück und überlassen die Aufklärung, nach welcher die unteren Volksklassen einen förm-

lichen Hunger haben, weniger sachverständigen Personen. Die Erfüllung der von dem Vortrager erhobenen Forderungen würde erheblich höhere Mittel erfordern als gegenwärtig. Bezüglich der freien Arztwahl muß ich betonen, daß eine für die Gesetzgebung brauchbare Formel hierfür bisher nicht gefunden ist; die unbedingte freie Arztwahl wollen ja auch ihre eifrigsten Befürworter nicht, sie ist eben undenkbar.

Stadtvorordner Dr. Wagner-Danau: Zu den hygienischen Forderungen des Referenten möchte ich nur hinzufügen, daß auch eine Erweiterung der Krankenunterstützung über 26 Wochen hinaus wünschenswert ist. Betreffs der freien Arztwahl betone ich entgegen dem Referenten, daß ihre gesetzliche Einführung gerade von hygienischen Gesichtspunkten aus zu verwerfen ist. Nach den Erfahrungen einer Reihe von Kasien ist die freie Arztwahl außerordentlich kostspielig, sie führt zu einer Reihe unnützer Ausgaben, die niemandem zugute kommen als dem Apotheker. Mit der freien Arztwahl würde zudem die Selbstverwaltung der Krankenkassen aufhören und damit das Interesse der Versicherten, was gerade von hygienischen Gesichtspunkten aus zu bedauern wäre.

Geheimer Oberfinanzrat Fuchs-Darmstadt: Im Großherzogtum Hessen sind eine Reihe von Forderungen des Referenten erfüllt. Wir haben 1900 eine Betriebskrankenkasse für alle staatlichen Arbeiter eingeführt, wobei eine Familienversicherung von vornherein mit eingeführt wurde. Auch die freie Arztwahl haben wir mit Hilfe der ärztlichen Organisationen, mit denen wir einen Tarifvertrag auf 5 Jahre abgeschlossen haben, durchgeführt. Möglicherweise und dies, weil der Staat die Verwaltungskosten trägt. In der Richtung möchte weiter gegangen werden, es müßten Stadt- und Kreiskrankenkassen gegründet werden, die aber die Verwaltungskosten übernehmen. Eine Großstadt, die 50 000 W. und mehr für Blumensträuße auf den Straßen ausgibt, könnte sehr wohl auch diese Verwaltungskosten tragen.

Sanitätsrat Dr. Sonnenfals-Weipzig: Aus meinen Erfahrungen heraus widerspreche ich der Forderung des Vortragenden, daß den doppelt Versicherten das Krankengeld nicht gekürzt werden darf, der gegenwärtige Zustand muß vielmehr aufrecht erhalten werden. Der Vortragende meint, daß die Kranken noch mehr gebrauchen als die Gesunden. Für die Arbeiter ist das nicht richtig. Niemand gibt mehr für Bier und Zigaretten aus als der Arbeiter. (Zustimmung.) Bei der Krankheit sollen diese Ausgaben aber fort. Es ist auch nicht wahr, daß die Arbeiter, wie Dr. Dittmann sagte, einen wahren Hunger nach hygienischer Aufklärung haben. In Leipzig veranstaltet der Deutsche Verein für Volks- und Arbeiterbildung über öffentliches Gesundheitswesen; aber auch Arbeiterkreise haben wir keine. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Leunhoff-Berlin: In Berlin haben wir mit hygienischen Vorträgen für die Arbeiter sehr gute Erfolge gehabt. Die Ermüdung des hygienischen Interesses unter den Arbeitern ist übrigens eine Folge der freien Arztwahl, das geht aus den Protokollen der Krankenkassenkongresse, die sich früher nur mit Verwaltungsdarstellungen beschäftigten, ganz klar hervor. Eine Formel für die freie Arztwahl ist längst gefunden; die unbedingte freie Arztwahl hat niemand, auch der Wohlhabende nicht, auch dieser muß sich bei der Wahl des Arztes nach seinen Finanzverhältnissen richten. Die brauchbare Formel ist durch den Tarifvertrag gegeben, in welchem für Streitigkeiten ein Schiedsgericht vorgesehen ist. (Beifall.)

Dr. Delbrück-Bremen wünscht bei der Reform der Krankenversicherung auch eine Berücksichtigung des Alkoholismus.

Dr. Fürst-Hamburg befreit, daß die Ärzte sich bei der öffentlichen Belehrung zurückhalten, dieser Standpunkt sei längst überwunden. Die Erfahrungen, die mit hygienischen Vorträgen im Volkshaus zu Hamburg gemacht sind, sind denen des Doktor Sonnenfals aus Leipzig direkt entgegengesetzt; freilich müßte sich der Vortragende mehr als Kamerad, denn als Lehrer der Arbeiter fühlen. (Beifall.)

Dr. Rabnow-Schöneberg befragt ähnliche Erfahrungen für Berlin. Bei der Schaffung einer zuverlässigen Krankheitsstatistik dürfen die Krankenkassen nicht ausgeschlossen werden, wie es nach dem Vorschlage des Referenten, der Arzt solle die Meldarten an das nächste statistische Bureau senden, geschehen würde.

Dr. Edenschildt-Berg-Blabach betont die Wichtigkeit der Belehrung der Mütter über die Vorteile des Selbststillens und der Wohnungshygiene; wolle man die Säuglingssterblichkeit herabmindern, so sei das eine wichtige Vorarbeit für die Wirksamkeit der Krankenkassen. (Beifall.)

Der Referent verzichtet auf das Schlusswort. Irgendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Der Referent Mugdan hat in seinem Vortrage vergessen hervorzuheben, daß sämtliche Forderungen, die er aufstellte, mit Ausnahme seiner auf Vernichtung der Selbstverwaltung gerichteten Anregungen, bereits seit Jahrzehnten in und außerhalb des Parlaments von der Sozialdemokratie erhoben, von der Reichstagsmehrheit und von den freisinnigen aber niedergestimmten sind. Die sonderslichen Anschauungen, die Dr. Sonnenfals aus Leipzig zum besten gab, charakterisieren die volle soziale Verständnislosigkeit eines leider recht erheblichen Teils der deutschen Ärzteschaft. Soll die Arztfrage im Sinne Mugdans gesetzlich geregelt werden, so ist eine gesetzliche Behandlungspllicht der Ärzte und Vergütung der Ärzte aus Reichs-, Staats- oder Kommunalmitteln ein unumgängliches Korrelat. Die Krankenkassen haben die soziale Verpflichtung der Gemeinden, des Staates und des Reiches, für die Krankheitsfälle Sorge zu tragen, von den Schultern der Allgemeinheit vorzugsweise auf die der Arbeiter gelegt. Bei dem Ausbau der Krankenversicherung ist man davon ausgegangen, daß die von den Arbeitern aufzubringenden Mittel eine wirkliche freie Arztwahl unmöglich machen. Die von Mugdan und Genossen unter dem falschen Schlagwort „freie Arztwahl“ verlangte Regelung zielt in Wahrheit lediglich auf eine Überbelastung der Arbeiter und auf eine Verklammerung ihrer Selbstverwaltung und soll den Arbeitern, so lange Behandlungszwang der Ärzte abgelegt wird, lediglich eine scheinbare Freiheit der Arztwahl, in Wahrheit die Verpflichtung bringen, den Kreis der Ärzte, die Vorteile von den Kasien beziehen, im Interesse der Ärzte, nicht im Interesse der erkrankten Arbeiter zu erweitern.

### Aus der Partei.

Bildungsbestrebungen. Die Parteigenossen Stettins beschäftigten sich am Mittwoch zum zweitenmal mit der Frage der Auflösung der Arbeiterbildungsschule und der Begründung eines Bildungsausschusses. In der ersten Versammlung, in der Genosse Schulz-Berlin referiert hatte, war die Angelegenheit nicht zum Austrag gekommen, da die Debatte, die teilweise einen heftigen Charakter annahm, der Vollzeitsunde wegen abgebrochen werden mußte. In der zweiten Versammlung führte nach einem Referat des Genossen Kühle-Weipzig die Diskussion zu dem Ergebnis, daß die Resolution, die der Partei und den Gewerkschaften die Begründung eines Bildungsausschusses im Interesse der modernen Arbeiterbewegung empfiehlt, gegen acht Stimmen angenommen wurde. Die auf Verbeibaltung und tatkräftige Unterstützung der Arbeiterbildungsschule gerichtete Resolution vor der Abstimmung zurückgezogen worden.

Aus den Wahlkreisen Greifenberg-Gemmin und Rangard-Regenwalde. Die Generalversammlung der beiden Wahlkreise, die in Gollnow abgehalten wurde, zeigte in aller Deutlichkeit, wie schwierig die Verbreitung unserer Ideen in den zurückgebliebenen hinterpommerschen Gegenden ist. Die Agitationsleitung muß mangelnde geeigneter Genossen noch von der Agitationskommission in Stettin besorgt werden. Dazu machen die Behörden alle mög-

ihnen Schwierigkeiten. Trotzdem sind bei der letzten Wahl unsere Stimmenzahlen gestiegen. Die bisherigen Kandidaten W. Lenz und S. G. A. P. in G. A. P. wurden wieder aufgestellt.

### Das geplante Parteisekretariat in Altenburg.

Die „Altenburger Volkszeitung“ gibt sich alle Mühe, die Sekretariatsgründung in Altenburg nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Jetzt wird sogar geschrieben (der „Vorwärts“ druckte den Bericht der „Altenburger Volkszeitung“ ab), daß sich außer dem Genossen Leber niemand weiter gegen die Sekretariatsgründung gewendet habe. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß es dem Genossen Leber gar nicht eingefallen ist, gegen die Sekretariatsgründung an sich etwas zu sagen. Er hat bloß — und dazu war er berechtigt — gegen die Art und Weise, wie der Plan in Altenburg zu Stande gekommen ist, gesprochen. Es ist auch der „Altenburger Volkszeitung“ bekannt, daß im Monat April eine kombinierte Vorstandssitzung der zum Sekretariat gehörigen vier Wahlkreise stattfand. Die Altenburger hatten sich, genau so wie die Vorstandsmitglieder der übrigen Kreise mit der Tätigkeit des Sekretariats einverstanden erklärt. Ja, sie hatten sogar für das laufende Geschäftsjahr die Beiträge mit festgesetzt. Und ein paar Monate später — ohne dem Sekretariat etwas zu berichten — tauchte der Altenburger Antrag auf: Lösung vom Sekretariat in Jena. Dieses Gebaren haben Gen. Leber sowie die Genossen nicht nur in Jena, sondern in Weimar und in Neuh. Lang. und St. Vinc. scharf verurteilt. Die Redaktion der „Altenburger Volkszeitung“ weiß ganz genau, daß auf der Generalversammlung der Sozialdemokratie von Neuh. Lang. die schärfsten Worte gegen dieses Verhalten der Altenburger Genossen gefallen sind.

Auf die übrigen ebenso unrichtigen Ausführungen einzugehen schieken wir uns.

### Das Parteisekretariat in Jena.

Sozialdemokratische Gemeinderatswahlen. In Seibau bei Naunau wurden bei sehr schwacher Beteiligung an der Gemeinderatswahl die beiden sozialdemokratischen Kandidaten, die Genossen Ludwig F. H. und Zigarrenarbeiter Mahler gewählt.

## Aus Industrie und Handel.

### Kein selbstliches Interesse.

Der „Ratgeber auf dem Kapitalmarkt“ beweist durch den Bankierstag also:

„Nützlich und sachlich wurde jeder der vier Punkte der Tagesordnung durchgesprochen, mit einer Objektivität, als befände man sich auf einem Juristentag, und nicht auf der Tagung eines arg heimgeführten und zur Hälfte aufgeregten Standes. Ein einziges Mal nur wurde diese würdige Objektivität verletzt und an die selbstlichen Instinkte der Versammlung appelliert. Das war, als der Referent über das Depositenwesen (Privatdozent Dr. Jaffé) die Anwesenden aufforderte, gelegentlich einmal mit der Regierung von Macht zu sprechen, und durch Bemerkung der Übernahme neuer Anleihen darzutun, in welcher eminenten Lage die Regierung auf dem Bankierstand angewiesen sei. Das war halb ernst, halb scherzhaft gemeint. Aber sofort fuhr der Vorkämpfer dem agitatorisch überzogenen Herrn in die Parade, indem er im Namen des Bankierstandes alle Respektlosigkeiten weit von sich wies. Es sei gar nicht daran zu denken, daß die Banken jemals ihres Privatinteresses halber wider das Staatsinteresse handeln würden. So äbel man ihnen auch mitgespielt habe — in nationalen Fragen denke und handle man vor allem als Patriot.“

Wenn es schon möglich ist, Wirtschaftsprüfung moralisch und ethisch zu verbrämen, dann ganz besonders bei einem so ausgesprochenen Erwerbstand wie dem der Bankiers. Die ganze Tagung, die un- leugbar unter dem bestimmenden Einfluß der Großbanken stand, hat wahrlich mit Moral und Ethik nichts zu tun. Aber selbstlos und opferfreudig, patriotisch und national sollen die Bankiers sein. Die Selbstlosigkeit haben sie bei der letzten Freudenanleihe wieder genügend bewiesen. Und wenn die Bankiers dem deutschen Kapital mit den Kassenanleihen schmerzliche Verluste beibrachten, dann handelten sie natürlich nur aus Patriotismus, nicht aus Eigennutz, um die Willkür, die dabei für sie abprangen, zu ergattern. Aber das Kapitalistenblatt hat ganz recht, wenn es das Epitheton: national und patriotisch für die Bankiers reklamiert. Seit Wilhofs glorreichem Wahlsieg, den er unter jener Parole führte, gibt es keine Willkür mehr, die nicht die Verechtigung hätte, sich national und patriotisch zu drapieren.

Getreidepreise an deutschen Fruchtmärkten. Die erheblich auch in den kleinen Markorten die Getreidepreise seit Jahresfrist gestiegen sind, das ergibt sich aus den Zusammenstellungen des „Reichsanzeigers“ über die Preisbewegung an circa 80—70 Orten in den verschiedenen Landesteilen Deutschlands. Im Durchschnitt dieser Orte stellte sich der Preis, der auf Grund der tatsächlich erzielten Umsätze gewonnen ist, in Mark pro Doppelzentner, wie folgt:

	August 1906	Juli 1907	August 1907
Weizen . . . . .	17,45	21,18	21,18
Roggen . . . . .	14,70	19,87	18,67

Wenn noch von Juli auf August 1907 eine kleine Ermäßigung eingetreten ist, so steht das Preisniveau gegen 1906 für den August, der im Anschluß an die Ernte eine starke Senkung hätte bringen müssen, noch außerordentlich hoch.

Preiserhöhung für Kohle. Es sind natürlich die deutschen Syndikate, Konventionen, Kartelle usw. nicht allein, die durch Anziehen der Preisbremse die nationale Arbeit lähmen, die ausländischen Dividendenmacher folgen ihren deutschen Berufsgeossen in der Preisbremse mit Eifer und Geschick. Aus Wien wird berichtet, daß seit dem 1. September der Preis für Hausbrand eine Steigerung um 18 Proz. erfahren hat. Für diese Verteuerung wird aber die oberste Kohlenkonvention verantwortlich gemacht. Mit dem 1. September hat diese Produzentenvereinigung, die den größten Teil der in Wien verwendeten Hausbrandkohle liefert, zum viertenmal im Laufe eines Jahres die Preise erhöht. Das Anziehen dieser Erhöhung ist ein ungehörig großes. Die Kohlenkonvention hat sich nicht, wie in den Vorjahren, mit einer Erhöhung von 8 bis 10 Hellern begnügt, sondern eine solche fast in doppelter Höhe vorgenommen. Während im Vorjahre in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember der Preis für Salonkohle in plombierten Säcken für alle Bezirke Wiens auf 8,94 Kr. stellte und im heutigen Jahre bereits Steigerungen von 10 Hellern und 8 Hellern vorgenommen wurden, ist nunmehr am 1. September die bereits erwähnte Preiserhöhung von 18 Hellern erfolgt. Auch im vorigen Jahre ist im Monat September der Preis der oberste Kohle hinaufgesetzt worden. Damals betrug diese Erhöhung etwa 6 Heller, während sie heuer ohne Verursachung der Fuhrkosten fast das Dreifache ausmacht.

## Soziales.

### Ausnahmegesetze gegen ländliche Arbeiter.

Die Mitglieder des Bundes der Landwirte sind sicherlich innerlich davon überzeugt, daß die „Leutenot“ und das Austreten selbst ausländischer Arbeiter auf das wirtschaftliche Elend, die Rechtslosigkeit und die menschenunwürdige Behandlung der Landarbeiter zurückzuführen ist. Die Annahme, daß ihnen diese Uebelzuehung mangelte, wäre eine Verzweiflung ihrer Verständlichkeitsfähigkeit. Die Leitung des Bundes der Landwirte schenkt trotzdem neue Ausnahmehorizonte gegen ländliche Arbeiter herbei. Sie ist es also, die in Wahrheit die „Leutenot“ noch künstlich zu steigern oder die ländlichen Arbeiter zu Selbstigen herabdrücken will. Das

beweist folgende Auslassung der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“. Wir geben diesen Erguß wegen der für diese Herren charakteristischen Auffassung wörtlich wieder. Es heißt da:

„Der schwerste Mißstand, unter dem die deutsche Landwirtschaft heute zu leiden hat, liegt zweifellos in den mangelhaften Arbeitsverhältnissen. Trotz fortgesetzter Steigerung der Löhne (!) macht sich der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande immer stärker. Der Ertrag der einheimischen Arbeiter durch fremde bietet für die deutsche Landwirtschaft neben den anderen vielen Unannehmlichkeiten insbesondere auch dadurch ganz erhebliche Schwierigkeiten, daß durch diese Ausländer ein Rückgang der Arbeitsleistungen herbeigeführt wird und daß unter ihnen die Neigung zur Unbotmäßigkeit und zum Kontraktbruch alljährlich immer schlimmer wird.“

Die Arbeitgeber sind diesem Mißstand gegenüber so gut wie machtlos und müssen die schweren direkten (Verlust des Anwerbegeldes) und indirekten Schädigungen, die ihnen durch das Fortlaufen der Leute erwachsen, über sich ergehen lassen, ohne daß ihnen Polizei und Gericht einen ausreichenden Schutz gewähren. Ja, wie heute die Verhältnisse liegen, setzen viele Arbeitgeber in Kontraktbrüchen von jedem Vergehen ab, da sie wissen, daß auf einen Erfolg nur in den allerletzten Fällen zu rechnen ist, während sie sich mit Sicherheit auf Vergeß, Schreiberlei und nicht unbedeutende Kosten gefaßt machen können.

Das Vorgehen einzelner Landwirtschaftsländer, die Namen der ihnen gemeldeten Kontraktbrüchigen Schritter in ihren Amtsblättern zu veröffentlichen, um so den Polizeibehörden die Verfolgung zu erleichtern, muß als sehr dankenswert anerkannt werden, hat aber, soweit bekannt, eine merkliche Einschränkung des Kontraktbruchs in den betreffenden Provinzen kaum zur Folge gehabt.

Soweit wir über diese Frage unterrichtet sind, dürften die Erfolge nur recht bescheidene sein, und das ist, leider muß es gesagt werden, nicht zum wenigsten zurückzuführen auf ein mangelndes energisches Vorgehen der öffentlichen Organe: Polizei und Gerichte.

Aber nur durch ein zielbewusstes Eingreifen der staatlichen Gewalten wäre es möglich, dem Kontraktbruch der ausländischen Arbeiter entgegenzuwirken. So lange diese Leute wissen (und sie wissen es recht gut!), daß sie strafflos oder fast strafflos kontraktbrüchig werden dürfen, helfen alle kleinen Mittel gar nichts! Geldstrafen nützen in solchen Fällen erfahrungsgemäß sehr wenig, kann man es doch immer und immer wieder erleben, daß die Reaktionen ohne weiteres im Stich gelassen werden. Ist aber eine Rektion noch gar nicht oder nur erst im geringen Betrage vorhanden, so ist den Leuten so gut wie nichts anzuhängen, da bei ihnen Geld und Geldwert meist nicht vorhanden wird. Das ist aber der wunde Punkt! Auch ein Rücktransport zum Arbeitgeber wird nur in verschwindend wenig Fällen Erfolg haben, wenn die Leute wissen, daß auch ein erneutes Dabonlaufen weiter keine Nachteile für sie hat.

Das einzige, wozu die ausländischen Arbeiter tatsächlich furcht haben, ist die Ausweisung, und dieses Mittel dürfte auch das einzige sein, das geeignet ist, dem hier in Rede stehenden Unfuge wenigstens einigermassen zu steuern. Dabei bedarf es keiner besonderen geistigen Anstrengung, sondern es ist nur der gute Wille der Verwaltung nötig, der es ja freilich, jeden Ausländer auszuweisen (!). Selbstverständlich wird von diesem Rechte nur sogenannten „lästigen“ Ausländern gegenüber Gebrauch gemacht, aber doch ein ausländischer Arbeiter, der seinen Kontrakt bricht und im Lande herumstreicht, bezw. seine Arbeitsstelle so oft wechselt, daß er nur mit Mühe zu finden ist, sich „lästige“ macht, darüber ist doch wohl weiter kein Wort zu verlieren! Den ausländischen Arbeitern müßte auf diese Weise beigebracht werden, daß sie in Deutschland nicht machen können, was sie wollen, sondern daß sie den gestellten Rechtsansprüchen ebenso Folge zu leisten haben, wie jeder Deutsche. Gerade der Landwirtschaft sind ausländische Arbeiter besonders un sympathisch, und für den deutschen Landwirt sind sie eben nur ein notwendiges Uebel. Jedemfalls haben die ausländischen Arbeiter die Pflicht und Schuldigkeit, so lange sie hier in Deutschland weilen, sich unseren Sitten und Anschauungen gegenüber entsprechend zu verhalten. Haben sie dazu keine Lust, dann muß ihnen eben das Verständnis dafür beigebracht werden, beziehungsweise müßte ihnen durch einen Schub über die Grenze klar gemacht werden, daß man bei uns nicht ungestraft Treu und Glauben ins Gesicht schlagen kann.

Die Ausweisung hätte auf Antrag des geschädigten Arbeitgebers zu erfolgen. Würde erst einmal eine Anzahl Kontraktbrüchiger per Schub über die Grenze gebracht worden sein, zugleich mit der Weisung, in demselben Jahre das Reichsgebiet nicht wieder zu betreten, dann würde das Uebel doch recht bald erheblich nachlassen. Aber auch hier gilt der alte Spruch: „Die Rührbegeger hängen keinen, sie hätten ihn denn“. Will die Regierung also eine energische Ausweisungspolitik gegenüber den kontraktbrüchigen Saisonarbeitern treiben, so wird sie vor allem dafür Sorge tragen müssen, daß sie ihrer auch habhaft wird, und sie wird sich der Verfolgung solcher Leute mit erheblichem Eifer annehmen müssen, als dies bisher geschehen ist.

Wie das am besten zu geschehen hat, darüber wird man sich ja wohl einigen, wenn nur erst der gute Wille vorhanden ist, überhaupt etwas zu tun. Einige Unbequemlichkeiten, etwas mehr Arbeit und einige Unkosten, die hierbei nötig werden würden, dürften u. U. nicht in Betracht kommen: Ist es doch die einzige Möglichkeit, ohne den schwerfälligen Apparat der Gesetzgebung arbeiten lassen zu müssen, dem Kontraktbruch in der Landwirtschaft, wenigstens soweit die ausländischen Arbeiter in Betracht kommen, wirksam entgegenzutreten. Und das dürfte wohl schon einer kleinen Mühe und einige Unkosten wert sein, denn wenn es so weiter geht, wie in den letzten Jahren, dann wird die Produktionsfähigkeit des größten Teiles unserer Landwirtschaft ernstlich gefährdet, ebenso wie die Nerven der landwirtschaftlichen Unternehmers, denen heute die Unzuverlässigkeit der Arbeiter so häufig das Leben verbittert und ihnen die Freude an der Wirtschaft verleidet.

Und darum ist die Regierung verpflichtet, jeden gangbaren Weg zu beschreiten, auf dem hier Abhilfe geschaffen werden kann. Welchen Weg sie gehen kann, haben wir eben gezeigt!

Es wäre lebhaft zu wünschen, daß diese Verhältnisse des Bundes der Landwirte den ausländischen Arbeitern bekannt werden. Erst werden sie unter teilweise betrügerischen Versprechungen nach Deutschland gelockt. Dann reizen die armen Leute aus, weil der Gutsherr durch Einbehaltung des Lohnes, menschenunwürdige, gefehrvollige Behandlung usw. den Vertrag bricht und dann soll noch die Staatsgewalt durch Einlösung und Ausweisung der begaunerten Ausländer, entgegen den bestehenden Staatsverträgen, mobil gemacht werden, weil die „Nerven der landwirtschaftlichen Unternehmer gefährdet werden“ und ihnen das „Leben verbittert“, die „Freude an der Wirtschaft verleidet“ wird, wenn die geplagten Landarbeiter nicht „demütigt und unterwürdig“ sich alle Gläubereien und Vergeßlichkeiten gefallen lassen.

### Arbeiter-„Wohlfahrts“-Einrichtungen“.

Die durch die Gründung der goldenen Vereine und durch ihre allerbald originellen Wohlfahrts-Einrichtungen bekannte Maschinenfabrik Augsburg (und Nürnberg) hat seit Jahren für ihre Arbeiter in der Fabrik alkoholfreie Getränke herstellen lassen. Das wurde in der Presse und vor „hohen“ Besuchern als Wohlfahrts-Einrichtung gepriesen. Jetzt, da in Augsburg wegen des Brauerstreiks sämtliche Großbrauereien konfisziiert werden, jetzt wurde die Abgabe von in der Fabrik fabrizierten alkoholfreien Getränken eingestellt — die Maschine soll kaputt sein. — Den Maschinenbesitzer kann man aber nur verfluchen, wenn man weiß, daß die Direktoren dieses Großbetriebes stets bei allen Lohnkämpfen am Platze unterliegend eingriffen. Jetzt gilt der als braver Arbeiter, der weder nach Limonade, noch nach Wasser fragt und täglich ein angemessenes Quantum Bier trinkt.

### Vom deutschen Anwaltsstag.

In den Verhandlungen des am 12. d. Mts. geschlossenen deutschen Anwaltsstages wurde noch die Frage einer gesetzlichen Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Anwalt und Klienten besprochen. Der Referent, Rechtsanwalt Dr. Bloch-Mündchen hielt es für wünschenswert, die Frist einer Haftung des Anwalts für „Kunstfehler“ von 30 auf 5 Jahre herabzusetzen und bis zu einer gesetzlichen Regelung dieser Frage, die Haftfrist durch Vertrag zu kürzen, im übrigen aber vor einer allgemeinen Regelung des Arbeitsvertrages vor einer Neuabgrenzung des Rechtsverhältnisses Abstand zu nehmen. Von einer Beschlußfassung wurde Abstand genommen, da von den etwa 600 Teilnehmern kaum noch der zehnte Teil anwesend war.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Offiziersdöchter.

Ein halbdunkles Zimmer im Gartenhaus draußen im Potsdamer Viertel. Die kleine Tischlampe, mit dem verblähten grünen Schirm, verbreitet ihren schwachen Schimmer nur in einem engen Kreise auf dem Tisch. Die weitere Umgebung bleibt in ein dämmiges Dunkel gehüllt. Um den Tisch sitzen, über Stuhlarbeiten gebeugt, 3 Damen. Die Mutter, mit silberweißen Haaren und frühzeitig gealterten Gesichtszügen, sie hat die fünfzig knapp überschritten, ist mit Seidenstickerei beschäftigt. Die goldumrandete Brille ist tief auf die untere Hälfte der spitzen Nase gerutscht und die müden Augen blicken unermüdet auf die Nadel, die emsig bald im Stoff verschwindet, bald wieder flink an der Oberfläche erscheint. Die beiden Töchter sind nicht minder fleißig, die eine sticht Wehzeug, die andere Monogramme. In ihren hageren, bleichen Gesichtern hat der Ernst des Lebens deutlich seine Linien gezogen. „Wirst Du's noch fertigbringen, Mama?“ wendet sich jetzt die Wehzeugstickerin an die alte Dame, ohne dabei aufzusehen. Diese nickt: „Du auch, Elly?“ „Ja“, erwidert die Sprecherin. „Wenn er nur nicht wieder brüht am Preis, der alte Knidstiefel. Er hat leiblich schon solche Andeutungen fallen lassen. Diese Arbeiterfrauen machen es viel billiger und wären dankbar, wenn sie nur Arbeit bekämen, meinte er. Es ist eine Schande, man sitzt an so einem Kleid 10 volle Tage und erhält dafür den horrenden Lohn von 16,30 Mark. Dann noch abzulehen.“ Sie seufzt, die beiden anderen ebenfalls. Man hört nicht als das Knistern der Seide und das monotone, schläfrige Riden der alten, bronzenen Stuhlfuhr. Die Sprecherin unterbricht jetzt wieder das Schreien und durch ihre Stimme zittert leise der Kerger: „Nehmerhaupt das Liefern, das ist jedesmal ein Gang nach Golgatha für mich. Schon die Arbeiterinnen, ohne Hut, manche in der Schürze, oft bringen sie noch ihre schmutzigen Hühnen mit und gößen einen häßlich an. Und die Schreibmamsell erzt, der bin ich neulich, als ich mit Sanitätsrats im Zoo war, begegnet. Das dumme Ding grühte mich ganz vertraulich, ich glaube, die Erde müßte sich spalten und mich verschlingen.“ „Ja, ja“, die Mutter wägt mit schmerzlicher Miene das Haupt. „Wenn das Papa wüßte, er würde sich im Grabe umdrehen.“ „Ach, laßt doch endlich das Kantentieren, davon wird's nicht besser.“ fährt die zweite Tochter, die bis dahin geschwiegen, jetzt ungeduldig auf: „Seht lieber zu, daß Ihr fertig werdet. Es ist schon gleich 7 Uhr, wenn Ihr noch liefern müßt, ist es die höchste Zeit.“ „Freilich müssen wir liefern, wir brauchen doch das Geld heute noch.“ seufzt die Mutter im leisen Pfifferton. „Nebriens bin ich schon fertig und Du ja wohl auch, Elly, da werde ich gleich einpacken.“ Sie steht auf und hebt einen langen, schmalen Karton, in den sie die fertige Arbeit sorgsam bettet. „Und wenn er den Preis herabdrückt, mein Gott, wir müssen's ertragen. Wir können die Sachen schließlich immer noch billiger herstellen, wie diese Arbeiterfrauen.“

Im hellerleuchteten Kontor der Firma Mertens u. Comp. steht der Inhaber, Herr Mertens senior, und betrachtet prüfend das vor ihm ausgebreitete weiße Kleid. „Ja, Frau Lehmann,“ spricht er jetzt, indem er die Brauen hochzieht und die kleine, ärmlich, aber peinlich sauber gekleidete Frau durchdringend fixiert: „Ich kann's nicht ändern, ich muß mir meine Kundenschaft erhalten und auch mit meiner Konkurrenz rechnen. In Geschäftsangelegenheiten hört nun mal die Gemütlichkeit auf. Wenn Sie die Arbeit für 15 Mark übernehmen wollen, dann kann ich Sie weiter beschäftigen. Sonst tut's mir leid, ich kann Kräfte zu diesem Preis genug bekommen. Doch ich's Ihnen gerade sage: sogar eine Offiziersdöchter arbeitet für mich, sie erhält bloß 14 Mark und ist herzglücklich froh dabei und ihre Arbeit, na, ja! Ihnen gebe ich 15 Mark, weil Sie eine Witwe sind, aber mehr geht nicht, wirklich nicht!“ „So“, fährt die kleine, blasse Frau jetzt auf, aus ihrer Stimme klingt verhaltenes Weinen: „also, so vornehme Herrschaften nehmen uns armen Leuten die Arbeit weg und dazu noch billiger, sone feine Damen sollten sich schämen.“ Mit zitternden Händen rafft sie die Arbeit in den Karton. Dann geht sie mit einem stummen Gruß hinaus. Gleich darauf betritt die Offiziersdöchter das Kontor. Der Chef geht ihr zuvorkommend entgegen und nimmt ihr den Karton ab. „Das ist nett, gnädiges Fräulein, daß Sie mich nicht sitzen lassen, hier habe ich auch schon wieder hübsche Säckchen für Sie bereitgelegt.“ Er mustert die angekommene Arbeit nur flüchtig und zählt dann unauffällig das Geld hin. Dann hustet er etwas verlegen: „Aber sehen Sie, gnädiges Fräulein, den alten Preis kann ich nicht mehr zahlen, die Konkurrenz drückt mich zu sehr. Und dann betteln sich auch solche Arbeiterinnen bei mir an, die zu jedem Preis arbeiten wollen, so daß ich mich ihrer gar nicht erwehren kann. Zum Beispiel: dieses Kleid ist eben angekommen, tadellose Arbeit, einfach tadellos und für 13 Mark.“ Die junge Dame wirft das Haupt zurück und lächelt maliziös: „Ach, Herr Mertens, das schadet nichts, 13 Mark ist auch genug, wir haben es ja gar nicht nötig, Mama schimpft ohnedies schon immer. Aber Sie wissen ja, wir jungen Damen haben stets so heimliche Ausgaben, die die alten Damen für unnötig erklären und nicht billigen würden und da hilft man sich eben auf diese Weise und vertreibt sich obendrein noch die Langeweile. Nützlich haben wir es selbstverständlich nicht, Herr Mertens!“ Sie hat inoffen die Arbeit eingepackt und raucht nun mit einem vornehmen Reigen des Hauptes, königlich aufgerichtet, durchs Kontor. Das Personal sieht sich gegenseitig an, während ihr Chef die Dame galant hinausgeleitet und mit einer weltmännischen Verbeugung und einem höflichen: „Guten Abend, gnädiges Fräulein“ sich verabschiedet. Dann reißt er sich schmunzelnd die Hände, und mit einem ironischen Lächeln: „Wir haben es selbstverständlich nicht nötig!“

## Gerichts-Zeitung.

### Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit.

Volljährige verlieren ihre deutsche Staatsangehörigkeit durch zehnjährige Abwesenheit von Deutschland, falls sie sich nicht in der Matrikel des deutschen Konsuls eintragen lassen. Streitig ist, ob auch die Kinder dieser Eltern ihre Staatsangehörigkeit verlieren. Diese Frage hat das Reichsgericht in dem folgenden, am Donnerstag verhandelten Fall bejaht. Wegen Verletzung der Behördspflicht waren drei junge Leute, Dävern, Döhener und Lutertich, angeklagt. Das Landgericht Lüneburg hat sie aber am 12. Februar freigesprochen. Erklärten waren sie nicht, man hat überhaupt von ihrer Existenz nichts erfahren können und sich nur auf die standesamtlichen Listen gestützt, wonach sie vor etwa 20 Jahren geboren sind. Alle drei sind mit ihren Eltern nach Amerika ausgewandert, als sie sich noch im kindlichen Alter befanden. Da die bei den deutschen Konsuln geführten Matrikeln nicht ergaben, daß die Angeklagten sich die Reichsangehörigkeit gesichert haben, da man in ihrer Heimat nie wieder etwas von ihnen gehört hat, so hat das Gericht angenommen, daß die Angeklagten nach mehr als zehnjähriger Abwesenheit die Reichsangehörigkeit verloren haben, also nicht militärpflichtig sind. Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

Uebersetzen.

Durch das unvorsichtige Fahren eines Kutschers ist ein schwerer Straßenunfall herbeigeführt worden, der gestern die 3. Ferienstrassammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen fahrlässiger Tötung mußte sich der bisher unbefohlene Kutscher Adolf K o b e l verantworten. — Am Spätnachmittag des 5. Januar d. J. wollte die 33jährige unbedeutende Näherin Helene Vorberth ihre in der Blücherstraße wohndhafte verheiratete Schwester besuchen. Als sie von der Lindenstraße quer über den Fahrweg nach dem Belle-Alliance-Platz hinübergehen wollte, achtete sie nicht darauf, daß die Lindenstraße entlang ein Fuhrwerk angesetzt kam, dessen Lenker auch nicht im geringsten Anhalten traf, vor der Erde die Gefährlichkeit der Pferde zu vermindern! Die Greifin konnte sich nicht mehr in Sicherheit bringen und wurde von den Pferden zu Boden gestoßen. Im nächsten Augenblick gingen beide Räder des schmerzlichen Wagens über die Unglückliche hinweg. Die Schwerverletzte wurde sofort nach dem Krankenhaus geschafft, wo man mehrere Knochenbrüche und innere Verletzungen konstatierte, die an sich nicht lebensgefährlich waren. Erst durch das Hinzutreten einer Lungenentzündung erfolgte der Tod der Zweihundachtzigjährigen am 29. Januar. — Der Gerichtspräsident der Angeklagte, zu schnell gefahren zu sein. Das Fuhrwerk habe er deshalb nicht rechtzeitig zum Stehen bringen können, weil es mit jungen, feurigen Pferden bespannt gewesen sei. Das Gericht hielt eine fahrlässige Tötung nicht für erwiesen, da der Tod der Verletzten nicht als unmittelbare Folge des Unfalls eingetreten sei. Dagegen hielt die Strafkammer eine fahrlässige Körperverletzung für vorliegend und erkannte in Anbetracht, daß der Angeklagte sich in schwerster Weise gegen Leben und Gesundheit seiner Wittmenschen vergangen habe, trotz seiner bisherigen Unbescholtenheit auf die hohe Strafe von sechs Monaten Gefängnis.

Zur Vereinspläderei.

Die Vertrauensmänner der Zahlstellen des Glasarbeiterverbandes und des Deutschen Bergarbeiterverbandes in Koblitz, die Genossen H e n t s c h e r und M e n s e l, sollten die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes dadurch übertreten haben, daß sie Statuten und Mitgliederverzeichnis der Ortspolizeibehörde zu Koblitz nicht einreichten. Das Landgericht Witten als Berufungsinstanz sprach die Angeklagten frei, weil die genannten Zahlstellen überhaupt keine selbständigen Vereine gemäß § 2, sondern nur untergeordnete Glieder des Gesamtorganismus seien. Eine besondere Aufnahme der Verbandmitglieder in die Zahlstellen fände nicht statt. — Das Kammergericht hob am Dienstag auf die Revision der Staatsanwaltschaft das Urteil auf und bewies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. In der Begründung wurde ausgeführt: Wenn auch das Landgericht sagt, die beiden Zahlstellen seien keine selbständigen Vereine, so unterlasse es doch, diese Behauptung durch nähere tatsächliche Feststellungen zu stützen. Man könne darum nicht sagen, die Revision scheiterte an den tatsächlichen Feststellungen. Bei der Feststellung, ob eine Zahlstelle ein selbständiger Verein sei, komme in Betracht, ob die Verbandmitglieder des fraglichen Ortes tatsächlich (nicht bloß nach dem Statut) eine auf eine gewisse Dauer berechnete abgeschlossene Organisation bildeten, ob tatsächlich ein Vereinsleben entfaltet worden sei. Eine Reihe von Momenten sei dabei zu beachten. Zum Beispiel, ob die Zahlstelle eine selbständige Führung habe, ob sie selbständig Beitrittserklärungen entgegennehme, regelmäßige Versammlungen abhalte usw. Alles das müsse bei den neuen Nachprüfungen berücksichtigt werden.

Ein Schulmädchen zu Gefängnis verurteilt.

Als Urkundenfälscherin stand gestern das 13jährige Schulmädchen Elisabeth K ü s e vor der Ferienstrassammer des Landgerichts III. Der jetzt erst 13jährige und deshalb noch nicht strafmündige Bruder der Angeklagten hatte einmal für seine Mutter einen ausangestrichenen Kinderwagen bei einem Altwarenhandler in Charlottenburg verkauft und dabei einen Erlaubnischein seiner Mutter vorgezeigt müssen. Dieses Umstandes erinnerte sich der Anwalt, als er den Plan sagte, Kinderwagen, die in Dänemark oft auf kurze Zeit unbewacht stehen, zu stehlen. Er wählte seine Schwester in sein diebstahliches Unternehmen ein und diese war zugunsten, als er in der Rosinenstraße in Charlottenburg den ersten Kinderwagen stahl. Er hatte sich schon vorher einen mit falschem Namen unterzeichneten Schein ausgestellt, wonach er den Auftrag erhalten habe, den Wagen zu verkaufen. Der Verkauf wurde ihm denn auch gar nicht schwer. Er erhielt 3,50 M. und verpackte das Geld in Gemeinschaft mit seiner Schwester in sehr kurzer Zeit durch Ankauf von Süßigkeiten und Ledercreme aller Art. Die Leichtgläubigkeit, mit der sich die ganze Sache abgewickelt hatte, machte das Geschwisterpaar an, wieder auf Kinderwagen-Diebstahl auszugehen. In einem anderen Hause der Rosinenstraße stahl der kleine Junge abermals einen solchen Wagen. Diesmal hatte die Angeklagte die Verkaufserlaubnis fälschlich angefertigt. Inzwischen hatte aber der zuerst Bestohlene den ihm entwendeten Wagen bei dem Altwarenhandler entdeckt und diesem mitgeteilt, daß der Wagen gestohlen sei. Als daher der Junge neuerdings mit einem Kinderwagen ankam und die gefälschte Legitimation vorzeigte, wurde er festgenommen. Der Knabe konnte wegen seines Alters nicht angeklagt werden; gegen das im strafmündigen Alter stehende Mädchen wurde die obige Anklage erhoben. Das Gericht verurteilte das Kind zu 10 Tagen Gefängnis, beschloß jedoch gleichzeitig, es der Strafaussetzung zu empfehlen.

Das Urteil ist außerordentlich bedenklich. Sollte wirklich das kaum strafmündige Kind (mit vollständigem zwölften Jahre tritt Strafmündigkeit ein) das Bewußtsein der Strafbarkeit seines dummen Streiches gehabt haben? Wir möchten das lebhaft bezweifeln.

Verfammlungen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Damen- und Kinderkonfektion hielten am Montagabend eine öffentliche Versammlung im Reichensberger Hof ab. Vertrud Hanna sprach über die Notwendigkeit der Organisation, um die Lage im Verufe zu verbessern, die eine sehr gedrückt sei. Sie wies auf den mangelhaften Besuch hin, der Zeugnis dafür ablege, was noch in der Kognition geleistet werden müsse, um die Arbeiter und Arbeiterinnen aufzurufen. Diese sollten bedenken, daß sie nur auf sich angewiesen seien, wenn sie etwas erreichen wollten. Die Heimarbeit-Ausstellung habe so viel Mißleid erregt mit den ausgebeuteten Heimarbeitern und Arbeiterinnen, selbst in den höchsten Kreisen, aber dabei sei es geblieben, geschehen sei nichts, was die Lage der Werkbedauerinnen bessern könnte. Die Anwesenden sollten es sich zur Aufgabe machen, zu den nächsten Versammlungen recht viele Mitarbeiter und Arbeiterinnen heranzuziehen; nur durch die Mitarbeit aller sei es möglich, Besserung der bestehenden schlechten Verhältnisse zu erzielen. — In der Diskussion erklärte K u n z e, daß die Organisation gegenwärtig vor großen Aufgaben stehe. Die Großhändler richteten immer mehr Betriebswerkstätten ein, viele Zwischenmeister werden ausgebeutet, und nun gelte es für die Angestellten zu sorgen, daß die verhassten Arbeitsbedingungen bei den Zwischenmeistern nicht etwa in den Betriebswerkstätten wiederkehren und dort eingeführt würden. Solten aber bessere Löhne gezahlt werden, sollen bessere Verhältnisse Platz greifen, so müsse jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sich der Organisation anschließen.

Der Verband der Krankenschwestern hielt am Montag eine Mitgliederversammlung ab. Julius C o h n erstattete Bericht über den in Mannheim abgehaltenen Verbandstag der Ortskrankenkassen. Der Redner ist von den Verhandlungen des Verbandstages wenig befriedigt. Er sagte unter anderem, der Verbandstag hätte gegenüber den Verträgen, welche die gesetzliche Einführung der freien Arztwahl verlangt, schärfer Stellung nehmen müssen. Auch die Haltung des Verbandstages in der Apothekerfrage sei nicht befriedigend, ebenso wenig die Beratungen über die Ausbildung der Krankenschwestern. Die von manchen Seiten befürwortete

Führung einer Prüfung der einzustellenden Kassenbeamten sei nicht zu billigen. Damit aber seien die Kassenbeamten durchaus einverstanden, daß auf ihre Ausbildung Wert gelegt werde. Die Kassenbeamten mühten bemüht sein, sich eine möglichst umfassende Kenntnis im Arbeiterversicherungswesen und in der sozialen Gesetzgebung anzueignen, damit sie ihren Beruf so ausüben könnten, wie es von ihnen erwartet werde. Das sei die einzige Lehre, welche die Kassenbeamten aus dem Verlaufe des Verbandstages der Ortskrankenkassen ziehen könnten. — In der Diskussion bildete die Ausbildungsfrage fast den einzigen Gegenstand der Erörterungen. Die Notwendigkeit einer gründlichen Ausbildung wurde allgemein anerkannt. Einige Redner hoben hervor, daß die Kassen, bei denen sie angestellt sind, bereits durch Bibliotheken und Vortragskurse für die fachliche Ausbildung ihrer Beamten gesorgt haben.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Gedruckt täglich von 5<sup>1/2</sup>—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Mithing an.

Freireisende Gemelnde. Sonntag, den 15. September, 8<sup>1/2</sup> Uhr früh im Rathhaus, Eingang Lindenstraße, Saal 109: Versammlung mit freierwilliger Vorlesung. — Vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr in der Schule, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: Biblische Sagen III: Noe und Gethis. — Tannen und Dennen als Gethis willkommen.

Berein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, Mitteilung Kammereiburg. Heute abend bei Pfing, All-Bogdagan 50, Versammlung.

Vermischtes.

Ein Staatsanwalt in Rötien. Vor der Strafkammer I des Landgerichts Hamburg spielte sich am Donnerstagnachmittag eine turbulente Szene ab, die für den Staatsanwalt Dr. Hoffmann beinahe einen unliebsamen Ausgang genommen hätte. Der wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfall angeklagte Schuhmacher Wittkopf, der auf seinen Geisteszustand untersucht worden ist, zeigte sich während der ganzen Verhandlung sehr unruhig, indem er wiederholt den Vorsitzenden karanguliert, sich aber seine vor der Verhandlung erfolgte Fesslung und Internierung im „Vox“ (Zelle im Vorzimmer) beschwerte und den Vorsitzenden dafür verantwortlich machte. Als der Staatsanwalt seinen auf zehn Jahre Zuchthaus lautenden Antrag begründete und nach kurzer Pause auch Vollzeitantritt beantragte, schrie der Angeklagte: „Was soll das heißen? Das kannst Du Dir schenken! Das ist eine Gemeinheit!“ Er ergriff einen neben der Anklagebank stehenden schweren Stuhl aus Eichholz und warf ihn mit großer Wucht nach dem Staatsanwalt, der auch getroffen worden wäre, wenn nicht ein Gasandläufer ihn aufgehalten hätte. Dieser ging in Trümmer, während der Staatsanwalt heil blieb. Erst nach langem Kampfe wurde der Rasende durch Kräfte und Polizeikräfte übermäßig. Um einer abermaligen Szene vorzubeugen, wurde der Angeklagte abgeführt. Das in seiner Abwesenheit gefällte Urteil lautete auf sieben Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Vollzeitantritt.

Prägel im Obdach. In einem städtischen Obdachlofenasyl in Düsseldorf wurden schlimme Zustände aufgedeckt, indem die Injassen vom Hausverwalter und dessen Familienangehörigen fortgesetzt gemißhandelt sind. Die amtliche Untersuchung ist im Gange.

Der tägliche Eisenbahnunfall.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden aus Bamberg: Gestern fuhren mehrere Viehwagen auf einem im Bahnhof Rentweinsdorf stehenden Verlorenzug. Sechs Personen wurden durch den Zusammenstoß verletzt.

Die verunglückte Nordpol-Expedition.

Dronheimer Meldungen zufolge ist Wellmann mit dem Dampfer „Greithof“ in der letzten Nacht von Spitzbergen dort angekommen. Wellmann stieg mit dem Ballon am 2. September auf. Starke Nordwestwinde führten indessen den Ballon südwärts über Land. Schließlich wurde der Ballon abgelenkt und im Stich gelassen. Die übrigen Teile wurden nach zweitägiger Arbeit geborgen.

Ein Familiendrama spielte sich in der Kreuzstraße zu Königsallee ab. Der Vater geriet bei einer Schlägerei mit seiner Frau in rasende Wut und hieb solange auf diese ein, bis sie tot zusammenbrach. Die Leiche ist furchtbar zugerichtet.

Wieder ein Automobil. In der Nähe von Einsiedel verunglückte gestern, Karlsruher Meldung zufolge, der Danier Karl Silberstein aus Stockholm und ein Herr Popowitsch aus Bukarest mit einem Automobil. Beide Herren wurden schwer verletzt.

Räuber auf der Eisenbahn. Wie aus St. Pauli gemeldet wird, hielten zwei Räuber einen Eisenbahnzug der Great-Oriental-Bahn in der Nähe der Station Regford an und sprengten den Geldschrank mit Dynamit, worauf sie mit ihrer Beute flüchteten.

Ein Eisenbahnzusammenstoß. Vorgestern abend 10 Uhr erfolgte auf der Station Portonaccio bei Rom ein Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge. Ein Reisender wurde schwer verletzt, mehrere andere, unter ihnen einige Soldaten, die aus den großen Wandern kamen, trugen leichtere Verletzungen davon.

Hochwasser in Frankreich. Die Direktion der Südbahngesellschaft in Paris teilt mit, daß infolge der heftigen Regengüsse der letzten Zeit der Bahverkehr zwischen Agde und Baelhan unterbrochen ist. Der Bahnhof von Baelhan steht vollständig unter Wasser. Der Regen dauert fort. Der Heranflug ist fast im Steigen begriffen.

Vom Blitz getötet. Aus verschiedenen Teilen Frankreichs werden starke Gewitter gemeldet. In Deziers schlug der Blitz in ein Haus, in welches sich 27 Weindauern geflüchtet hatten. Eine Frau wurde getötet, drei Personen erlitten schwere Brandwunden. In Remiremont wurde ebenfalls eine Person vom Blitze erschlagen. Das Gewitter richtete auch hier großen Schaden an.

Eine Feuerbrunst verübte in der Pariser Vorstadt Quen einen Häuserkomplex, die Feuerwehr arbeitete mit größter Anstrengung, um ein Uebergreifen des Brandes auf die nahegelegene große Spiritfabrik Riquet zu verhindern.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Reichlichen Marktstellen-Direktion. (Großhandel.) Danksfleisch Ia 70—72 pr. 100 Pfd., Ia 64—66, IIIa 59—62, Bullenfleisch Ia 63—66, IIa 51—60, Kühe, steif 50—58, do. mager 40—48, Preiser 54—62, Wullen, dän. 55—64, do. hell 0,00, Rindfleisch, Doppelfender 100—115, Rindfleisch Ia 75—85, IIa 66—73, Rinder ger. gen. 48—60, do. hell 50—55, dän. 0,00, Gemmeifisch Rindfleisch 60—82, Hammel Ia 74—78, IIa 68—73, ungar. 0,00, Schafe 54—66, Schweinefleisch 58—64, Rindfleisch Ia pr. Pfund 0,70—0,95, IIa 0,60, Rindfleisch Ia pro Pfd. 0,53—0,59, do. IIa 0,60, Danksfleisch 0,45—0,65, Wildschwein 0,00, Rindfleisch 0,00, Kaninchen pr. Stück 0,60—1,00, Waidenten pr. Stück 1,25—1,50, Bräntenten pr. Stück 0,65—1,00, Rindbühner, junge große 1,10—1,30, mittel u. kleine 0,50—1,00, alte 0,70—0,85, Hühner, alle, pr. Stück 1,60—2,00, IIa 1,00—1,50, do. junge 0,50—1,10, Tauben 0,40—0,55, italienische 0,00, Enten pr. Stück 1,70—2,00, do. Hamburger pr. Stück 2,55—3,10, Gänse pr. Pfund 0,50—0,65, do. pr. Stück 1,50—1,75, do. Hamburger pr. Pfd. 0,78—0,80, do. Oberbrücker pr. Pfd. 0,40—0,66, Poulets pr. Stück 0,90—1,40, Gänsebraten pr. Pfd. 0,00, Gänse pr. 100 Pfd. 115—128, do. matt 110—113, mittel 0,00, groß 0,00, do. groß und mittel 107, Bänder, klein, matt 0,00, do. klein 81—85, bloß mittel 0,00, Schote, klein 220, do. unfortiert 123—153, do. groß 117, Kase, groß 0,00, do. klein und mittel 0,00, do. mittel 98—106, do. unfort. 0,00, do. groß-mittel 0,00, do. klein 74, Käsen 69—70, Rindb. 0,00, Karthen, 45er, kumpf 0,00, do. 35er, 0,00, do. 50er, 0,00, do. 80er, 75—80, Bunte Hühne 50—77, Barke 84—86, klein 0,00, Karanischen 102, do. klein 0,00, Weis 0,00, Weis 71—74, Barbe 0,00, Wand 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, pr. 100 Pfd. 110—130, do. Ia neuer 90—100, do. IIIa 0,00, Seelachs 10—20, Hummer, kleiner, Steige Ia 2—6, mittel 1—4, 2, Hamb. Steige 4—6, halbe Riste 2—3, pomt Ia 2,00—2,50, IIa 2—4, Südlings, kleiner pr. Ball 2—3, Straßl. 2,00—3,50, Borns 1,00, Kase, groß pr. Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Deringe pr. Schaf 5—9.

Schwarze Riste 3—4,00, 1/2, Riste 1,50—2,00, Carballen, 1000er per Koffer 98, 1000er 98, 1000er 98, 1000er 90—95, Schöllige Vögelringe 1908 0,00, large 40—44, fall 88—40, med. 88—42, beuffe 37—44, Deringe, neue Riste, per 1/2, Zo. 50—120, Carballen, russ., Maß 1,50—1,80, Bräntlinge Maß 1,20—1,40, do. Maß 4 (4 Liter) 1,40—1,70, Neumannen, Schafsch 11, do. kleine 5—6, do. kleinen 14, Krebse pr. Schaf, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, do. kleine 0,00, do. unfortiert 5,50—7,00, Galtzer, groß 0,00, do. unfort. 0,00, Eier, Lamb., unfortiert pr. Schaf 3,60—3,80, do. große 4,00, Butter pr. 100 Pfd. Ia 118—122, IIa 108—117, IIIa 100—108, abfallende 90—95, Saure Gurken, neue, Schaf 4,00, Pfeffergurken 4,00, Kartoffeln pr. 100 Pfd. Dabersche 2,50—3,00, weiße runde 2,50—2,75, Blaue 0,00, Weizen 2,00—2,25, Rieren 3,00—3,75, Garsee, Schaf 0,50—1,00, Weizen, Schaf 5—10, Epinal pr. 100 Pfund 12—15, Sellerie, pr. Schaf 2,00—3,00, Zwiebeln pr. 100 Pfd. 3,50—4,00, do. Vert. 40,00—75,00, Chalotten 40,00—50,00, Vetterfleis, grün, Schaf 0,75—1,00, Rindfleisch Schaf 1,00—1,50, Fettig, bayr., neuer Stück 0,07—0,10, hiesiger Schaf 2,50—3,50, Woberräden, 100 Pfund 3,00 bis 3,50, Karotten, hiesige, Schaf 2,00—3,00, Weizenkörner pr. Schaf 4,00 bis 12,00, Rindfleisch, Schaf 6—12, Weizenkörner 4—8, Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 5—14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Grurter 100 Stück 6—14, Rindfleisch, Schaf 4,00—6,00, Vetterfleisch, Schaf 3,00—4,00, Schoten pr. 100 Pfund 10—35, Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 6—8, Steinpilze pr. 100 Pfund 15—30, Rindfleisch pr. Schaf 0,75—1,00, Salat pr. Schaf 1,00—2,00, Gurken, Einmache, Schaf 10—25, do. böhm. Schaf 0,00, do. Liegnitzer Schaf 2,75—5,00, do. Rottenburger 2—2,50, Bohnen, grüne, 100 Pfund 8—20, Wachsbohnen, pr. 100 Pfund 15—30, Tomaten pr. 100 Pfund 12—18, Blaubeeren pr. 100 Pfd. 10—16, Johannisbeeren pr. 100 Pfund 15—18, Preiselbeeren pr. 100 Pfund 20—24, Schwedische 25—28, Birnen, 100 Pfd. 10—15, Äpfel 5—15, Solanber 12—24, Birne, hies. pr. 100 Pfd. 10—20, Ital. in Ristchen zu 12 Stück 0,75 bis 1,50, do. in Ristchen Ia pr. 100 Pfd. 20—30, do. IIa in Ristchen pr. 100 Pfd. 15—20, Äpfel, italienische, pr. 100 Pfund 0,00, ung. 0,00, hiesige 5—13, Gravensteiner Ia 15—25, do. IIa 10—20, Äpfel Ia 25—50, IIa 18—20, Kalenköpfe 10—15, Pflaumen, Ital. pr. 100 Pfd. 0,00, Reineclanden 0,00, hiesige 3—8, ungarische 5—12, Bamber, Früh-, 0,00, hiesige 9—13, Weintrauben, französische, pr. 100 Pfd. 10—20, italienische 14—20, Ananas I, pr. Pfd. 1—1,10, do. II 0,00, Birnen, Reifma, 300 Stück 10,00—15,00, do. 360 Stück 10,00—15,00, do. 200 Stück, 10,00—14,00, do. 150 Stück 6,50 bis 9,00, Bananen, gelb, pr. 100 Pfd. 14,00—20,00, grün 0,00, Melonen, pr. 100 Pfd. hiesige 0,00, Ital. 10—15, franz. 0,00, pol. 5—15, spanische 0,00, ungarische 10—12.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau. Table with columns: Station, am 12.9., seit 11.9., am 12.9., seit 11.9.

\*) + bedeutet Hoch, — Fall, — \*) Unterpegel. Nach telegraphischer Meldung war die Wasserhöhe bei Thorn gestern mittig um 218 cm gestiegen. — Inzwischen vorgetrieben um 10 Uhr abends und gestern um 2 Uhr nachts betrug der Wasserstand bei D o e r bei Krossen 185 cm.

Witterungsübersicht vom 13. September 1907. Table with columns: Station, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Regen, etc.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 14. September 1907. Zunächst meist heiter und trocken, am Tage warm bei mäßigen südlichen Winden, später zunehmende Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

Advertisement for 'Die Wahllügen' (The Lies of the Citizens) and 'Eine Mark' (One Mark) lottery. Includes text about the election and lottery details, and an advertisement for 'Garderobe' (Clothing) by Robert Bohn.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonnabend, 14. September.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Salome.  
Kgl. Schauspielhaus. Die Raben-  
keimerin.  
Deutsches. Prinz Friedrich von  
Homburg. Anf. 7 Uhr.  
Kammerspiele: Frühling's Ge-  
wächse.  
Anfang 8 Uhr.

Berliner. Die tanzenden Männchen.  
Kessing. Kollege Crampton.  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Der Herr Senator.  
Schiller Charlottenburg. Monna  
Banna.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Schau-  
spielhaus. Die Nibelungen.  
Neues Schauspielhaus. Das Glas  
Wasser.  
Neues. Der Dieb.  
Königliche Oper. Hoffmann's Er-  
zählungen.  
Westen. Die lustige Witwe.  
Lustspielhaus. Quarenfieber.  
Zentral. Die Puppe.  
Kleines. Vater und Sohn.  
Reichshallen. Haben Sie nichts zu ver-  
zollen?  
Trianon. Fräulein Josette — meine  
Frau.  
Thalia. Ihr Sech's-Uhr-Distel.  
Puppen. Turandot.  
Bernhard Rose. Der Geld des  
Tages.  
Theater an der Spree. Der  
Attiendubler.

Metropol. Das muß man seh'n!  
Apollo. Schloßer Schaffer. Spe-  
zialitäten.  
Wahalla. Spezialitäten.  
Gebr. Herrfeld. Madame Wig-  
Wag. Es lebe das Recht.  
Vahage. Lona Nansen. Spezialitäten.  
Wintergarten. Anne Danerey.  
Annie Dirksen. Spezialitäten.  
Prater. Spezialitäten.  
Kaffee. Die wilde Jagd.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Urania. Turandotstr. 18/19.  
Abends 8 Uhr: Im Lande der  
Winternachtskönige.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57/59.

Ferdinand Bonn  
**Berliner Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die tanzenden Männchen.**  
Sonntag: Die tanzenden Männchen.  
Montag: Richard III.

**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Dieb.**  
Sonntag: Der Dieb.

**Kleines Theater.**  
Zum 57. Male:  
**Vater und Sohn.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.  
Abends 8 Uhr: Vater und Sohn.  
Montag: Die Stimme der Unmündigen.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Die lustige Witwe.  
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:  
**Frühlingsluft.**

**Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Nibelungen.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Jugend.  
Abends 8 Uhr: Winterschlaf.  
Montag: Die Nibelungen.

**Lustspielhaus.**  
Täglich 8 Uhr:  
**Quarenfieber.**

8 Uhr **Residenz-Theater.** 8 Uhr  
Direktion: Richard Alexander.  
**Haben Sie nichts zu verzollen?**  
Schwan in 3 Akten von  
Karlene Dennequin und Pierre Weber.  
Robert de Triebel: Mich. Alexander.  
Sonntag, den 15. September,  
nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

**Zentral-Theater.**  
8 Uhr: **Die Puppe.**  
Operette in 3 Akten und einem  
Prolog von Ordonnaeu und Kluge.

**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 34.  
Anfang 8 Uhr.  
**Turandot.**  
Sonntag nachmittags: Turandot.  
Abends: Carmen.  
Montag: Die beiden Reichenmüller.

**Rixdorfer Theater**  
Direktion: Julius Turt.  
Bergstraße 147.  
Mittwoch, den 18. September 1907:  
**Eröffnungs-Vorstellung:**  
**Emilia Galotti.**

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Der Herr Senator.**  
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz  
v. Schöthan u. Gustav Kadelburg.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Traumulus.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Schmuggler.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Monna Vanna.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Monna Vanna.**  
Schauspiel in 3 Aufzügen von  
Walter Reuter.  
Deutsch von F. v. Oppen-Bronikow.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Götz von Berlichingen.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Helmut.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Der Herr Senator.**

Wir gehen zu  
**Castan, 165 Friedrichstr. 165**  
um das Neueste zu sehen — den  
**Rechtsanwalt Hau**  
und andere Sehenswürdigkeiten.

**Buggenhagen Moritzplatz.**  
Inhaber Albert Böhme.  
Heute: Eröffnung der Winter-Saison.  
Täglich: Die 7 Schwaben. Moderne  
Volkssänger.  
Allabendlich: Sherlock Holmes von Troun-  
brieten mit dem urkomischen Bendis als  
Sherlock Holmes. 5007L.  
Anfang 8 Uhr. Sonnt. 4 u. 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Familienbillets 5 Stck. 2 M.  
Im unt. Konzertsaal tägl. Gr. Militär-Konzerte, Przywarski,  
Becker, Görlich, Offeney, Neumann, Lütlich usw.

**Metropol-Theater**  
Heute  
Sonnabend, den 14. September:  
Zum 1. Male:

**Das muß man seh'n!!**  
Gr. Revue in 4 Akten (14 Bildern)  
von J. Freund. Musik von Viktor  
Hollaender. In Szene gesetzt  
von Direktor Richard Schultz.

Guido Thielscher a. D.  
B. Darmant a. D. E. Whitney a. D.  
Henry Bender. J. Giampietro  
Jos. Josephi. Fritz Massary  
Fritzi Schenke, L. Haskel etc.  
Dirigent: Kapellmeister M. Roth.  
Anfang präzise 1/2 8 Uhr.  
Rauchon überall gestattet.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Dill. Annenstr. 16.  
Eröffnung der Winter-Spielzeit.  
**Die Jüdin von Toledo.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Grillparzer.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach d. Borst. Gr. Eröffnungs-Festball.  
Spreng- und Borzugsticket gültig!

**Palast-Theater.**  
Burgstraße 24.  
Deute 1/2 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Das glänzende Programm.**  
Unter anderem:  
**Das schwimmende Theater**  
das Tollste vom Tolken.  
**The 5 Marnos**  
erstklassige Akrobaten.  
**The Newport**  
Ergebnis  
und 8 erstklassige Nummern.  
Vorverkauf von 11-1 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Britton  
als  
Aute im  
Familien-  
bad  
Wannsee.  
Anf. Wochent. 8. Sonntags 7 Uhr.

**Wahalla-  
Varieté-Theater**  
Helmbergstr. 19/20, Holtenow. Lor.  
Anfang 8 Uhr.  
Das originelle Sept.-Programm.  
Auto Atlas, der Hölzer  
hebt ein Automobil mit  
den Zähnen.  
Tumel: Konjakt 1. Theaterbel. frei.

**Sanssouci,** Kottbuser  
Str. 6.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
**Hoffmanns Nord. Säng.**  
u. Tanzkränzchen.  
Sonnt. Beg. 5. wochent. 8 U.  
Diensttag u. Freitag: Galt-  
spiel der Berl. Volkstheater.  
Vollständige Preise.

**Grammophon-Centrale, Alexanderplatz**  
(gegenüber dem Bahnhof) Eingang Königsgraben  
wird heute Nachmittag 5 Uhr eröffnet!  
Aufnahmen von  
 **Enrico Caruso**  
u. a. werden bereit-  
willigst vorgeführt.

### Apollo Theater

9 1/2 Uhr! Täglich: 9 1/2 Uhr!  
Berlins größte Sensation:  
**Sylvester Schäffer jr.,**  
der berühmte Universal-Künstler.  
Vorher, ab 8 Uhr: Das große  
Spezialitäten-Programm.

**Trianon-Theater.**  
Fräulein Josette — meine Frau.  
Anfang 8 Uhr.

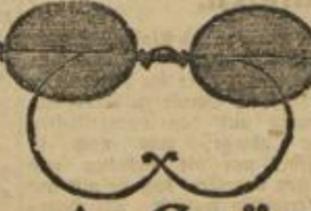
**Kunst-Abend** unter Leitung von  
**Margar. Walkotte**  
am Sonntag, 15. September, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.  
Als Gast: **Kun Arpad,** der 12jähr. Violinvirtuos,  
Beethoven-Sinfonie usw.  
Mitwirkende: Kun Arpad, der 12jähr. Violinvirtuos a. G.;  
Magarethe Walkotte, Vortragskünstlerin; Elsa Thiele,  
Koloratur-Sängerin; Otto Wiemar, Rezitator und Dialekt-  
Humorist; Bernhard Nietzsche, am Flügel. 296/4\*  
Entree 60 Pf., Abendkasse 75.  
Anfang 1/2 8 Uhr. Anschließend Tanz.  
Vorverkauf: Zigarrenhandlung Horsch, Engel-Ufer 15.

**Blitz=Schnell**  
kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten, Gitschinerstr. 72,**  
Station im Quart. Haltestelle Bringenstraße. Umfährt:  
**1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,**  
**1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,**  
auch für torpente Herren passend.  
Dieselben sind von feiner Kavallerie und Reisenden, die nur einen  
Monat ihre Garderobe tragen. 59002\*  
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Oscar Arnold** Dresdenerstr. 116  
(Kein Laden) am Oranienplatz.  
**Hut und Mützen Engros-Geschäft!**  
Einzerverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!  
  
Steffe Herrenhüte v. 2,00-7,00  
Weiche Herrenhüte v. 1,50-7,00  
Mützen- und Damenhüte.

Beachten Sie beim Einkauf von  
**Bettfedern und Betten**  
die enorm billigen Preise in  
**L. Beutler's 4 grossen Spezialgeschäften**  
Oranienstr. 8, nahe Hochbahn. — Ackerstr. 25, Ecke Invalidenstr.  
Neanderstr. 29, — Reichenkondorstr. 115, Bahnhof Wedding.  
Grosse Betten, Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen 12, 15, 20, 25, 30 M.  
Daunenbetten 35-75 M.  
Bettfedern u. Halbdauen | Gänsefedern und Daunen  
Pfd. 60 Pf., 1-, 1,50 bis 2,50 M. Pfd. 2,50 bis 8 M.  
in nur erprobten staubfreien Qualitäten.  
Grosse Lager fertiger Inletts, Bezüge, Schlaf- und Steppdecken.  
**Bettfedern Dampf-Reinigung**  
Versand gegen Nachnahme. — Telephon Amt IV, No. 8971.

**Die Erfindung neuer Steuerquellen**  
sind für die Regierungen Hauptsache, die wichtigste Frage der  
Volksernährung Nebensache. Die von der deutschen Presse ab-  
sichtlich unterdrückte Broschüre Proestler weist schon seit Jahren  
auf das falsche deutsche Wirtschaftssystem hin.  
**Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft**  
ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber,  
Leipzig. Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volks-  
ausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2,10, bezw. 65 Pfg. für das  
Inland, Mk. 2,20 bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren  
postfrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg ver-  
sandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.  
Man verlange ebenselbst Flugchriften und Prospekte.

**Weltbekannt sind Rathenower Augengläser.**  
Echt Rathenower Brillen 1,00  
Pincenez (eoch Nickel) M. 1,50  
„ Double . . . 5,00  
„ Gold . . . 12,00  
„ Schildpatt . . . 4,50  
**Opern- u. Reise gläser**  
von 6 M. an  
Barometer, garant. gute 6,00 an  
Werke, von  
  
**A. Grün,**  
Optiker,  
Brunnen-Str. 4  
— am Rosenthaler Tor.  
Grün's Kneifer „Correct“.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Im Lande der Mitternachts-Sonne.  
Invalidenstr. 57-59. Sternwarte.  
Tägl. geöffnet von 7 1/2-11 U. abds.

**ZOOLOGISCHER  
GARTEN**  
Täglich ab nachm. 4 Uhr:  
Grobes  
Militär-Doppel-Konzert.  
Eintritt 1 Mk., von abends  
6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter  
10 Jahren die Hälfte.

**Zirkus Ah. Schumann.**  
Sonnabend, 14. September,  
abends 7 1/2 Uhr:

**Gala-Premiere.**  
Für Berlin  
vollständig neues  
Programm.

**Neue Spezialitäten**  
Neue Schul- und  
Freiheits-Pferde.  
Sonntag, 15. September: Zwei  
Vorstellungen, nachm. 3 1/2 Uhr und  
abends 7 1/2 Uhr. Vorverkauf an der  
Birkhoffstr. nach 10 Uhr vormittags  
ununterbrochen.

**Theater an der Spree**  
Köpenickerstraße 68.  
Heute 8 Uhr:  
**Der Attiendubler.**  
Sonntag 8 Uhr zum ersten Male:  
**Der Goldschel.**  
Gesangssoffe von Emil Hoff.  
Sonntag 8 Uhr: **Der Attiendubler.**

**DERNHARD ROSE THEATER**  
Dr. Frankfurterstr. 132.  
Im Theater, Anf. 8 Uhr:  
Der Geld des Tages.  
Von Kurt Natul.  
Im Garten, Anfang 5 Uhr:  
**Tilly Bébé, die Löwenbraut.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr im Theater:  
**Der große Unbekannte.**

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönh. Allee 148, Kottb.-Allee 97/98.  
Bestes Volkstheater Berlins.  
**Abschieds-Benefiz**  
für  
**Karl Braun.**  
Ausgebildetstes Programm.  
Gastspiel bedeutender Künstler  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Im Saal: **Großer Ball.**  
Morgen: Schluss der Sommerferien.

**Prater-Theater**  
Kottbener-Allee 7-9.  
Täglich:  
**Bühne und Welt.**  
Schauspiel von Paul Hantel.  
Anfang 8 Uhr.

**Kasino-Theater.**  
Lohrengerstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
**Die wilde Jagd.**  
Lustspiel in Ludwig Fulda.  
4 Akten v. Gröning.  
Vorher d. glänz. Eröffnungs- Progr.  
Sonntag 4 Uhr: Heirat auf Probe.

**Sommerpreise.**  
**A. B. Koch**  
**Kohlen-Groß-Handlung**  
Berlin O. 34. Bismarckstr. 15.  
Preise für nur la Marken ab 100  
von 10 Jtr. an: 57882\*  
Prima la Halbäcine (Belamite  
Warten) . . . pr. Jtr. 95 Pf.  
Ferdinand . . . 1,00 M.  
Pflanzenhaft . . . 1,02 M.  
la Diamant pr. Jtr. (110  
bis 120 Stk.) . . . 1,05 M.  
la Aile u. Aile . . . 1,05 M.  
la Anthrazit Gaddy Jtr. 2,30 M.

Kohle, Steinkohlen usw. zu den  
billigsten Tagespreisen. Anlieferung  
frei Keller je nach Quantum pr. Jtr.  
10-15 Pf. mehr. — Bei Original-  
Waggon und größeren Abzügen  
verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

**Dr. Schünemann**  
Spezial-Arzt für 54272\*  
**Haut- und Harnleiden,**  
**Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel,  
Gummwaren, 1000e Anerk.  
V. Prof. u. Aerzt. empf. bill.  
Apoth. S. Schweitzer's Fab.  
hyg. Präp. Berlin O., Holz-  
marktstr. 69-70. Off. verlang.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 15. September, findet ein Ausflug mit Familie nach Johannisthal statt. Treffpunkt nachmittags von 2 Uhr ab im Johannisthaler Volksgarten (Senfleben), Friedrich- und Köpenickerstraßen-Ecke. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis. Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 22. September, abends 8 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer stattfindet, in welcher der Genosse S. Wermuth einen Vortrag über: „Die Pariser Kommune“ hält. Zahlreichen Besuch erwarten. Die Abteilungsleiter.

Wahlung, Schiffsteiger und Postleute! Am Sonntag, den 15. September, nachmittags 5 Uhr, findet bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, eine öffentliche Schifferversammlung statt, in der Gen. Hans Weber über: „Die Rot der Arbeit“ sprechen wird. Die Parteigenossen werden ersucht, soweit sie mit der schiffahrt-treibenden Bevölkerung Beziehungen haben, dieselbe auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Der Einberufer.

Friedenau. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Grube, Kaiser-Allee: Oeffentliche Versammlung. Dieselbe soll eine Antwort des Herrn Landrats an einen Vorlesung entgegennehmen. Hierzu sind alle Parteigenossen eingeladen. Gleichzeitig weisen wir auf die öffentliche Parteiverammlung am Montag, den 16. September, hin. Näheres morgen.

Tempelhof. Heute, Sonntag, den 14. September, veranstaltet der Wahlverein im „Wilhelmsgarten“, Berlinerstr. 9, sein Herbstfest. Da das Programm ein reichhaltiges und gutes ist, erwartet zahlreiche Besuch. Das Komitee.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Genossen Karl Schulze, Haffelwerder und Fennstraßen-Ecke, seine Versammlung ab. Da auch Ersatzwahl einiger Vorstandsmitglieder auf der Tagesordnung steht, ist es Pflicht der Genossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Wahlbezirk a. Ostbahn. Am heutigen Sonntag findet bei Schliefe, Honowertstraße, eine Versammlung des Wahlvereins statt, in welcher der Genosse Oswald Schumann über den internationalen Kongress referieren wird. Außerdem wird der Bericht der Gemeindevertreter und die Abrechnung vom Stiftungsfest gegeben. Zahlreichen Besuch der Genossen erwartet. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Mit 14,6 Millionen Ueberschuß

Schließt nach einer Mitteilung des städtischen Finanzministers in der gestrigen Magistratsitzung der Etat der Stadt Berlin für das Etatsjahr 1906/7 ab. Von diesem Betrage entfallen auf Mehreinnahmen (Ueberschüsse von Verwaltungen) rund 9,8 Millionen Mark, auf Mindererträge und Minderzuschüsse rund 4,8 Millionen Mark. Bei den Mehreinnahmen sind vorwiegend die Steuern mit rund 6 Millionen Mark beteiligt. Hier von entfallen 3 Millionen Mark auf die Einkommensteuer und 1,8 Millionen Mark auf die Umsatzsteuer. In zweiter Linie kommt ein Ueberschuß der städtischen Werke von 3 Millionen Mark. An ihm sind die Gaswerke mit 1,7 Millionen Mark beteiligt, die vorzugsweise auf den Mehrerlös für Nebenprodukte zurückzuführen sind. Namentlich wurden für Koks erheblich höhere Preise erzielt, als veranschlagt worden waren, auch wurden bei dem strengen Winter die alten Koksbestände verkauft. — An den Mindererträgen und Minderzuschüssen war vor allem die Kapital- und Schuldverwaltung mit rund 2,8 Millionen Mark beteiligt. Ein wesentlicher Anteil an diesem Betrage (1,1 Mill. Mark) entfällt auf Mehreinnahmen an Zinsen von Kapitalien und Kassenbeständen. Weitere erhebliche Beträge rühren aus der Zahlung der Gaswerke für eine Schuld gegenüber der Kammerverwaltung und aus Stückzinsen für verkaufte Anleihe her. Diese Beträge tragen den Charakter außerordentlicher oder einmaliger Einnahmen.

Bei der Tiefbauberwaltung sind im Jahre 1906 1,3 Millionen weniger verausgabt, als angenommen worden war. Die Armenverwaltung hat 600 000 Mark weniger erfordert. Bei der Kanalisationsverwaltung beträgt der Minderzuschuß 600 000 M., der mit 280 000 M. auf eine Mehreinnahme an Straßenanliegerbeiträgen, mit 200 000 M. auf eine Minderausgabe bei Bau und Veränderung von Straßenleitungen usw. zurückzuführen ist. Dagegen ist bei den Riefelfeldern eine Mindereinnahme von 109 000 M. zu verzeichnen. Bei der Straßenreinigung ist eine Mehrausgabe von 987 000 M. entstanden.

Zur Agitation für Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses.

Das Bureau des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Geschäftsmen Deutschlands, Neue Königstraße 66 I, Telefon VII/1622 ist heute Sonntag von 9-5 und von 8-10 Uhr abends geöffnet, ferner am Sonntag von 7 1/2-10 Uhr vormittags. Bezirke, in denen noch Material für die Achtuhr-Ladenschlussbewegung oder Hilfskräfte fehlen, wollen sich an das Bureau wenden.

Das neue Fernsprechschem ohne Kurbel und Batterie findet schon am 15. September eine weitere Ausdehnung. Am nächsten Sonntag wird die neue Fernsprechvermittlungsanstalt 4 in der Prinzessinnenstraße in Berlin eröffnet. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag werden sämtliche Teilnehmer vom alten auf das neue Amt umgeschaltet, so daß Sonntag früh der neue Dienst beginnt. Die Einrichtungen dieses Amtes entsprechen dann denen der Vermittlungsanstalten 2, 6, 7, Charlottenburg und Rixdorf. Der Anruf des Amtes wird durch einfaches Abnehmen des Fernhöres von dem Haken bewirkt. Der Anruf des anderen Amtes sowie des gewünschten Teilnehmers erfolgt vom Amte aus. Soweit noch Kurbeln an den Apparaten sich befinden, dürfen sie nicht mehr benutzt werden. Das Schlüsselzeichen wird einfach durch Anhängen des Fernhöres an den Haken gegeben. Es erscheint dann selbstständig auf dem Amte. Mit der Eröffnung des neuen Amtes 4 ist die neue Betriebsweise fast in ganz Berlin, Charlottenburg und Rixdorf durchgeführt. Nur die Amter 1 und 8 haben sie noch nicht. Diese Vermittlungsanstalten sind aber dennoch verhältnismäßig neuen Ursprungs. Das jetzige Amt 1 wurde erst im Februar 1906 dem Betrieb übergeben.

Ueber das Rudolf Virchow-Krankenhaus

Liegt sich auf der in Bremen tagenden Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege Professor Dr. Lenhard-Gamborg aus. Er meint: „Die Kosten, die besonders beim Virchow-Hause so enorm in die Höhe gegangen seien (9500 M. pro Bett in einer Anstalt von 2000 Betten, während Eppendorf bei 2100 Betten kaum 6000 M. pro Bett beansprucht habe, können weit niedriger

sein, ohne daß die ärztlich-hygienischen Forderungen irgendwie zu leiden brauchen. Ueber 1500-1600 Betten sollte keine Anstalt hinausgehen, da die Zufuhr warmer Speisen und die allgemeine Verwahrung wegen der „Leutenot“ auf größte Schwierigkeiten stoße.

Zum Strausberger Eisenbahnunglück

wird berichtet, daß die Polizei wieder zwei Verhaftungen vorgenommen hat und zwar hat sie einen Schuhmacher Otto Leistner aus Strausberg und einen gewissen Gabler in Gewahrsam genommen. In Strausberg sind gestern bis in die tiefe Nacht hinein die Zeugen vernommen worden, die Gabler und Leistner zurzeit der Katastrophe und später gesehen haben wollen. Gabler, der am Unglücksabend um 10 Uhr den Bahnhof Strausberg verlassen und nach dem Unfall mit den ersten Verwundeten im Wartesaal dritter Klasse gefahren zu haben. Das beständige auch der Kellner, der am jenem Abend im Bahnhofrestaurant tätig war. Er sagte aus, daß er Gabler erst nach dem Unfall geweckt habe.

Anderer Jugendaussagen belasten den Gabler aber wieder. Er hat erklärt, am Abend nach dem Unglück in Rüncheberg und in der folgenden Nacht in Budow in der Herberge gewesen zu sein. Nun hat sich aber ein Wagenführer der Straßenbahn gemeldet, der mittelste, daß er mit Gabler in jener Nacht von der Frankfurter Allee nach dem Potsdamer Bahnhof gefahren sei. Er habe damals eine weiße Mütze und einen weißen Sweater getragen. Beides besitzt Gabler. Der Fahrgast, so erzählt der Wagenführer, sprach eingehend von dem Eisenbahnunglück. Er gab sich als Chauffeur aus. Er erzählte eine lange Geschichte von seiner mißglückten Automobilfahrt nach Strausberg. Seine Worte haben sich aber als eitel Zug und Trug erwiesen. Gabler wird heute dem Wagenführer gegenübergestellt werden.

Der zweite Verhaftete, der Schuhmacher Otto Leistner aus Strausberg, behauptet, er habe während der Unglücksnacht geschlafen. Auch dann, als ihn seine Frau bei dem Feuerlärm weckte, sei er nicht aufgestanden. Frau Leistner sagte nun, ihr Mann sei gleich aufgestanden und habe zehn Minuten lang mit ihr zum Fenster hinausgesehen. Als Zeugen für seinen Aufenthalt in Strausberg benannte Leistner den Kaufmann Heidenreich aus Strausberg. Mit diesem sei er um 8 1/2 Uhr abends von Strausberg II nach Strausberg-Stadt gefahren. Heidenreich aber bekundet, daß er an jenem Abend erst um 10 Uhr von Berlin nach Strausberg gefahren sei und sich dort sofort in sein Haus begeben habe. — Die bisherigen Ermittlungen lassen aber bisher noch keinen endgültigen Schluß zu.

Verichtigungen. In der gestrigen Lokalnotiz über die lange Arbeitszeit der Schlächtermamsells heißt es an einer Stelle über die „verhältnismäßig hohen Gehälter“ der Schlächtermamsells: „Dieser Begriff ist ein sehr dehnbarer und Arbeitgeber werden immer erzählen, sie zahlen ihren Angestellten verhältnismäßig hohe Löhne“ und diese Löhne entsprächen auch nicht den geringsten Anforderungen.“ Das ist natürlich unrichtig; es muß vielmehr heißen: „und entsprächen diese Löhne auch nicht den geringsten Anforderungen.“

Ein zweiter sinnstörender Fehler hat sich in der Notiz eingeschlichen, die von dem Gerichtsvollzieher handelt, der in einer falschen Wohnung ungerechtfertigter Weise die Sachen versiegelt. Dort heißt es: „Man kann sich des Erfahrenen der D.'schen Eheleute denken, als sie nach ihrer Rückkehr hörten und sahen, was vorgefallen. Erreut wird jeder Wohnungsinhaber sein usw.“ Niemand wird wohl schon herausgefunden haben, daß es heißen muß: „Erst a u n t wird jeder Wohnungsinhaber sein usw.“

Mit der „Dama“-Votterie hapert es. Die Lose haben noch nicht der erhofften Massenabfuhr gefunden, so daß die auf den 16. September und die folgenden Tage festgesetzte Ziehung auf den 6. und 8. Dezember verschoben werden mußte.

Die Bekämpfung der freien Jugendorganisation

durch die Reaktion wird immer rücksichtsloser geführt. Unternehmer und Behörden finden sich in diesem Kampfe treulich zusammen und bereiten der aufstrebenden Organisation die größten Schwierigkeiten. Durch Versammlungsverbote und -Auflösungen wird das Versammlungserreicht der Jugend geradezu vernichtet. Die bürgerliche Presse und die Pfaffen unterstützen diesen Kampf durch eine wüste Dece gegen die „sozialdemokratischen Jugendvererber“. Um weitere Kreise über das Treiben aller dieser Leute zu unterrichten, hat die Berliner Jugendorganisation vier öffentliche Versammlungen einberufen mit dem Thema: „Die freie Jugendorganisation und ihre Feinde“.

Dieselben finden statt: Sonnabend, den 14. September 1907, abends 8 Uhr, in den Lokalen: Meyer, Oranienstr. 103, Andreas-Festsäle, Andreasstr. 21, Obligo, Schwedterstr. 23/24.

Sonntag, den 15. September, nachmittags 2 Uhr, im Lokal: Stuhlmann, Nord-Ufer 10.

Die organisierte Arbeiterkassette wird ersucht, ihre Söhne und Töchter auf diese Versammlungen hinzuweisen und selbst in diesen zu erscheinen.

Verschiedene Gegner der Jugendbewegung (Pastoren usw.) sind eingeladen und haben ihr Erscheinen zugesagt.

Die Gerichtsfreien erreichen mit dem heutigen Sonntag ihr Ende. Am Montag wird an den verschiedenen Stationen der Zivil- und Strafrechtspflege die Arbeit in volstem Umfange wieder aufgenommen. Die Ferienkammern lösen sich auf und die Geschäfte werden wieder von den ordnungsmäßig zusammengelegten Kollegien erledigt. Beim Landgericht 1 tritt in dem Vorjahr zweier Strafkammern ein Wechsel ein, da sowohl Landgerichtsdirektor Dr. Meng, als auch Landgerichtsdirektor Langner, der die Verhandlungen im Wplau-Prozesse geführt hat, demnächst nach dem Zivilgericht in der Brunerstraße übersiedeln.

Durch ein ausfallendes Pferd tödlich verletzt wurde Freitagabend der 28 Jahre alte Bierzapfer Karl Wattes aus der Blumenstraße 31. In der Wadstraße hatte ein junger Mann ein Pferd an der Leine geführt. Das Tier wollte plötzlich nicht mehr weiter gehen und um es anzutreiben, ließ sich W. von dem Fahrer einen Stoß geben. Als er damit nach dem Pferd schlagen wollte, ging dieses hinten hoch und W. erhielt einen heftigen Aufschlag gegen den Kopf, daß ihm der Ober- und Unterkiefer vollständig zermalmt wurde. Auch die Stirn war getroffen worden. Blutüberströmt brach der Schwerverletzte zusammen. In fast hoffnungslosem Zustande fand er in der Charité Aufnahme.

Nach Veruntreuung von 60 000 M. ist der 29-jährige Kassendirektor Eduard Bartsch verhaftet worden. Er war bei einer Depostenkasse der Kommerz- und Diskontobank angestellt.

Bambalen im Familienbad Wannsee. In der vorhergehenden Nacht haben in dem Familienbad am Wannseebrand rohe Wurschen arg gehaust. Eine große Anzahl von Badenden pflegen ihre Bälte, die fest in die Erde eingekürzt sind, während der Nacht im Freien zu lassen. Auch Zeltverleher brechen ihre „Erwerbsinstrumente“ abends nicht ab, sondern sie lassen sie unbedachtigt mit dem Inventar am Strand zurück. In der vorhergehenden Nacht hat nun eine Rolle von zerdrückungsüchtigen Wurschen die sämtlichen Bälte vernichtet. Die zum Teil wertvollen Zelttücher nahmen die Uebelthäter mit. Als gestern morgen die Wäcker der Bälte nach dem Strand kamen, suchten sie vergeblich nach ihrem „Strandheim“. Man glaubte anfangs, der Wind habe die Zerstörungen angerichtet.

Bei näherer Untersuchung stellte sich jedoch heraus, daß rohe Gefellen ihre Hand im Spiele hatten.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle werden vom Donnerstag gemeldet. Das 21-jährige Fräulein Ida Blumenberg aus der Köllnstr. 31 hatte vormittags einen Wagen der Linie V (Richtung Behrenstraße) zur Fahrt nach Hause benutzt und wollte gegen 12 Uhr an der Ecke der Belle-Alliance- und Bergmannstraße den Hinterrad des Wagens während der Fahrt verlassen. Die junge Dame kam zu Fall und schlug so unglücklich mit dem Kopf auf das Straßenpflaster auf, daß sie eine schwere Gehirnerschütterung erlitt und in besinnungslosem Zustande nach der Unfallstation und von dort nach dem Krankenhaus Am Urban übergeführt werden mußte. — Gegen 7 Uhr morgens wurde der fünfjährige Willi Bernot aus der Bartenbergstr. 61 vor dem Hause Frankfurter Chaussee 5 von einem Straßenbahnwagen der Linie 70 umgefahren, so daß er einen Bruch des rechten Schlüsselbeines und eine Wunde am Hinterkopf erlitt.

Durch Einatmen von Schwefelsäuredämpfen hat sich Donnerstag nachmittag der ungefähr 45 Jahre alte Fabrikant E. Jörn aus der Reuenburgerstr. 16 eine Vergiftung zugezogen, an deren Folgen er gestern vormittag gestorben ist. Ueber den Unfall gehen uns folgende Mitteilungen zu: In dem Hause Reuenburgerstr. 16 befindet sich die Metalldreherei und Galvanisierungsanstalt von E. Jörn u. S. Jöls. Donnerstag nachmittag war nun ein Arbeiter der „Drogen- und Chemikalienengrosshandlung von Paul Heßfeld, Lindenstr. 107, damit beschäftigt, einen in einen Korb verpackten Glasballon mit Schwefelsäure bei der Firma Jörn u. Jöls abzuladen. Er hatte das Gefäß auf der Schulter und war gerade im Begriff, die im rechten Seitenflügel gelegenen Werkstatträume zu betreten, als er mit seiner Last derartig heftig an die Türöffnung stieß, daß der Glasballon in Trümmer ging und die Schwefelsäure ausfloß. Trotz der aufsteigenden giftigen Dämpfe blieb Herr Jörn in seinem neben der Werkstatt befindlichen Kontor sitzen, ohne auch nur Versuchen zu machen. Im Laufe der Nacht stellten sich aber derart heftige Schmerzen ein, daß mit einem Sauerstoffapparat der herbeigerufenen Feuerwehr eingegriffen werden mußte. Trotzdem diese Behandlung anfänglich Erfolg versprach, verschied der Unglückliche doch in der ersten Vormittagsstunde. Auch ein in derselben Fabrik beschäftigter Arbeiter P. aus Rixdorf muß noch das Bett hüten.

Ein Eifersuchtsdrama, bei welchem die 23-jährige Arbeiterin Emma Hoyer aus der Danzigerstr. 69 lebensgefährlich verletzt wurde, hat sich in der Nacht zum Freitag in der Pappel-Allee in der Nähe der Schönhauser Allee abgespielt. Der 27 Jahre alte, in der Kleinen Köstr. 4 wohnhafte Arbeiter Rudolf Engel unterhielt seit geraumer Zeit mit der obengenannten E. ein Liebesverhältnis. In letzter Zeit aber glaubte Engel Grund zur Eifersucht zu haben und machte darum dem Mädchen häufig heftige Szenen. Vor vierzehn Tagen nun erklärte ihm das Mädchen, daß sie nichts mehr von ihm wissen wolle, und seit dieser Zeit verfolgte Engel die frühere Geliebte auf Schritt und Tritt. In der Nacht zum Freitag passierte die Hoyer in Begleitung mehrerer Freunde und Freundinnen, von einem Vergnügen kommend, die Pappel-Allee, als plötzlich aus einem Hauseingange Engel hervorbrach und mit den Worten: „Dir werde ich das Herumtreiben anstreichen“, aus einem Revolver sechs Schüsse auf die Ahnungslose aus nächster Nähe abgab. Die Bedauernswerte sank, von sechs Schüssen getroffen, nieder und wurde schwer verletzt nach der nahegelegenen Unfallstation II in der Schönhauser Allee geschafft.

Die im Pflanzerbund vereinigten Laubenkolonisten veranstalten am Sonntag und Montag im Restaurant „Zur Lebenslust“, früher Krumballen, Kommandantenstr. 20, eine Ausstellung von selbstgezeugetem Gemüse, Obst und Blumen.

Ein Automobil umgefahren.

Ein Unglücksfall, bei dem drei Personen erheblich verletzt wurden, hat sich gestern abend am Kurfürstendamm ereignet. Auf Halensee Gebiet schleuderte der Automobilomnibus Nr. 8 der Linie Rollendors-Platz-Baumsee infolge des schlüpfrigen Pflasters gegen die Vordschwelle und stürzte zur Seite. Von den Insassen wurden zwei Personen, und zwar die Tochter des Inhabers des Restaurants Drefsel, Unter den Linden 50, sowie deren Tante verletzt. Durch umherfliegende Glassplitter hatten die Damen im Gesicht und an den Händen schwere Schnittwunden erlitten. Auch der Chauffeur des Kraftwagens hatte nicht unerhebliche Verletzungen erlitten. Auf der Unfallstation am Zoologischen Garten erhielten die Verunglückten die erste Hilfe. Der Automobilomnibus hatte verhältnismäßig geringe Schäden davongetragen.

Erpicht. Ein tödlicher Unfall hat sich gestern abend auf einem Neubau in der Gränthalerstr. 56a zugetragen. Das Gebäude ist bereits in Rohbau fertiggestellt und in den einzelnen Räumen sind gegenwärtig Kofelöfen untergebracht, um dadurch ein schnelleres Trocknen der Wände herbeizuführen. Zur Aufsicht dieser Oefen war der Zimmerlehrer Richard Lhen aus der Kaiser Friedrichstr. 1 angestellt. In einem der Zimmer setzte er sich nieder und ahnungslos atmete er die giftigen Gase, die den Oefen entströmten, ein. Es währte nicht lange, so war er betäubt. Als der Meister einige Zeit später nach dem Belegte suchte, fand er ihn leblos auf dem Fußboden liegend auf. Er brachte ihn sofort nach einem in der Nachbarschaft wohnenden Arzt, der aber nur noch den Tod infolge Kohlenoxydgiftung feststellen konnte. Die Leiche des jungen Menschen, der erst kürzlich das 16. Lebensjahr vollendet hatte, wurde polizeilich beschlagnahmt und dem Schauhause überwiesen.

Auf der Treptow-Sternwarte hat Direktor Dr. Archenhold mit dem großen Fernrohr am Donnerstag fünf Sonnenflecken Gruppen beobachtet. Auf der mittleren größten Gruppe sind auf der Zeichnung allein 52 Kerne sichtbar, von denen zwei durch Höfe eingebüllt sind, die allein dreimal so groß als unsere Erde sind. Diese große Zahl von Sonnenflecken ist um so eigentümlicher, als eigentlich das Sonnenmaximum schon längst vorbei ist. Die Treptow-Sternwarte wird am Sonnabend und Sonntag anfangs um 2 Uhr nachmittags schon um 10 Uhr vormittags geöffnet, um diese interessanten Gruppen den Besuchern zu zeigen. Von abends 7 Uhr an wird der Mond gezeigt. Direktor Dr. Archenhold spricht am Sonntag um 5 Uhr nachmittags über: „Das Leben im Weltall.“ Das Thema für den zweiten Vortrag um 7 Uhr und für den Montagvortrag um 9 Uhr lautet: „Die Verwahrheitung der Welten.“

Ankündigungen.

Der Wahlverein des 6. Kreises veranstaltet heute abend im großen Saale der „Germania“, Chaussee 110, einen Ankündigungsabend, auf den wir hiermit besonders aufmerksam machen möchten. Es wirken mit das Sinfonie-Orchester unter Leitung des Dirigenten Herrn Gustav Bogel, ferner als Solist Herr Direktor Alexander Hermann, dann die beliebte Violoncellistin Margarete Walfotte, der Rezitator Herr Emil Walfotte und der Gesangsverein „Nordwest“ (N. d. A.-S.-V.), Anfang 8 1/2 Uhr. Preis des Willets 50 Pf. — Einen Ankündigungsabend veranstaltet am Sonntag, den 15. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ die Violoncellistin Margarete Walfotte. Als Gast wird der zwölfjährige Violinvirtuose Ann Repad auf seiner Violinele mit zunächst Beethoven, dann das S. Konzert von Spohr, Johann die „Waisens-Fantastie“ (auf der G-Saite), zuletzt eine eigene Komposition, eine Sonate, zur Gehör bringen. Die Koloratur Sängerin Frä. Elsa Thiele vom Hoftheater Braunschweig hat eine hübsche Auswahl von Liedern getroffen. Margarete Walfotte hat aus dem Repertoire der Zweite

Guilbert einige Chansons aufgenommen, welche sie in deutscher Uebersetzung vortragen wird, und Herr Otto Wiemer wird als Rezitator und Dialekthumorist das Programm beschließen. Willetts sind zum Preise von 60 Pf. bei Herrn Hirsch, Engelfufer 15, und bei den meisten Gewerkschaftsvorständen zu haben.

In der juristischen Sprechstunde ist am 9. September ein Schirm stehen geblieben. Derselbe kann dort abgeholt werden.

Die Direktion des Deutschen Theaters ersucht uns, darauf hinzuweisen, daß die am Sonnabend, den 14. d. M., stattfindende Premiere des kleinsten Schauspiels: „Prinz Friedrich von Dornburg“ bereits um 7 Uhr beginnt.

Die Friedrichstraße von der Weidendammerbrücke bis zur Hausgrenze 102/103 wird behufs Reupflasterung vom 16. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt. Die Zufahrt zur Komischen Oper erfolgt lediglich vom Osten her am Weidendamm, die Abfahrt nördlich über die Weidendammerbrücke.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 1 Uhr kam in der Admiralstr. 18b Feuer aus. Dort brannten in einem Maschinenhaufe Hobelspane u. a. Es gelang, die Gefahr bald zu beseitigen. Wegen eines Küchenbrandes rückte der erste Zug nach der Gollnowstraße 28 aus. Der zwölfte Zug hatte in der Schiffstr. 2 zu tun, wo auf einem Korridor Feuer ausgebrochen war. Der dritte Zug mußte einen Brand löschen, der in einem Stall ausgebrochen war. Am Plan-Ufer 92a brannten Möbel und Decken in einer Wohnung. In der Stephanstr. 60 hatte der fünfzehnte Zug zu tun. Dort brannten im Keller Deckenbeschaltungen u. a. Gleichzeitig brannten in der Kaiserstr. 14 Dachbeschaltungen u. a. Ferner hatte die Wehr in der Reuenburgerstr. 16, Braunstr. 81, Rigackerstr. 88 u. a. Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Rixdorf.

#### Das Rixdorfer Theater.

Es dürfte nicht viel Städte von der Größe Rixdorfs geben, welche, wie letzteres, so rein gar nichts dem nach künstlerischen und kulturhistorischen Genüssen dürstenden Bürger zu bieten vermögen. Sieht man von ein paar Reliquen neuborussischer byzantinischer „Kunst“ des bekannten Massenartikel-Genres ab, so blieb als einziger in Betracht kommender Ruhepunkt in der Erscheinungen flucht bis vor kurzem das vielumstrittene naturhistorische Schulmuseum allein übrig. Sonst suchte man vergeblich nach Kunstdenkmälern oder Bildungstätten, welche dem geistig vorwärts strebenden irgendwie hätten Anregungen geben können. Zwar hat ja ein Rixdorfer Stadtrat mal in einem Vortrage sich mit „Ausgrabungen“ versucht, hat aber schließlich seine Bemühungen mit Entdeckung der alten Schmiede am Richardplatz als Denkmal alter Kultur beenden müssen. Wie weit sich hier der Forscherinn des besagten Herrn bewährt hat, bleibe dahingestellt; jedenfalls dürften demselben viele Jwoisler gegenübersehen.

In gleicher Weise ist bis vor kurzem die dramatische Kunst vernachlässigt worden. „Familienabende“, auf denen von Dilettanten in geradzug herzerweichender Weise Stücke gemimt wurden, und ferner ein „Theater“ in der Hermannstraße, vor dessen Leistungen Muse Thalia sehr energisch ihr Haupt verhalten dürfte —, das sind neben einigen Sommer-Familien-Varietés so die Pflanzstätten in der darstellenden Kunst Rixdorfs. Und wahrhaftig, das letztgenannte „Kunstinstitut“ schreit vor seinem Schiller, seinem Lesing zurück. Die Grabesruhe dieser und anderer unserer klassischen Dichter findet hier kein Verständnis und man wartet mit den unglaublichen Aufführungen der Werke derselben auf. Wer einmal einer solchen „Vorstellung“ beigewohnt hat, der wendet sich empört ab von solcher „Volkskunst“ — empört über die, welche so etwas dem Volke, dem Arbeiter für ein wahrlich nicht etwa geringes Entgelt zu bieten wagen, und über unsere Gesellschaft, die sich bis heute nicht dazu aufraffen konnte, diesem Geist und Schönheitsinn vergiftenden Treiben Einhalt zu tun durch Erfüllung der sozialen Pflicht auch auf diesem Gebiete. Die Opfer solcher fragwürdigen „Volkskunst“ aber, die fast jedesmal das „Haus“ vollständig füllen zur Freude des Herrn „Direktors“, muß man aus tiefster Seele bedauern.

Kun, ein ganz klein wenig ist in Rixdorf endlich auch in diesem Punkte geändert worden. Seit dem Winter 1905 hat sich unter Leitung des Direktors Tüt ein Ensemble gebildet, das ja nun zwar nicht ausschließlich erstklassige Kräfte in sich schließt und ja auch selbstverständlich nicht in sich schließen kann, von dem aber wohl gesagt werden muß, daß alle Mitwirkenden, Leiter wie Darsteller, sich ehrlich um die Pflege echter rechter Kunst mühen, und zwar in den meisten Fällen mit überaus gutem Erfolge. Es war somit nur selbstverständlich, daß die Stadtverwaltung dem Unternehmen Förderung angeheißt ließ durch Gewährung einer Subvention, welche in diesem Jahre auf 6000 M. bemessen ist. Natürlich hat sich die Stadt auch entsprechenden Einfluß gesichert, der im weitesten Maße durch einen aus Magistrat, Stadtverordneten und Bürgerdeputierten gebildeten Ausschuss geübt wird und sich auf die äußere Gestaltung des Theaters, Auswahl der Stücke und vor allem auf die Festsetzung der Eintrittspreise erstreckt. Leider ist das zur Verfügung stehende Haus, der Gröpferische Saal, gerade keine ideale Wirkungsstätte, doch ist man bemüht, die schwersten Mängel abzustellen. Hoffentlich wird die Stadt im gegebenen Augenblick dazu übergehen, es anderen deutschen Städten nachzutun und ein eigenes Stadttheater mit entsprechendem Bau schaffen. Immerhin werden ja bis dahin noch viele Widerstände zu brechen sein, deren schon die gegenwärtige Subvention genug begegnete.

Nachdem so eine berechtigten Ansprüche in durchaus anzuerkennender Weise genügende Wühne geschaffen worden war, konnte es nur noch eine Frage der Zeit sein, daß die für die Werke unserer Literatur so empfindliche Arbeiterkategorie dem Institute ihre Aufmerksamkeit zuwandte. Zwar standen unsere Genossen demselben im Punkte Leistungsfähigkeit bisher noch etwas mißtrauisch gegenüber. Doch kann wohl gesagt werden, daß diese angesichts der Qualitäten gewisser „Volkstheater“ berechtigte kritische Vorzicht einem wärmeren Interesse Platz zu machen beginnt. Es ist infolgedessen auch zu begrüßen, daß der Wahlverein Veranlassung genommen hat, in der demnächst beginnenden Saison einige Extra-Vorstellungen mit dem Rixdorfer Theater abzuschließen, welche den Genossen und ihren erwachsenen Familienmitgliedern gute Werke unserer Dramatik vermitteln sollen. In Aussicht genommen sind zunächst: Lessings „Emilia Galotti“, Anzengrübners „Arenschreiber“ und Subermanns „Heimat“. Die Vorstellungen finden Sonntags nachmittags um 2½ Uhr statt und zwar am 23. September die erste. Der Eintrittspreis ist einheitlich auf 60 Pf. inklusive Garderobe und Theaterzettel festgesetzt. Die Plätze werden analog dem System der Berliner „Freien Volkstheater“ im Vorraum des Theaters verlost. Es ist nun bei den Genossen, den Wahlvereinsvorstand durch zahlreichem Besuch der Vorstellungen in seinem löblichen Streben zu unterstützen und zu beweisen, daß die aufstrebende Arbeiterkategorie ihre Kulturmission auch in der Pflege der Werke unserer Denker und Dichter erblickt.

Stadtverordneten-Versammlung. Unter anderen geschäftlichen Mitteilungen bringt Vorsteher Sander auch eine Einladung zu einer Versammlung am 17. September im großen Saale der „Neuen Welt“ zur Verlesung, auf deren Tagesordnung die Verlesungsverhältnisse Rixdorfs stehen. Referenten sind Ingenieur

Grempel und Stadtverordneter Dr. Silberstein. Goldwohl der Stadtverordnetenvorsteher wie auch Stadt. Abraham plädieren im Hinblick auf das wichtige Thema für rege Teilnahme an der Versammlung seitens der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung. — Es folgt die Wahl des ersten Bürgermeisters. Abgegeben werden 54 Stimmzettel, die sämtlich auf den bisherigen zweiten Bürgermeister Kaiser fallen. Nachdem der Vorsteher das einstimmige Votum der Versammlung dem Gewählten zur Kenntnis gebracht, dankte dieser in einer Ansprache, welche von den Gesplogenen in solchen Fällen durch ihre Kürze angenehm abfiel, und erklärte, die Wahl anzunehmen. — Der Regulierung der Straßen 202a und 204a des Bebauungsplanes wird debattelos zugestimmt, ebenso einigen Veränderungen von Bauprojekten zum neuen öffentlichen Krankenhaus in Sudow.

In der anschließenden geheimen Sitzung wird für den neugewählten ersten Bürgermeister Kaiser das pensionsfähige Dienstalter auf den 1. Januar 1909 festgesetzt, dem Tage des Eintritts in die Stadtverwaltung Magdeburg als Stadtrat. — Ein Abkommen mit der Gemeinde Wahnmannsdorf über Benutzung eines Feldweges bei der Verlegung des Kanalisations-Druckrohres wird genehmigt. — Die Vorlage über Ankauf eines größeren Grundstückes zwischen Canner und Briker Chaussee für die Verlängerung des Schiffahrtskanals wird der Grundeigentums-Deputation zur Vorberatung überwiesen, nachdem diese um drei weitere Mitglieder verstärkt worden war. Bei dieser Gelegenheit wird die Verlastigung der Anwohner des Kanals durch den von diesem ausgehenden unerträglichen Gestank zur Sprache gebracht. Es sei hohe Zeit, daß die Durchlegung nach dem Letztvotum erfolge. Bis dahin ist aber die Herstellung einer Vorflut durch Bewässerung des Wiesengrabens, wozu die Letztvotumabänderung verpflichtet sei, anzutreten. — Der erste Bürgermeister sagt sofortige Prüfung und eventuelle schnelle Maßnahmen zu, sofern letztere Auffassung richtig sei.

### Ober-Schöne-weide.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Die aus Vertretern der beteiligten Gemeinden und der Arbeiterschaft zusammengesetzte Kommission hat ihre Arbeit zur Schaffung eines Ortsstatuts begonnen. Festgelegt wurde, daß die Wahlen am Sonntag stattfinden und zwar für das Kaufmannsgericht nach dem System der gebundenen Listen zur Verhältniswahl und für das Gewerbegericht direkte Majoritätswahl. Als Vorsitzender soll ein von der Gemeinde Ober-Schöne-weide als befohlener Schöffe anzustellender Jurist fungieren. Das Gericht soll am 1. April 1908 seine Tätigkeit beginnen.

### Teltow.

Der am Mittwoch auf einem Reibbau in Steglitz tödlich abgestürzte Albert Müller war Mitbegründer des Wahlvereins von Teltow und Umgegend und hat feierlich für die Partei nach besten Kräften gewirkt. Die Parteigenossen werden dem auf so tragische Weise ums Leben gekommenen ein ehrendes Andenken bewahren.

### Röpenitz.

Mit einem rätselhaften Vorfall beschäftigt sich gegenwärtig die hiesige Polizeibehörde. Drei junge Mädchen aus Berlin, unter ihnen die 17jährige Verta Otto aus der Turmstraße 28 waren gestern auf zwei Lastkähnen, auf denen ihre Bräutigams beschäftigt, mit nach Röpenitz gefahren. Die Jillen sollten von Röpenitz bis nach ihrem Bestimmungsort in Räderdorf mittels eines Schleppdampfers weiter befördert werden. In der Baumgarteninsel in Röpenitz wurden sie veranlaßt, um auf das Eintreffen des Schleppers zu warten. Da der Dampfer noch nicht zu erwarten war, so beabsichtigte einer der Bootleute mit einem der jungen Mädchen und zwar mit der Otto nach dem Ufer zu fahren und sich Röpenitz anzusehen. Der Bräutigam der D., der Bootsmann Kupisch blieb währenddessen auf dem Lastkahn zurück. Während nun die D. von ihrem Begleiter von der Jille nach dem Boot hinübergefahren wurde, kam das kleine Fahrzeug ins Schwanken und beide Personen stürzten in die Fluten. Der junge Mann vermochte sich durch Schwimmen zu retten. Dagegen lag die D., die des Schwimmens unkundig war, jämmerlich um Hilfe. Der Bräutigam machte jedoch nicht die geringsten Anstalten, die Ertrinkende zu retten. Auf die Hilferufe der D. elkte der Tapezier Hartlof nach der Unfallstelle. Dieser rief dem R. zu, doch dem jungen Mädchen eine Stange zu reichen und sie an Bord zu ziehen. Aber niemand lehrte sich daran. Die Rettungsversuche, die nun seitens des H. vorgenommen wurden, hatten leider keinen Erfolg mehr. Nur noch als Leiche vermochte der Tapezier die D. aus dem Wasser zu holen. Die Leiche wurde von dem Vorgesetzten sofort benachrichtigt und bald erschien sie an Ort und Stelle und leitete eine Untersuchung ein. Höchst seltsam wurde das Verhalten der Bootleute und besonders des Bräutigams des ertrunkenen jungen Mädchens gefunden. Eigenartig ist auch der Umstand, daß das zweite der jungen Mädchen mit den Vertaschen und dem Gelde der D. verstorbenen ist. Die polizeiliche Untersuchung führte zu der Festnahme des Bräutigams der D. Ob der Tod der D. durch eine Fahrlässigkeit oder gar absichtlich herbeigeführt worden ist, wird erst durch die gerichtliche Untersuchung festgestellt werden können. Die Leiche der Ertrunkenen ist nach der Halle des Gemeindefriedhofes übergeführt worden. Die Polizei hat sie vorläufig mit Beschlag belegt.

### Pankow.

In einem recht eigentümlichen Lichte erscheinen die Gründe, die den Herrn Kaufmann Grogger in der Volkankstr. 23 bewegen, sein Amt als Mitglied der Vorkaufs-Kommission niederzulegen. Um einer Legendenbildung vorzubeugen, gab Bürgermeister Kuhr in der letzten Gemeindevorstellung eine längere Erklärung ab, wonach G. die Benutzung zweier Wohnungen in seinem Hause durch die Vorpölizei verboten wurde. Eine Klage beim Bezirksausschuss und Ministerium der öffentlichen Arbeiten hatte keinen Erfolg. In einem längeren Schreiben, in welchem dem amtierenden Beamten Vorwürfe schwerer Art gemacht werden, begründete G. seine Amtsniederlegung mit der Motivierung, daß die Gemeinde den Bürgern nicht genügend Entgegenkommen zeigt. Nachdem noch der Gemeindevorstand darauf hingewiesen, daß man die Herren stärker zu den Steuern heranziehen, oder aber auf drei Jahre das Gemeindevahlrecht für vorläufig erklären könnte, der Gemeindevorstand aber davon absieht, derartige Strafen zu verhängen, war die Angelegenheit erledigt und die Legende von der Unzulänglichkeit einzelner Bürger zerstört. — Zum Kreisabgeordneten an Stelle des verstorbenen Professor Mendel wurde einstimmig der frühere stellvertretende Amtsdirektor Louis Schmidt gewählt; unsere Genossen gaben welche Fettel ab. — Die Gemeinde beidlos ferner die Erhebung einer Klage gegen die Regierung auf Zahlung einer Restsumme für den Bau einer Turnhalle in der Schmiedstraße. Die Regierung ist auf Grund des Allgemeinen Landrechts verpflichtet, das Holz zum Bau einer Schule zu liefern oder in Geld abzulösen. Mit dem Einspruch, die Turnhalle sei keine Schule, lehnt die Regierung die Zahlung ab. Dieselbe Regierung verlangt und zwingt aber die Gemeinde zum Bau von Turnhallen. Die Gemeinde wandt ein, es sei eine Lösung einer zugunsten des Gutes Mühlenbeck grundbesitzlich eingetragenen Last, wonach Mühlenbeck das Recht hat, drei Tage im Jahre „einen Klumpen Schafe auf der Wandlauer Feldmark zu hüten“. Der Lösung wurde zugestimmt, da nach Erklärung des Gemeindevorstandes sich keine Schafe mehr in der Gemeinde befinden. — Ein Antrag auf Erbauung einer Dienstwohnung für den Gemeindevorsteher wird nach längerer Debatte abgelehnt.

### Oranienburg.

Im dem Hungertode zu entgehen, versuchte sich Freitag Abend eine ältere Frau Elise Friede aus Lehnh in der Nähe des Seelöwen zu ertränken. Personen, die sich in der Nähe befanden, machten sich sofort an das Rettungswerk und zogen die Aermlein, die sich gegen ihre Rettung sträubte, aus dem Wasser. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um eine 54 Jahre alte Frau, die seit fünf Jahren ununterbrochen in Lehnh wohnt und sich durch Vermieten an Sommergäste, wozu ein kleiner Zuschuß von ihrem Schwager kam, notdürftig durchs Leben schlägt. Durch die ungünstige Witterung in diesem Jahre verdiente die Genannte jedoch sehr wenig, außer-

dem mußte sie wegen ihrer Kerben das Krankenhaus in Oranienburg aufsuchen. Von dort wurde sie nach Verlauf von sieben Wochen wieder entlassen, weil sie nicht mehr bezahlen konnte. Seit einigen Wochen befindet sie sich wieder in ihrer Wohnung in sehr düstiger Lage. Sie wandte sich durch eine Frau G. an den zuständigen Gutsvorsteher Raustein um Unterstützung. Dieser soll der F. geraten haben, nach Berlin zu gehen, da sie nicht ortszuständig sei, auch keine Aussicht hätte, sich ernähren zu können.

Charakteristisch dürfte es sein, daß der Gutsvorsteher auf telephonischen Anruf das Gesicht um Stellung eines Wagens abgelehnt habe mit dem Bemerkten, derselbe könne nach (? Med.) werden. Mitleidige veranstalteten sofort eine Sammlung und sorgten auch für ein vorläufiges Unterkommen. Der inzwischen herbeigerufene Gendarm wollte dann das weitere veranlassen und sich der Kernisten annehmen.

### Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. In etwa dreißündiger Verhandlung erledigte die Versammlung die sehr umfangreiche Tagesordnung. In einem eingegangenen Schreiben wird Beschwerde geführt über die schlechte Brennkraft des Gases auf dem Strefenplatz und wird der Magistrat von der Versammlung ersucht, möglichst schnelle Abhilfe zu schaffen. — Mit dem Jahre 1907 läuft die Wahlperiode von 5 unbesoldeten Stadträten ab und hatte sich die Versammlung mit der Neuwahl zu beschäftigen. Der eine der jetzt amtierenden unbesoldeten Stadträte ist am Mittwoch gestorben. Die Wahl, welcher eine etwa ½ Stunde dauernde geheime Besprechung vorausging, hatte folgendes Resultat: Die Stadträte Linde, Kühne und Blath wurden wieder, die bisherigen Stadtverordneten Sturm und Dr. Engelhardt neu gewählt. Die Wahl des letztgenannten wurde durch das Los entschieden, da er in drei Wahlgängen nicht die genügende Mehrheit erhielt. Die Versammlung ist durch die Wahl dieses Stadtverordneten einen ihrer Dauerredner los geworden. Von den Stadtverordneten Tiede und Genossen sind 2 Anfragen eingegangen. Die erste lautet: Ist der Assistenzarzt im Krankenhaus berechtigt, für Ausstellung eines Progebogens zur Invalvidität Gebühr zu erheben? (Der Herr soll sich von einer armen Frau, die im Krankenhaus lag, 5 M. haben zahlen lassen.) Die zweite Frage betrifft die Bedürfnisanstalt in der Rickseldorferstraße. Da der Oberbürgermeister erklärt, keine Auskunft geben zu können, wird die Angelegenheit wohl eine der nächsten Versammlungen beschäftigen. — Gemäß § 20 der Städteordnung hat die Versammlung Beschluß zu fassen über die gegen die Wichtigkeit der Wählerliste erhobenen Einsprüche. Die Wählerliste, in welcher 14 326 Wähler eingetragen sind, ist von 800 Wählern eingesehen worden. Davon haben 14 Personen Einspruch erhoben. Bei 10 Personen wird der Einspruch für berechtigt anerkannt. Der Oberbürgermeister erklärt bei dieser Gelegenheit, daß der in einer Berliner Zeitung dem Magistrat gemachte Vorwurf, die Wählerlisten seien sehr unvollständig, auf Grund vordem angegebener Angaben ungerechtfertigt sei. Genosse Stadtverordneter Hornig erwidert hierauf, daß, wenn im „Vorwärts“ dieser Vorwurf erhoben sei, dieser Irrtum dadurch entstanden sei, daß mehrere Personen, die nicht Preußen sind, aus den Listen fortgelassen sind, während sie bei früheren Wahlen eingetragen waren. Zur Beschaffung von Bureauräumen sollen in einem Hause am Marktplatz zwei Räume gemietet werden. Die Vorlage hatte die vorige Stadtverordnetenversammlung schon beschäftigt. Sie wurde abgelehnt, weil 1600 M. Miete gefordert wurden. Jetzt hat der Hausbesitzer Ingenieur Böhle 100 M. abgelassen und fordert nur noch 1500 M. Dem Stadtverordneten Tiede sind die 1500 M. auch noch zu hoch; er beantragt, nur 1200 M. zu bieten. Ueber diesen Antrag ist der Berichterstatter, Stadtverordneter und Hauseigentümer Rautenmeister Rafova, ganz empört. Er meint, es sei nicht anzugehen, die Mieten so zu unterbieten; dadurch schädigen wir uns nur. Sehr treffend erwidert hierauf Stadtverordneter Genosse Bied, daß sich der Vorredner wohl nur auf den Standpunkt der Hausbesitzer stelle, diese würden allerdings geschädigt, wenn die Mieten herabgedrückt werden. Die Mieten hätten doch aber nur einen Vorteil davon. Die Magistratsvorlage wird angenommen. — Dem Zigarettenhändler Koppel wird für die vorzeitige Räumung seiner Geschäfte und Wohnräume in der Pridenstraße, in welcher jetzt zweifach Verbreiterung der Straße die angekauften Häuser abgebrochen werden, eine Entschädigung von 3750 M. nach dem Magistratsvorschlag zugestimmt. Der Magistrat hat hier wieder einmal etwas voreilig gehandelt, indem er das Grundstück schon auf Abbruch verkauft, ehe er eine Lösung der Mietkontrakte vorgenommen. — Die Vergütung an die Gemeindegemeinschaft für geleistete Ueberstunden wird von 120 M. auf 150 M. erhöht. Für die Herstellung eines Fußweges von der Nadelandstraße nach dem Friedhof werden 1400 M. bewilligt. Genosse Hornig weist bei dieser Gelegenheit auf das trauerhafte Pflaster des Friedhofes nach dem Friedhof hin und fordert Abhilfe. — Der Reitknecht Klemm hat für die beiden hiesigen berittenen Polizeibeamten die Pferde zu stellen und erhielt bisher dafür pro Pferd und pro Monat 130 M. Es sollen ihm jetzt auf sein Gehalt 140 M. pro Pferd und Monat gezahlt werden. Dem Stadtverordneten Ralermeister Kupke ist dies nicht genug, er beantragt 150 M. Der Stadtverordnete Schmiedemeister Schulze, der die Pferde für die Post zu stellen hat, erwidert dem pferdeskundigen und reitenden Ralermeister, daß der p. Klemm bei 130 M. noch ein gutes Geschäft macht. Als Stadtverordneter Kupke schließlich noch weiter seine Pferdekenntnis zur Geltung bringen will, muß er sich von Schulze sagen lassen: „Was so'n Raler wohl von Pferde versteht!“ Stadtverordneter Genosse Hornig meint, als man seinerzeit die beiden Polizeibeamten beritten machte, führte man zur Begründung an, daß eine schlechte Verbindung mit dem Konnenndamm sei. Da aber nach diesem Stadteil eine gute Verbindung durch die Eisenbahn geschaffen, seien die berittenen Polizisten überflüssig und beantragt er Ablehnung der Vorlage. Der Stadtverordnete Obermeister Hannemann meint dagegen, wenn man die Berittenen abschaffe, würde noch mehr gestohlen als jetzt. Schließlich bewilligt die Versammlung dem Pferdebesitzer Klemm doch die 140 M. — Für die Gemeindegemeinschaft wird die Umwandlung einer Lehrerstelle in eine Lehrerinnenstelle beantragt. Der Berichterstatter, Realschullehrer Stadtverordneter Berlin, begründet die Vorlage damit, daß ja eine Lehrerin billiger als ein Lehrer sei. Genosse Bied richtet daraufhin an diesen Lehrer die Frage, ob eine Lehrerin auch so viel leiste als ein Lehrer, wenn sie billiger sei. Hierauf wühlte Stadtverordneter Berlin nicht ausreichend zu antworten. Die Vorlage wurde genehmigt. — Eine recht hübsche Illustrierung der Polizeiverwaltungen von Spandau, Rickseldorf und Gatow gab der Stadtverordnete Rafova bei der Vorlage betreffend Bewilligung von 400 M. behufs Kennzeichnung der Rickseldorfer und Gatower Gemeindegrenze mittels Markpfähle. Er begründete die Notwendigkeit der Vorlage damit, wenn jemand beim Angeln getroffen würde, dann entsetze Streit unter den Polizeiverwaltungen, wer die 3 M. Strafe erhalte; haben wollen sie sie alle. Werde aber eine Wasserleiche angeschwemmt, dann will sie keiner haben. Die Vorlage fand Annahme. — Zur Beschaffung eines neuen Krankenwagens werden 1600 M. und für Reparatur des alten Krankenwagens 430,80 M. bewilligt. Zur Begründung dieser Vorlage hatte der im Krankenhaus beschäftigte Magistratssekretär Heulein den Vorschlag gemacht, der alte reparierte Krankenwagen könne als Krankenwagen 2. Klasse für Kranke mit anschließenden Krankheiten und für arme Kranke benutzt werden. Das war denn doch selbst dem konservativen Stadtverordneten Lüdike zu viel und sprach er dagegen. Seitens der Krankenhausdeputation wurde die beruhigende Erklärung abgegeben, daß dieser patente Vorschlag des Krankenhaussekretärs nicht angenommen worden sei. — In die gemischte Kommission zur Vorberatung der Einführung einer besseren Kontrolle für die Vollziehungsbeamten wird auch der Genosse Hornig gewählt.

### Eingegangene Druckschriften.

Vorberichte zur zweiten Tagung deutscher Berufsverbände in Offenach. 75 Seiten. Verlag D. B. Ohmmer in Dresden.

**Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.**  
 Klein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grünen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knopfnähte. Haltbarste Arbeit - Taschen. Große Hüften umfaßt.  
 Die Lederhose - Hose **4 M. 50**  
 Monteur - Jackett „Edison“, echtblau Röcher oder Dreif. 2 M. 65  
 Monteur - Hose „Edison“, echtblau Röcher oder Dreif. 2 M. 25  
 Manchester-Hosen . . . 10,50, 5 M. 75  
 Gefäßt. Manchester-Jackett 19, —, 10,50  
 Waler-Mittel . . . 3, —, 2,50, 2 M. 25  
 Neuanfertiger-Mittel (braun) 3, —, 2 M. 50  
 Weiße Lederhosen . . . 4,50, 3 M.  
 Aescherhölzer - Anzüge, blau, 5 M. 50  
 Weiße Jacketts für Herren, Kellner, Kondiktoren, Köche usw.  
 Die Preise gelten für normale Größen.

**Baer Sohn**

En gros. Export. En détail.  
 Thonischestr. 24a/25. Brückenstr. 11.  
 Nr. Frankfurterstr. 20.  
 Haupt-Katalog gratis und franko.  
 Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schnittlänge, bei Jacketts und Mitteln die Brustweite anzugeben. 53672\*

**Achtung! Hasselwerder, Nieder-Schöneweide.**

Inhaber: Albert Scheruch.  
 Jeden Dienstag **Großes Kinderfest.**  
 Jedes Kind erhält eine Stoffbedeckung und Los gratis. Kapellentheater, Fackelpalast, Verlosung und Frei-Tanz. Entree 10 Pf.  
 Vom Schließigen Bahnhof bis Nieder-Schöneweide 10 Pf.  
 Um geneigten Zutritt bittet 54772\* **Albert Scheruch.**

**Achtung! Rixdorf. Achtung!**

**Parteigenossen! Mitbürger!**  
 Dienstag, den 17. September, abends 8 Uhr,  
 in der Neuen Welt, Hasenheide:  
**Volks-Versammlung.**

**Lichtbilder-Vortrag:**  
 Die modernen Verkehrsverhältnisse und die Verkehrsverhältnisse Rixdorfs.  
 Referenten: P. M. Grempe und Stadtverordneter Silberstein.  
 Magistrat und Stadtverordnete sind hierzu eingeladen.  
 Zahlreiches Erscheinen erwartet [235/15\*] **Der Einberufer.**

**Zentralverein der Bildhauer.**

Verwaltung Berlin.  
**Holzbildhauer!**  
 Montag, den 16. September, abends 8 Uhr, im oberen Saale der Andreas-Festsäle, Andreasstraße Nr. 21:  
**Vertrauensmänner-Versammlung.**  
 Bericht der Kommission über ihre Tätigkeit im Osten.  
 Jede Werkstatt muß vertreten sein. 20/15 **Die Kommission.**

**Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter**

Berlins und Umgegend.  
 Montag, den 16. September, abends 6 Uhr, in Graumanns Festsälen, Rannynstraße 27:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Schriftstellers Genossen Adolf Stern über: „Religion, Kunst und Philosophie in ihrem gegenseitigen Verhältnis“. 2. Diskussion. 3. Organisationsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Sonnabend, den 21. September, in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29:

**25. Stiftungsfest**  
 bestehend in  
 Konzert, Vorstellung von Steidls Hamburger Sängern. Prolog, Festrede, Lebende Bilder. — Mitwirkung des „Sängertreises der Musikinstrumentenarbeiter“. Dirigent: Herr Richard Lange.  
 Nach der Vorstellung: **Großer Ball.**  
 Billett 30 Pf. — Anfang 8 1/2 Uhr. 141/18 **D. D.**

**Zentralverband der Töpfer Deutschlands.**  
 Filiale Berlin.  
 Am Mittwoch, den 11. September, verstarb nach kurzem Leiden der Kollege  
**Julius Ehrke**  
 (Bezirk Lichtenberg) im Alter von 63 Jahren.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. September, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Lichtenberg, Bahnhofsstr. 5, 1. Ausgang I, aus nach dem Lichtberger Kirchhof in Lichtenberg, Krugstege statt. 200/16 **Der Vorstand.**

Allen Genossen und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Ida Thiedke**  
 heute früh 2 1/2 Uhr nach schweren langen Leiden verschieden ist.  
**Karl Thiedke,**  
 SW. 47, Dagebergerstr. 23.  
 Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Christus-Kirchhofes, Mariendorf, Lichtnaber Chaussee, aus statt. 200/15

**Dauftagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die überaus reichen Blumenpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters **Gustav Mütze** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Verband der freien Gewerkschaften Deutschlands, dem Zentral-Verband der freien Gewerkschaften, dem Zentral-Verband der Arbeiter in Berlin, dem Arbeiterverein Strelau, dem Gesangsverein Fortschritt VI sowie den Mitarbeitern unseres Hauses unseren tiefgefühlten Dank. 200/15 **Witwe Elise Mütze und Sohn.**

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 11. d. M. verstarb unser Mitglied, der Zimmerer  
**Wilh. Neye**  
 Buchholzerstr. 5.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gethemans-Friedhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung eruchtet 256/8 **Der Vorstand.**

**Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Am Mittwoch, den 11. d. M., nach unser langjähriges Mitglied  
**Wilhelm Neye**  
 (Bahlstelle 6, Norden).  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gethemans-Friedhofes in St. Andreasen aus statt.  
 Rege Beteiligung erwartet 257/20 **Der Vorstand.**

**Zentral-Franken- und Sterbekasse der Zimmerer.**  
 (E. H. No. 2, Hamburg.)  
 Dem Mitglieder zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmerer  
**Wilhelm Neye**  
 Buchholzerstr. 5,  
 am 11. September 1907 verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gethemans-Friedhofes in Nieder-Schönhausen Nordend aus statt.  
 Um rege Beteiligung eruchtet 250/11 **Der Vorstand. Bez. II.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 15. September 1907, vormittags 10 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 der  
**Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umg.**  
 in Frankes Festsälen, Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:  
 1. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise. Referent: Kollege Waschick.  
 2. Diskussion. 3. Erklärungen zur Agitationskommission.  
 4. Verbandsangelegenheiten.  
**Mitgliedsbuch legitimiert.**  
 Kollegen! Wir machen es Euch zur besonderen Pflicht, wegen der wichtigen Tagesordnung in dieser Versammlung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen!

Montag, den 16. September 1907, abends 6 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung**  
 in Obligos Festsälen, Schwedterstr. 23.

Tages-Ordnung:  
 1. Berichterstattung vom internationalen Metallarbeiterkongress. Referent: Kollege Cohen.  
 2. Diskussion.  
 Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Ehrenpflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in der Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

**Achtung!**  
 Wegen der Quartalsabrechnung müssen alle Kollegen, welche zurzeit Erwerbslosenunterstützung beziehen, dieselbe in der Woche vom 22.-28. September d. J. abgeben. — Auch müssen dann diejenigen Kollegen, welche über Quartalsfrist hinaus krank sind, bei der Abgebung der letzten Unterstützung ihre Mitgliedsbücher und Kontrollkarten abgeben.  
 148/13 **Die Ortsverwaltung.**

**Eine Mark wöchentl. Teilzahlung liefert elegante, fertige Herren-Moden.**  
 Ersatz für Maß.  
**Maß-Anfertigung**  
 feinste Verarbeitung  
 Garantie tafelloser Sitz.  
**J. Kurzberg,**  
 An der Jannowitz-Brücke 1, I.  
 Direkt am Bahnhof.  
 Kein Waren-Kredithaus.



Jedes **5. Los** muß gewinnen  
**Düsseldorfer**  
**Lotterie**  
 Ziehung am 30. Sept. 120000 Gewinne W. Mk.  
**90000**  
 Zwei Hauptgew. zus. W. Mk.  
**20000**  
 10000 Mk.  
 5000  
 2000  
 2 à 1000  
 Lose à 50 Pfg. 11 Lose 5 Mk. Porto und Liste 30 Pfg. versenden lassen. **Ford. Schäfer,** Bankgeschäft, Düsseldorf. Auch zu haben in allen kenntlich gemachten Verkaufsstellen.  
 Alleinvertrieb für Berlin **Gustav Haase, Neue Königstr. 86.**  
 4 Vorderzimmer, I. Hof, Jub. 840 M. Koburgerstr. 17. Ecke Hauptstr. Schönberg, Vorlitz.\*

Das hervorragendste Erzeugnis der deutschen Schuh-Industrie — **EINHEITS-Preis** — f. Damen u. Herren **12<sup>50</sup>** Luxus-Ausführung **16.50**



**SALAMANDER STIEFEL**

werden von den Angehörigen aller Gesellschaftskreise getragen Fordern Sie Musterbuch!

**SALAMANDER Schuh-Ges. m. b. H.**  
 W. Friedrichstrasse 182  
 C. Königstrasse 47  
 SW. Friedrichstrasse 221

**Sozialdemokratischer Wahlverein Reinickendorf-West.**  
**Todes-Anzeige.**  
 Mittwoch abend verstarb unser Mitglied  
**Hermann Schneider.**  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Reinickendorfer Friedhofes, Humboldtstraße aus statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

Am Donnerstag verstarb nach schwerem Leiden unser innig geliebter, einziger Sohn und Bruder  
**Paul Kohlhoff**  
 im 18. Lebensjahre.  
 Um stille Teilnahme bitten **Die tiefbetrübten Eltern und Schwestern.**  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Gethemans-Friedhofes, Nordend aus statt.  
 W. Kohlhoff, Bucher, Goppel-Allee 30 I.

Donnerstagmorgen 6 1/2 Uhr, verstarb nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann, unser Vater, der Drochsenführer  
**Wilhelm Hagen**  
 im 61. Lebensjahre. 509/12  
 Dies zeigt tiefbetrübt an **Mario Hagen** nebst Kindern.  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Andreasen-Friedhofes in Döben-Schönhausen aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Arbeiter  
**Richard Herda**  
 am Donnerstag, den 12. d. M., nach mehrtägiger Krankheit verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 15. d. M., mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Apostel-Kirchhofes, Währstr. 44/45, aus auf dem städtischen Friedhof statt.  
 Die trauernden Hinterbliebenen:  
 Für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Vaters sagen wir allen Beteiligten, insbesondere dem Bahnbereich, seinen Kollegen vom Bahnbereich, dem Wagbau-Krankentasse sowie dem Holzarbeiterverband unseren herzlichsten Dank. 289/7b  
**Wwe. Carl** nebst Kindern, Ober-Schöneweide.

**Diese enormen Vorteile!! Das muß man sehen!!**

um sich ein richtiges Urteil bilden zu können!  
 Jetzt nach beendeter Engros-Saison räumt direkt an Private  
**Westmanns Konfektionshaus**  
 Hauptgeschäft: W., Mohren-Strasse 37a, an den Kolonnaden, 2 Haus von d. Jerusalemstr.  
 Filiale: O., Große Frankfurter Straße 115, Andreasstraße.  
**Herbst- und Winter-Original-Modelle, Kopien, Reismuster-Neuheiten.**  
**Kolossale Bestände in Paletots, Kimonos, Plüsch- u. Pelzkonfektion, Kleidern, Kostümen, Röcken, Blusen etc.**  
 in raffiniert schicker, hocheleganter Ausführung in allen Größen bei **unerreicht billigen Preisen** bis 5. Oktober ar. mit  
**10 % Rabatt**  
 sofort bei Kauf bar abzuziehen, gefüllt u. ungefüllt, herrliche in **5 Serien: Uehergangspaletots, Piecen, prächtige moderne Stoffe,**  
 Serie 1 2 3 4 5  
 früher bis M. 22.50 | M. 26. — | M. 30. — | M. 38. — | M. 107. —  
 Jetzt M. 8.75 | M. 15.50 | M. 23. — | M. 30. — | M. 37.50  
 Besichtigung ohne Kaufzwang möglichst vormittags erbeten.  
**Frühjahrs- u. Sommerkonfektion**  
 gebe, um zu räumen, zu jedem annehmbaren Preise ab.  
**Besondere große Trauer-Abteilung.**  
 Sonntags geöffnet.



# Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestr. 70/71.

Von Sonnabend, den 14., bis Dienstag, den 17. September cr. so lange Vorrat

Rotwurst . . . . . Pfund 0,48 M.	Thüringer Fleischwurst Pfund 0,95 M.	Pökelrippchen . . . . . Pfund 0,60 M.
Zwiebelleberwurst . . . . . 0,48 .	harte Thüring. Kümmelwurst . 0,90 .	Kasseler Rippespeer . . . . . 0,85 .
Feine Leberwurst . . . . . 0,98 .	harte Thür. Cervelatwurst . 1,20 .	Bratenschmalz . . . . . 0,58 .

Italienischer Salat . . Pfund 0,95 M.	Eisbein . . . . . Pfund 0,28 M.	Harte Cervelatwurst . . Pfund 1,00 M.
---------------------------------------	---------------------------------	---------------------------------------

## Wild und Geflügel.

Junge Brathühner . . . . . 0,90 M. bis 1,25
Rehblätter . . . . . 1,90 M. bis 2,20
Junge Bratgänse . . . . . 4,50 M. bis 5,50

## Obst.

Tafelbirnen . . . . . Pfund 0,10 M.
Aepfel . . . . . 2 Pfund 0,25 M.
Weintrauben . . . . . Pfund 0,20 M.

Erprobt und bewährt!

88<sup>er</sup> L<sup>it</sup>

# Spiritus-Glühlicht-

Lampen und Brenner.

Centrale für Spiritus-Verwerthung,  
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 98, gegenüber dem Central-Hotel.

Illustrierte Preisliste kostenlos!



## Ich verschenke

Monatsanlässe von . . . . .	9,-
Handelsgüter von . . . . .	10,50
Abonnementanlässe . . . . .	13,50
Geschenkanlässe . . . . .	18,50
Anlässe, Ertrag für Klub . . . . .	16,-
Kavaliersanlässe . . . . .	14,50
Paletts . . . . .	9,50
Tappen . . . . .	5,-

Berlin 35,  
**Rosenberg**, Reanderstraße 35,  
an der Köpenickerstraße, 3 Minuten  
von der Stadtbahn Gammelinbrücke,  
Straßenbahn - Vergütung.

## Verkäufe.

**Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers:** Gardinen, Stores, Tüllvorhänge 10 bis 20 Prozent Rabatt. E. Weisberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers:** Tisch- und Plüschdecken, Decken und Plüschportieren in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27078\*

**Teppiche, Fadenteppiche, Stuhl- 2,25, 3,25, 4,25, 5,50, 6,50, 8,50 ufm. E. Weisberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 27068\***

**Wederbetten, Stand 11,00, große 16,00, Bische, Gardinen, Portieren, Teppiche, Uhren, Goldschmuck, Silberwaren, Anzüge sportlich Plüschleihenhaus, Köpenickerplatz 7. 29488\***

**Herrnfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00, Holz, Blumenstraße 36 b. 25158\***

**Teppiche! (Sehrbillig) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Gabelstraße Markt 4, Bahnhofstraße. 2511\***

**Teppiche (Sportlich), Fadrite Große Frankfurterstraße 60. 21678\***

**Möbel 20 Prozent billiger.** Wegen Ueberfüllung meiner großen Lageräume sind in meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Oranienaustraße 18, nahe dem Halleschen Tor, bis 25. September großer Räumungsverkauf statt. Beschäftigung ohne Kaufzwang. Brausensten wird Geklebung geboten, besonders billig einzuhalten. Teilzahlung gestattet. Brauten ohne Anzahlung. Kleiderständer 20,-, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 22,-, Kuschelveritto, Kuschelkissen 27,-, Säulenstraußen 30,-, Kuschelbette 30,-, Matratze 34,-, englische Bettstelle mit Matratze 48,-, Kuschelbaum, Kleiderständer mit Spiegel 72,-, Schlafsofa mit Auszug 34,-, Plüschsofa 40,-, Kuschelsofa 70,-, Kuschelsofa 16,-, englische Plüschgarnituren 94,-, Schreibtische 25,-, englisches Schlafzimmer 250,-, Wohnkamin 400,-, Herzkamin 300,-, ein großer Kasten billige Säulenbänke. Komplette Küchen von 43,- an. Zurückgeleitete und verleihe gewesene Möbel ganz besonders billig. Geleistete Möbel können kostenfrei lagern und werden durch eigene Gelasse geliefert. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet. Bitte auf Hausnummer 15 zu achten. Kusterbuchnummer 29778\*

## Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen erhalten solide Preise zu Kaufpreisen bei geringer Anzahlung auf Teilzahlung Möbelfabrik A. Krause, Schützenstraße 72/74.

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

**Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf** jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 27068\*

## Bronzegastrolchen!!

Jasungslampen 9,00, Salongastrolchen 16,00. Gaslampen 11,-, Schaulampen 11,-, Hängelampen sportlich! Woblaue, Balkentheaterstraße 32. 26958\*

**10,50 große Betten, rotebra Inlett, Oberbett, Unterbett, zwei Kissen, E. Becker, Landsbergerstraße 41.**

**Metalbetten, komplette, hoch-elegante, Paar 85,00, Feder, Landsbergerstraße 41. 27028\***

**Wider, Spiegel ohne Anzahlung, Uhren, Steppdecken, Tischdecken, Porzellan, Gardinen, Teppiche, Kofferwaren, Gastrolchen, Herren-Konfektion, Teilzahlung von 0,50 pro Woche an, Heister Weber, Brenzlauerstraße 49.**

**Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleitete sportlich! Schneider, Kurfürstenstraße 172. 22478\***

**Gastrolchen, Petroleumlampen ohne Anzahlung, Höhe 1,00, Louis Brüller (selbst): Vorlagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reimniederstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Alexander Friedländerstraße 247.**

**Sportbillig verkaufte Plüsch, Gardinenverkauf, Bettdeckenverkauf, Teppichverkauf, Kuschelsofa, Uhrenverkauf, Garderoben, Plüschleihenhaus, Weidenweg neunzehn 122.**

**Sofakofferte, Sofas, Plüsch, Moquett sportlich! Teppichhaus Emil Lehner, Driemenstraße 188.**

**Sommerpaletts, Monatsanlässe, wenig getragene, von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Hand verkauft werden. Rüdiger-Heiderstraße, Ruhlsdorferstraße 28, Markt, Neugäßchen 17, Bettstelle mit Matratze und Kissen 20, Stühle 3, Schlafsofa 26, Pfeilspiegel 12, Herrenschreibtisch 36, Buchstolleten 20, Kommoden 21, Plüschgarnitur, Häfelts 120, Bettstellen 7, Stand Betten 20, englische Schlafzimmer, Säulenstraußen 30, Ballstraße 80-81. (Am Spittelmarkt.) 67/15**

**Tringend.** Wegen Aufgabe einer ganzen Etage sollen sämtliche noch vorhandenen Möbel zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Rüdiger-Heiderstraße, Ruhlsdorferstraße 28, Markt, Neugäßchen 17, Bettstelle mit Matratze und Kissen 20, Stühle 3, Schlafsofa 26, Pfeilspiegel 12, Herrenschreibtisch 36, Buchstolleten 20, Kommoden 21, Plüschgarnitur, Häfelts 120, Bettstellen 7, Stand Betten 20, englische Schlafzimmer, Säulenstraußen 30, Ballstraße 80-81. (Am Spittelmarkt.) 67/15

**Goldgrube, Lokal, Kottendorf, Hauptverkehrsstraße, guter Umsatz, Miete 1300, erforderlich 1200, umhändelbar, Frankfurter Allee 50.**

**Milch- und Kolonialwarengeschäft mit schöner großer Wohnung verkauft, Miete 420, Umsatz 7000 Mark, Rühlensberg, Gießstraße 71. 1122**

**Kolonialwaren, Kuschelsofa frankfurterweg sportlich! Vorlagener, Simonsstraße 24. 7145\***

**Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. 28828\***

**Ein Ladentisch, 3 Meter lang, zu verkaufen Heidenstraße 5. 192**

## Autodroschen, zwei zu verkaufen,

Kasse, Krone, Charlottenburg, Marktstraße 24. 28818

**Quadratrate 30 Mark an, Hehnspinnmühlentour, Linie 96 Behrenstraße-Mariendorf, Endstation, Köpenicker Chaussee. Verkäufer dabei, Kellner, Erdmann, Mariendorf, Chausseestraße 41a. 232/2\***

**Garze am Wald bei Sadoma, 990 Mark, mit Haun und Brumen, Kustant Restaurant Werdebusch bei Sadoma. 285/18**

**Anzüge, Paletts, zurückgeleitete Pakete, Kleider, wie unter Preis, Anzüge, Paletts aus feinsten Stoffen, deutsche Stoffe 30-40 Mark, englische 30-60 Mark. Blum u. Co., Friedländerstraße 212 I. Kein Laden.**

**Herrenhüte, Hüte, große Auswahl, billigste Preise, Grünauerstraße 8, part. Palm. 110**

**Hochwald-Überbauwerke, billig, Kulant, jeder Größe, mitten im Walde, 5 Minuten vom Bahnhof, ein Sonntag Straußberger Bahnhof, Koers, Gogersdorf, Dume gratis. 29038**

**Kinderdrabett, neu, billig, verlässlich, Düttel, Grünauerstraße 60/51.**

**Herrenfahrrad, dringend, jeden Preis, Scherzer, Köpenickerstraße 17 IV.**

**Grüntenwarengeschäft, verbunden mit Obst und Kolonialwaren, Führerwerk zu verkaufen, Malplaquestraße 41. Zu erfragen im Restaurant. 182**

**Wohndekoration zu verkaufen, sofort, billig. Zu erfragen bei Paul Härtel, Müller- und Antonstraße 66. 182**

## Verschiedenes.

**Jubiläum.** Am Sonnabend, den 14. dieses Monats, begeht der Kaufmann Hermann Metzger, Kaufhaus für Lebensmittel, Schönhauserstraße 14/15, sein 25-jähriges Geschäftsjubiläum. Früher Anhaltstraße 15a.

**Volkslied-Verlag, Herr Baig, Mantuffelstraße 41. 79**

**Matina, altes Gold, Bruchgold, Silber, Gebisse, Kettgold, Standgold, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft Gold- und Silberhändler Köpenickerstraße 29. Telefon 4, 6908.**

## Patentanwalt Bessel, Göttingerstraße 94a. 25558\*

**Kunstliederei von Frau Kolosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I.**

**Verst die Mutterprache beherrschend! Erfolgreich, leicht lernlicher Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewollhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gebilligte Angebote sind unter G. 4 an Expedition des "Vorwärts" zu richten.**

**Max Jacobs (früher Ruderer, "Vorwärts"), Familienrestaurant, Köpenicker Ufer 33, empfiehlt sich Freunden und Bekannten geeigneter Besichtigung. Vereinszimmer, neu, täglich Personen zu vergeben.**

**Konzertunterricht! Grube, Annenstraße 16. Sonntagstage Herren 4,00, Damen 3,00 monatlich. 282/4\***

**Wäsche wird sauber gewaschen, gerollt, Lakon, Leibwäsche, 4 Handtücher 10 Pfennig, Abholung Montag und Dienstag, Frau Buchwald, Köpenicker, Studenkaufstraße 5. 29018**

**Gewinne 150 Mark auf drei Monate, Sicherheit, "Dk.", Postamt 92. 1123\***

## Vermietungen.

**Wohnungen.**

**Prächtige Balkonwohnungen billig Soldinerstraße 32/34. 29618\***

**Panikstraße 31 B, an Bahnhofs, Brunnenplatz, schöne Wohnungen 20, 22 an. 28415\***

**Zimmer.**

**Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren, herrliche Aussicht, Baumhuldenweg, Trojanstraße 6 II, Bahnhof. 18948**

**Möbliertes Zimmer an 2 Herren zu vermieten, Schöner, Lyonerstraße 21. 1153**

**Möbliertes Zimmer oder Schlafstelle zu vermieten, Schubert, Köpenicker, Weichselstraße 48 III. 1118\***

**Schlafstellen.**

**Schlafstelle, Diercke Dissenauer 18.**

## Möblierte Schlafstelle, Balkon,

Zimmer, freie Aussicht für 2 Herren oder Damen. Erfragen Schwebelstraße 223 III geradezu, Ede Bernauerstraße. 433\*

**Besserer Handwerker findet freudvolles Heim, Köpenickerstraße 33-34, Dol III rechts. 134**

## Mietsgesuche.

**Herr sucht kleines möbliertes Zimmer, Nähe Hallesches- oder Köpenicker Ufer, sofort, Ofen mit Preis postlagernd H. 100, Postamt 11.**

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**

**Junger Mann, 17, Stenograph, sucht Stellung 1. Oktober. Otto Dannemann, Fiegelstraße 31 III.**

**Blinder Stillebinder bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeleitet. A. Gläser, Wulkastraße 27. 14688**

**Unabhängiger Buchdrucker sucht leichte Beschäftigung, Köpenicker, Fiedelstraße 3. 28595**

## Stellenangebote.

**Klempnermacher, einget. im Stangen und Nageln von Spiegelrahmen, findet dauernde und lohnende Beschäftigung bei Gungl u. Leuzner, Kottbener Allee 79. 1153\***

**Korbmacher auf Blumenkörbe und Gefäßkörbe verlangt Krotke, Bremerstraße 61. 1176\***

**Jüngerer Kopfschneider verlangt Leopold Stein, Neue Königstraße 30. 28540\***

**Gärtnerlehrling, gewissenhafte Ausbildung, Gröden, Mariannenstraße 8. 27475\***

**Monteur auf eiserne Treppen verlangt Schlosserei Stume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 1128\***

**Widercarthamer, tüchtigen, verlangt Groß, Ritterstraße 27. 29058**